

54. LSK



Stand up – speak up

12. Dezember 2011 | Landtag RLP Mainz

Delegiertenunterlagen und Reader

Inhalt

Organisatorisches

- 3 | Liebe Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz!
- 4 | Zeitplan
- 5 | Anreise
- 6 | Vor Ort
- 6 | Anmeldung
- 6 | Was mitbringen?
- 6 | Teilnahmebeitrag
- 6 | Fahrtkosten
- 7 | Das Wichtigste



Inhalte

- 11 | Anträge an die 54. LSK
- 13 | Anträge an die 53. LSK
- 20 | Rechenschaftsberichte der Landesvorstandsmitglieder 2010/11
- 31 | Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes 2010/11
- 35 | Rechenschaftsberichte der Bundesebene
- 37 | Protokoll der 53. LSK vom 28.-30. Oktober 2011 im Sebastian-Münster-Gymnasium Ingelheim
- 46 | Protokoll der 52.LSK vom 27.-29. Mai 11 im Sophie-Hedwig-Gymnasium Diez
- 53 | we want you to be a LaVoMi!

Reader

- 56 | Alles nur Formalkram?!
- 58 | Die Formen politischer Arbeit sind männlich geprägt und Frauen eher fremd
- 58 | Aktive Frauen auf allen Ebenen

Formales und Nachschlagen

- 60 | Satzung der LSV RLP
- 63 | Geschäftsordnung der LSK
- 69 | AKüLi
- 71 | Glossar
- 72 | Zugverbindungen

Impressum

LandeschülerInnenvertretung
 Rheinland-Pfalz (LSV RLP)
 DGB-Haus
 Kaiserstraße 26-30
 55116 Mainz

Fon: 0 61 31 / 23 86 21
 Fax: 0 61 31 / 23 87 31

info@lsvrlp.de
 www.lsvrlp.de

Satz und Layout: Charlet Flauaus
 Druck: AStA-Druckerei Uni Mainz

November 2011
 Auflage: 100 Stück

Liebe Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz!

Ihr wollt Schule verändern? Euch stört etwas am Bildungssystem? Ihr wollt euch selbst dafür einsetzen, dass die Schule ein angenehmer Lern-Ort für alle wird? Dann engagiert euch in eurer SV und setzt euch – getreu dem diesmaligen Motto: „STAND UP – SPEAK UP“ - für die Wünsche der Schülerinnen und Schüler ein - bei der 54. LSK!



Im Rahmen dieser außerordentlichen, eintägigen LandesschülerInnenkonferenz am 12. Dezember 2011 im Mainzer Landtag werden wir über die Anträge der letzten, 53. LSK in Ingelheim diskutieren, neue Anträge besprechen und den Landesvorstand, die Bundesdelegierten, die Landesausschussdelegierten und ein paar andere Ämter für das Schuljahr 2011/12 wählen.

Wenn ihr gewählte LSK-Delegierte eurer Kreis- oder Stadt-SV seid, seid ihr herzlich eingeladen die LSK zu besuchen. Aber auch, wenn ihr einfach Interesse an landesweiter SV-Arbeit habt, seid ihr herzlich willkommen. Weitere Infos dazu findet ihr unten.

Der Weg zur LSK – wie werde ich LSK-Delegierte/r?

Die LSK setzt sich aus den Delegierten der 36 Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen in Rheinland-Pfalz

zusammen. Ihr trefft euch also in eurer Kreis- oder Stadt-SV und wählt dort die Menschen, die euren Kreis oder eure Stadt auf Landesebene vertreten sollen. Habt ihr also selber Lust, auf der LSK mit zu stimmen, dann geht auf die Treffen eurer Kreis- oder Stadt-SV und lasst euch als Delegierte wählen. Auch Gäste sind auf der LSK willkommen, jedoch erhalten nur Delegierte die Fahrtkosten zur An- und Abreise erstattet sowie ein Freistellungsschreiben für den versäumten Schultag.

Habt ihr eigene Ideen, was die LSK inhaltlich vertreten oder umsetzen soll?

Dann schreibt doch selbst einen Antrag an die LSK! Wenn ihr euch nicht so sicher seid, wie das geht, schaut doch mal auf <http://www.lsvrlp.de/topic/506.antraege-stellen.html> nach. Wichtig ist allerdings, dass die

Anträge bis zum 04.12.2011 bei uns im Büro ankommen, damit sie vor der LSK an alle Delegierten verschickt werden können. Anträge, die in den LSK-Reader sollen, müssen bereits bis zum 27.11.2011 bei uns eingegangen sein. Alle Anträge, die später bei uns ankommen, gelten als Initiativanträge.

Bei weiteren Fragen oder Unklarheiten könnt ihr euch gerne an mich wenden, ganz einfach mit einer Mail an [klara.mladinic\[at\]lsvrlp.de](mailto:klara.mladinic[at]lsvrlp.de).

Bis dahin wünschen wir euch eine schöne und produktive SV-Arbeit. Bis zur 54. LSK!

Klara Mladinic
(für den Landesvorstand 2010/2011)

Zeitplan

Hier findet ihr die vorläufige Tagesordnung für die 54. LSK

Montag | 12. Dezember 2011

bis 09.30 h Anreise

10.30 h Eröffnungsplenum:

- Begrüßung
- Wahl des Präsidiums *
- Feststellung der Beschlussfähigkeit
- Wahl des Wahlausschusses
- Beschluss der Tagesordnung

11.00 h Plenum:

- Genehmigung des Protokolls der 52. LSK *
- Genehmigung des Protokolls der 53. LSK
- Verabschiedung des Arbeitsprogramms 2011/12 *
- Rechenschaftsbericht des Landesvorstands
- Entlastung des Landesvorstands und der Bundesdelegation 2010/11 *
- Vorstellung der Ämter
- Wahlen zum Landesvorstand *
- Wahlen zur Bundesebene *
- Wahlen zum Landesausschuss *
- Wahl der EinsteigerInnen-LSV *
- Wahl der Lichtblick-Redaktion *
- Wahl der KassenprüferInnen *
- Behandlung der Anträge an die 53. LSK *
- Behandlung der Anträge an die 54. LSK

13.30 h Mittagessen

14.15 h Fortsetzung des Plenums (siehe oben)

16.00 h Kaffeepause

16.30 h Fortsetzung des Plenums (siehe oben)

18.00 h Tschüss-Sagen, Abreise

Hinweis:

*Da die mit einem * gekennzeichneten Punkte der Tagesordnung von der letzten, 53. LSK vom 28.-30. Oktober 2011 in Ingelheim wegen Beschlussunfähigkeit vertagt wurden, ist die Zahl der anwesenden Delegierten gem. § 49 (1) Satz 2 des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes für die Beschlussfassung zu diesen Punkten bei der 54. LSK nicht relevant.*



Anreise – Und so kommt ihr zu unserem Tagungsort:



mit der Bahn

Mainz ist an das Schienennetz angebunden. Zugverbindungen von verschiedenen Städten in Rheinland-Pfalz aus findet ihr auf der Rückseite dieses Readers oder auf www.bahn.de.

Vom Bahnhofsvorplatz mit der Buslinie 6/6a Richtung Wiesbaden bis Bauhofstraße.

In Fahrtrichtung geht ihr geradeaus weiter auf der Großen Bleiche an der Peterskirche vorbei, das Deutschhaus liegt dann auf der rechten Seite.

Wir sind zu Gast im:

**Landtag Rheinland-Pfalz
Deutschhausplatz 12
55116 Mainz**

www.landtag.rlp.de



mit dem Auto

Vorab: Die Anreise mit dem Auto soll die Ausnahme bleiben. Bedingung dafür, dass ihr trotzdem Fahrtkostenerstattung erhaltet, ist, dass ihr Fahrgemeinschaften bildet oder aber auch alleine billiger mit dem Auto als der Bahn reist. Bedenkt, dass mensch in der Mainzer Innenstadt nicht kostenfrei parken kann und wir nur eine Kilometerpauschale von 0,15 € erstatten können.

- aus Richtung Bingen/Bad Kreuznach die A60 bis zur Abfahrt Saarstraße, von dort geradeaus Richtung Innenstadt, ab Hauptbahnhof der Beschilderung zum Landtag folgen;
- aus Richtung Alzey die A 63 geradeaus Richtung Innenstadt, dann der Beschilderung zum Landtag folgen;
- aus Richtung Worms die B 9 geradeaus Richtung Innenstadt, dann der Beschilderung zum Landtag folgen.

Landtag



Hauptbahnhof

Organisatorisches

Diese Seite bitte vollständig lesen!

Anmeldung

Eure Anmeldung vor der LSK erleichtert uns die Planungen erheblich, so dass z. B. mit größerer Sicherheit dafür gesorgt werden kann, dass alle auch genug zu essen bekommen. Bitte meldet euch auch dann an, wenn ihr nicht die ganze Zeit anwesend sein könnt!

Anmeldemöglichkeiten:

E-Mail: info@svrlp.de

Fon: 06131 / 23 86 21

Web: über das Anmeldeformular

auf: <http://www.svrlp.de/topic/492.lsk-delis-melden.html>

Bitte beachtet: Damit eure Teilnahme an der LSK als Schulveranstaltung gilt und ihr (auch bei An- und Abreise) versichert seid, müsst ihr eure Teilnahme vor der LSK auch bei eurer Schulleitung (bzw. dem Sekretariat) anzeigen!

Einverständniserklärung

Von unter 18 Jährigen TeilnehmerInnen (egal ob Delegierte oder Gäste) benötigen wir die von einer/einem Erziehungsberechtigten unterschriebene Einverständniserklärung, die ihr ebenfalls als Anlage zu diesem Reader findet.

Was mitbringen?

Schreibkram und dieser Reader sollten nicht fehlen.

Teilnahmebeitrag

Der TeilnehmerInnenbeitrag zur Deckung eines kleinen Teils unserer Unkosten beträgt **5 Euro** und ist von Delegierten wie Gästen zu entrichten. Darin sind Vollverpflegung, Wasser und die Tagungsmaterialien enthalten.

Kummernummer

(bitte nur in dringenden! Fällen anrufen, z. B. bei Problemen bei der Anreise o.ä.)

01 51 / 17 33 10 89 (Dominik)

01 70 / 87 80 294 (Charlet)

Fahrtkosten

Alle LSK-Delegierten eines Kreises / einer Stadt erhalten Fahrtkostenerstattung. Der dafür notwendige Antrag liegt diesem Reader bei, an der Anmeldung aus oder kann von unserer Homepage heruntergeladen werden (www.svrlp.de). Schickt diesen bitte bis Mitte Januar (**15. Januar 2012**) an die Landesgeschäftsstelle der LSV (Adresse findet ihr im Impressum). Wir können jedoch nur die günstigste Zugverbindung erstatten. Deshalb solltet ihr Rheinland-Pfalz-Tickets (möglichst zusammen mit anderen) benutzen, wenn es billiger als die normale Verbindung ist. Bei der Anreise mit Autos bitten wir euch, Fahrgemeinschaften zu bilden. Auch hier gilt: Nehmt den kürzesten Weg! Gäste müssen selbst für ihre Fahrtkosten aufkommen oder in Fahrgemeinschaften mit Delegierten anreisen.



Das Wichtigste

Wenn Du schon oft auf LandesschülerInnenkonferenzen warst, dann brauchst Du nun gar nicht weiterzulesen. Schicke einfach Deine Anmeldung ab und komm pünktlich. Wenn Du aber noch nie auf einer LSK warst, dann legen wir Dir die nachfolgenden Zeilen sehr ans Herz.



1. LSK - Was ist das?

Eine LSK, ausgeschrieben Landes-schülerInnenkonferenz, ist – der Name sagt es schon – eine Konferenz, und zwar eine landesweite Konferenz von Schülerinnen und Schülern. Diese wird von der LandesschülerInnenvertretung (LSV) organisiert und ist für diese enorm wichtig. Warum? Die LSK ist „das oberste beschlussfassende Gremium der LSV“, was schlicht und ergreifend heißt, dass in der LSV das umgesetzt wird, was die LSK beschließt. Aber so weit sind wir nun noch nicht. Also, jede SV einer rheinland-pfälzischen Schule mit Sekundarstufe I oder II schickt zwei Personen auf die Treffen der Kreis- oder Stadt-SV in ihrem Kreis/ihrer Stadt. Dabei dürfen dies nicht irgendwelche Personen sein, sondern zwei von der KlassensprecherInnen- (KSV) oder der SchülerInnenvollversammlung (SVV) gewählte SchülerInnen. Diese handeln im Auftrag ihrer SV, das heißt wiederum, dass das, was sie auf den Treffen sagen, als Meinung ihrer Schule gesehen wird. Diese Kreis- und Stadt-SVen schicken wiederum Delegierte zur LSK. Wie viele das pro Kreis oder Stadt sind, hängt von der Anzahl der SchülerInnen ab.

2. Auf zur LSK!

Nun, lassen wir die Delegierten – oder sagen wir einfach DICH – auf die LSK fahren. Jetzt packst du deinen Rucksack: Kleider, Waschzeug, was zu schreiben, die Delegiertenunterlagen, Isomatte, Schlafsack, etc. Also, du fährst hin (natürlich werden dir die Fahrtkosten erstattet, wie das geht steht unter der Wegbeschreibung)

und kommst hoffentlich sicher und froh in der LSK-Schule an. Dann gehst du erst einmal zur Anmeldung.

3. Warten auf den Beginn - Anmeldung

Dort erwartet dich jemand von uns. Sie bzw. er hält erstmal mit dir einen Schwatz über deine Schule etc. und knöpft dir deine Daten ab. Im Gegenzug bekommst du eine STIMMKARTE (wird noch sehr wichtig, also nicht verlieren). Danach gibt's Kaffee und Snacks, Fotos von der letzten LSK und viele nette Leute, die dir bei Fragen gerne helfen. Bis dann die LSK offiziell vom Landesvorstand eröffnet wird.

4. Beginn der LSK - Formalkrams

So, irgendwann hat die Wartezeit dann auch ein Ende, alle werden ins Plenum (so heißt es, wenn sich alle zur Sitzung treffen) gescheucht und ein Mitglied des Landesvorstandes sagt euch „Guten Tag, herzlich willkommen, wir wählen jetzt die Präsidentin bzw. den Präsidenten.“ Das passiert immer auf der ersten LSK im Schuljahr, denn ein Präsidium leitet alle LSKen, die in einem Schuljahr stattfinden. Aber warum soll ich da jemanden wählen, den ich gar nicht kenne? So schlimm ist das nicht, denn die Präsidentin/der Präsident leitet zwar die LSK, aber wenn sie/er Mist baut, kann sie/er auch wieder abgewählt werden. Eine Besonderheit ist, dass sich die KandidatInnen zwar vorstellen, du sie aber nix mehr fragen kannst. Den oder die Präsi unterstützen einE ProtokollantIn und einE technischeR AssistentIn. Diese drei bilden das Präsidium, leiten die

LSK. Das Besondere ist, dass die Drei nichts Inhaltliches sagen dürfen, sondern neutral und unabhängig bleiben sollen, von wegen „Fairplay“ und so.

5. Schreckgespenst „Geschäftsordnung“

Ach ja, bevor wir jetzt zu den weiteren Tagesordnungspunkten kommen, ist es unvermeidlich ein paar Worte zur – von Erfahreneren liebevoll „GO“ genannten – Geschäftsordnung zu verlieren. Bei einer LSK treffen sich über 100 Leute, um über SV, SchülerInnen, Schule und so weiter zu diskutieren. Dies könnte man wild durcheinander machen und hätte vielleicht auch ganz nette Diskussionen untereinander. Aber auf der LSK sollen ja Diskussionen für alle verständlich geführt werden und am Ende soll auch noch was rauskommen. „Strukturierung“ heißt dann das Zauberwort und diese Strukturierung (frei übersetzt: In-Bahnen-Lenken von Diskussionen) geschieht durch die GO. Die GO wird von drei Grundideen getragen:

- Fairness und Waffengleichheit im Diskussionsverhalten (alle sind gleichberechtigt)
- transparente Diskussionen
- eins nach dem anderen

Man kann darüber streiten, ob diese Ansprüche wirklich befriedigt werden. Aber vorläufig muss und kann man mit der GO ganz gut leben. Am besten liest du sie dir einfach mal durch. Eigentlich enthält sie nur Selbstverständlichkeiten:

- Wenn über A gesprochen wird, solltest du nichts zu B, sondern eben über A sagen.
- Wenn dir die Diskussion zu lang wird und stinkt, streckst du beide Arme in die Luft, dann kannst du einen GO-Antrag auf Beendigung der Debatte (Diskussion zu einem Thema), auf Ende der Redeliste (wird niemand mehr dazu geschrieben) und/oder sofortige Abstimmung stellen.
- Der/die PräsidentIn leitet die Diskussion, sagt wer nun reden darf („gibt das Wort“) und verwarnt Störende.

- Bei Abstimmungen darf nur mit der Delegiertenkarte in der Hand abgestimmt werden (vermeidet, dass Gäste selbiges tun...).

Also schlimm ist die GO nun wirklich nicht, höchstens ungewohnt, dafür aber ungemein hilfreich.

6. Antragsbehandlung

Was ist denn ein Antrag? Die LSK diskutiert über Dinge, die SchülerInnen betreffen. Darum kann jede Schülerin und jeder Schüler aus Rheinland-Pfalz auch verlangen, dass sich die LSK mit einem bestimmten Thema beschäftigt. Beispielsweise will eine K. aus X, dass ihr Verkehrsverbund, der halb Rheinland-Pfalz umfasst, ein SchülerInnen ticket einführt. Oder jemand will, dass die Bildungsministerin Theater als Unterrichtsfach einführt, Noten abschafft, etc. Weiter hinten in diesen Unterlagen findest du einen Musterantrag. Der Möglichkeiten sind keine Grenzen gesetzt. Ob die LSK einem Antrag zustimmt und der Landesvorstand dann etwas dafür tun muss, dass das, was im Antrag steht, auch gemacht wird, hängt dann von der LSK ab. Übrigens muss ein solcher Antrag den Delegierten rechtzeitig (mindestens drei Tage vor Beginn der LSK) vorliegen. Ist etwas ganz dringend, kann auf der LSK selbst ein sog. „Initiativantrag“ gestellt werden. Den müssen dann mindestens fünf Stimmberechtigte unterschreiben („unterstützen“), damit er – sofern die LSK dies beschließt – auf die Tagesordnung genommen werden kann.

7. Landesvorstand (LaVo)

Einen zweiten wichtigen Teil der LSK nimmt die Wahl des LaVos ein. Er besteht aus 5-10 gleichberechtigten von der LSK beauftragten Leuten, die Beschlüsse ausführen und die Geschäfte der LSV führen sollen. Hierbei gibt es an Arbeitsbereichen in der Regel:

- InnenreferentIn (Kontakt zu den Schulen und der LSV-Gremien untereinander)
- AußenreferentIn (Kontakt zum Ministerium, zu Verbänden und der sonstigen Öffentlichkeit)

- FinanzreferentIn (sorgt sich um unser Geld)

- PressereferentIn (kümmert sich um Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)

- ReferentInnen, die zu im Arbeitsprogramm verankerten Themenbereichen arbeiten

Dem LaVo sollen SchülerInnen von mindestens drei verschiedenen Schularten in Rheinland-Pfalz angehören.

Nach der Beendigung der Amtszeit, also nach einem Jahr, muss ein neuer LaVo gewählt werden. Die Wahlen zum neuen Landesvorstand finden immer auf der 1. LSK im Schuljahr statt. Wahlen laufen immer gleich ab:

- Präsi ruft den Wahlgang auf und bittet um KandidatInnenvorschläge
- Leute können vorgeschlagen werden (KandidatInnen)

- Präsi schließt die Vorschlagsliste

- Vorgeschlagene stellen sich vor

- Befragung zur Arbeit

- Präsi ruft die Wahl auf

- Wenn eine Person geheime Wahl will, wird geheim gewählt, ansonsten mit Handzeichen

- Präsi sagt das Ergebnis

- Die Person wird gefragt, ob sie die Wahl annehme,

- wenn ja: herzlichen Glückwunsch

- wenn nein: Mist, Neuwahl

Für den Vorstand kandidieren kann prinzipiell jede Schülerin und jeder Schüler. Ein bisschen SV-Erfahrung sollte aber da sein. Allerdings ist alles gar nicht so schlimm, wie immer getan wird. LaVo-Arbeit ist eine sehr hilfreiche und interessante Erfahrung.

8. Kreis- und StadtschülerInnenvertretung (KrSV/SSV)

In jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt in Rheinland-Pfalz gibt es eine Kreis- oder Stadt-SV. Dort treffen sich ca. einmal im Monat zwei Delegierte jeder Schule im Kreis oder der Stadt. Dort kann man sich sehr gut über die SVArbeit an den einzelnen Schulen austauschen, gemeinsame Projekte planen und in der Schulpolitik im Kreis oder der Stadt mitmischen. Denn die KrSVen und SSVen wählen Delegierte für den Schulträgersausschuss. Den gibt es in jedem Kreis und in jeder Stadt; dieser bezahlt das

Geld für Gebäude und Einrichtungen. Außerdem wählen die KrSVen und SSVen die Delegierten zur LSK.

9. Landesausschuss (LA)

Der LA hat die wichtige Aufgabe, den LaVo zu kontrollieren. Zwischen den LSKen ist er das höchste beschlussfassende Gremium. Im Notfall kann er LaVo-Mitglieder nachwählen. Der LA besteht aus 12-15 Mitgliedern und wird auch auf der LSK gewählt.

10. Delegierte zur Bundesebene

Auf der 1. LSK im Schuljahr werden in der Regel 3 Delegierte und 3 StellvertreterInnen für die Bundesebene gewählt. Diese treffen sich mit Mitgliedern der LSVen anderer Bundesländer um sich auszutauschen und gemeinsame Aktionen zu planen.

11. Die EinsteigerInnen-LSV

Wer erst einmal ein Jahr in die Arbeit des LaVo reinschnuppern möchte, bevor sie oder er sich selbst in den LaVo wählen lässt, kann sich auf der 1. LSK im Schuljahr in die EinsteigerInnen-LSV wählen lassen. Dort kannst du die Arbeit des LaVos hautnah miterleben und selbst Aufgaben übernehmen, ohne Pflichten einzugehen.

12. Landesarbeitskreise (LAKe)

LAKe können von der LSK zu bestimmten Themen eingerichtet werden. Sie sind ein in regelmäßigen Abständen tagendes Diskussionsforum für interessierte SchüliS. Auch hier gilt: Mehr Infos auf der LSK!!!

Anträge

Antrag A 1 - Verbesserung der Arbeitsverhältnisse von Lehrerinnen und Lehrern | 11

Antrag A 2 - Marxistische Wirtschaftskritik im Wirtschaftsunterricht | 12

Antrag VA 1 - Arbeitsprogramm für den Landesvorstand und die Bundesdelegation 2011-12 | 13

Antrag VA 2 - Sexualkundeunterricht | 17

Antrag VA 3 - LAK Basisarbeit | 18

Antrag VA 4 - Frauenstatut der LSV Rheinland-Pfalz | 19

20 | Rechenschaftsberichte der Landesvorstandsmitglieder 2010/11 | 20

Alexandra Stümpert (20), Klara Mladinic (20), Lina Brüssel (22), Niklas Beinghaus (25), Pablo Di Cagno (26), Sebastian Gräber (27), Sebastian Waic (29), Michelle Paulus (30), Miriam Koelges (30)

Rechenschaftsberichte der Bundesebene | 35

Protokoll der 53. LSK vom 28.-30. Oktober 2011 im Sebastian-Münster-Gymnasium Ingelheim | 37

Protokoll der 52. LSK vom 27.-29. Mai 11 im Sophie-Hedwig-Gymnasium Diez | 46



Wie schreibe ich einen Antrag an die LSK?

Wenn dir ein Thema wichtig ist und du willst, dass sich die LSV damit befasst, kannst du einen Antrag schreiben. Dieser wird dann auf der LSK abgestimmt.

Antragsschluss für diese LSK – so dass satzungsgemäß die Anträge den Delegierten bis drei Tage vor der Konferenz zugehen können – ist Montag, der 04. Dezember 2011. Danach, also auch auf der LSK selbst, kannst du noch Initiativanträge stellen. Das bedeutet, dass dein Antrag, bevor du ihn auf der LSK beim Präsidium einreichen kannst, von mindestens 5 Stimmberechtigten unterschrieben („unterstützt“) werden und das Plenum dann noch mehrheitlich für die Behandlung des Antrages stimmen muss.

Ein Antrag besteht aus vier Teilen:

1. AntragstellerIn:

Dein Name, oder auch ein SV-Team

2. Betreff:

Beschreibe hier kurz um was es geht, nicht mehr als zwei Zeilen

3. Antragstext:

Das ist das Wichtigste überhaupt. Der Antragstext sollte präzise formuliert sein. Hier hinein kommt, wer was Deiner Meinung nach tun soll. Schreibe hier nichts Erklärendes rein („... soll, weil ...“), dafür ist nämlich Platz in der

4. Antragsbegründung:

Was hier drin steht, wird nicht mit abgestimmt, d.h. wenn in diesem Teil eine Forderung oder Anweisung steht, ist sie nicht gültig/verbindlich. Hier kannst du nur erklären, warum das getan werden soll, was du oben geschrieben hast! Als Beispiel kannst du den (zugegebenermaßen extrem sinnlosen) Musterantrag nehmen!



Musterantrag

AntragstellerIn:

SV der EDS, Bad Münster am Stein

Betreff:

Kaugummiautomaten an Schulen

Antragstext:

Die LSV soll sich für mehr Kaugummiautomaten an Schulen einsetzen. Je 250 SchülerInnen soll mindestens ein Kaugummiautomat zur Verfügung stehen. Es sollen Kaugummis in den Geschmacksrichtungen Vanille, Schinken, Erdbeere, Pfefferminze, Kirsche und Popel verkauft werden. Die Kaugummiautomaten sollen vom Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz (MUM-FoV) zur Verfügung gestellt werden.

Begründung (wird nicht mit abgestimmt):

Neuesten Studien zufolge fördert Kaugummikauen die Konzentration und macht Spaß. Außerdem hat mensch nicht mehr die Panik vor Arbeiten, keinen Kaugummi dabei zu haben. Auch viele LehrerInnen erfreuen sich am Anblick kauender SchülerInnen in ihren Klassen und Kursen. Schon sämtliche Stellen der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) haben Kaugummiautomaten zur Verfügung gestellt bekommen. Dies soll nun ebenso an allen Schulen passieren.

Antrag A 1

Verbesserung der Arbeitsverhältnisse von Lehrerinnen und Lehrern

AntragsstellerIn:

Kevin Frantz, Johanna Ferber

Antragstext:

Die LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz setzt sich nicht nur für die Schülerinnen und Schüler ein. Sie setzt sich auch für die Förderung aller Personen ein, die unmittelbaren Einfluss auf die Erziehung und Bildung der Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz haben. Darunter verstehen wir die volle finanzielle Bezuschussung von Unterrichtsmaterialien, intensive und praxisorientierte Weiterbildungen mit einer Stärkung von pädagogischen und methodischen Elementen, welche voll auf die Arbeitszeit angerechnet werden können, sowie einen Rechtsanspruch auf diese, eine Senkung der Klassenmessenzen und hieraus resultierend eine Verbesserung der Betreuungsrelation.

Antragsbegründung:

Die Lehrverhältnisse in der Schule sind nicht nur für Schüler eine Belastung. Die gesellschaftlichen Erwartungen an den Lehrerberuf sind insbesondere in der jüngsten Vergangenheit immer wieder gestiegen. Erziehungswissenschaftliche Aufgabenstellungen nehmen einen immer wichtigeren Raum ein. Hierzu wird in Zukunft beispielsweise die Umsetzung der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe Inklusion gehören. Die Vermittlung des hierzu nötigen Fachwissens sowie der Fähigkeiten ist im universitären wie im praktischen Teil der LehrerInnenausbildung oftmals nur unzureichend vorhanden. Aus Wissensvermittler wurden Erzieher, die nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch Ansprechpartner für private Probleme, Jobberatung etc. sind.

Lehrer vermitteln nicht nur Wissen, sie vermitteln auch Werte. Auf Themen die im aktuellen politischen Diskurs eine große Rolle spielen, wie z.B. die Gleichberechtigung von Frau und Mann, sowie die Vermittlung sozialer Werte, wird während des Studiums kaum eingegangen.

Dabei ist es vor allem in einer Gesellschaft, die immer individualistischer denkt notwendig, dass zukünftige Lehrer die nötige Methodik vermittelt bekommen, um ihre Schüler im Rahmen des „kritischen, selbständigen Hinterfragens“ anzuleiten.

Lehrerinnen und Lehrer stehen zu dem vor einem Förderproblem. Viele Lehrerinnen und Lehrer bezahlen Unterrichtsmaterial, dass sie für den Unterricht benötigen „aus eigener Tasche“. Dies ist nicht fair, denn wir brauchen Lehrerinnen und Lehrer, welche gerne mit verschiedenen Materialien arbeiten. Dies macht Unterricht für Schülerinnen und Schüler meist interessanter als der meist praktizierte Frontalunterricht.

Deshalb reicht es nicht, wenn wir uns nur für die Schülerinnen und Schüler einsetzen. Denn das Wohl der Schülerinnen und Schüler ist abhängig von den Bedingungen, unter denen Lehrerinnen und Lehrer den Unterricht zu gestalten haben. Wenn wir die Arbeitsatmosphäre und die strukturellen Bedingungen für Lehrer verändern, wird die deutliche Auswirkungen auf die Qualität des Unterrichts haben.

Antrag A 2

**Marxistische Wirtschaftskritik
im Wirtschaftsunterricht**

AntragsstellerIn:

Kevin Frantz

Antragstext:

Die LandeschülerInnenvertretung spricht sich dafür aus, dass Fächer die einen Bezug zur Wirtschaft haben zu mindestens 4% aus objektiver Vermittlung der marxistischen Wirtschaftskritik bestehen. Zu dem fordern wir den Einzug der Wirtschaftspsychologie in den Wirtschaftsunterricht.

Antragsbegründung:

Erfolgt mündlich.

Da die folgenden Anträge von der letzten, 53. LSK, vom 28.–30. Oktober 2011 in Ingelheim wegen Beschlussunfähigkeit vertagt wurden, ist die Zahl der anwesenden Delegierten gem. § 49 (1) Satz 2 des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes für die Beschlussfassung zu diesen Punkten bei der 54. LSK nicht relevant. In der Einladung wurde hierauf hingewiesen.

Antrag VA 1

Arbeitsprogramm für den Landesvorstand und die Bundesdelegation 2011-12

AntragsstellerIn:

Landesvorstand 2010-11

Strukturreform der LSV

- Der Landesvorstand soll dafür sorgen, dass die Umstrukturierung der LSV/GG zu einer SchülerInnenvertretung aller Schularten weiterhin möglichst reibungslos verläuft. Dies bedeutet insbesondere, dass intensiv am Aufbau der Kreis- und Stadt-SVen gearbeitet wird.
- Bei dem Aufbau soll der Landesvorstand die Aktiven vor Ort durch Mobilisierung, Einladung zu den Treffen, Anwesenheit und Moderation bei Sitzungen unterstützen. Dabei soll darauf hingearbeitet werden, dass diese Aufgaben von den Vorständen selbstständig übernommen werden und nur noch Kontakt per E-Mail notwendig ist.
- Der Landesvorstand soll zur besseren Kommunikation in den Kreis- und Stadt-SVen die E-Mail-Verteiler moderieren. Auch soll die Betreuung der Kreis- und Stadt-SVen, wenn möglich gleichmäßig, unter den LaVoMis aufgeteilt werden.
- Der Landesvorstand soll nach Wahlen einer Kreis- oder Stadt-SV in Zusammenarbeit mit Aktiven vor Ort den Schulträger, das Bildungsministerium, die Landtagsfraktionen und die Öffentlichkeit informieren.
- Bei der Strukturreform soll besonders Wert auf den Aufbau und die Einbindung der SVen von Förder- und

berufsbildendenschulen in Zusammenarbeit mit den jeweiligen SchulleiterInnenverbänden gelegt werden.

- Um eine größere Basisbeteiligung zu fördern und für mehr Transparenz zu sorgen, soll der Landesvorstand dem Forum auf der LSV-Homepage mehr Aufmerksamkeit widmen und dieses benutzerfreundlich gestalten.

SV-Bildung

- Der Landesvorstand soll darauf hinarbeiten, dass die SchülerInnen durch den Sozialkundeunterricht/alternativ über die VertrauenslehrerInnen über ihre Rechte und Pflichten aufgeklärt werden. Ebenso sollen die Partizipationsmöglichkeiten von SchülerInnen in der Schule aufgezeigt werden. Dies kann durch eine angestrebte gesetzliche Reglementierung erreicht werden.
- Es soll einen landesweiten „Tag der SchülerInnenrechte“ geben, dieser soll kombiniert werden mit regionalen Treffen der SchülerInnenrechte bei dem die SchülerInnen über ihre Rechte informiert werden. Er soll in Kooperation mit dem MBWWK, Insituit für LehrerInnenfortbildungen (ILF), Pädagogisches Landesinstitut (PL) und Serviceagentur Ganztätiglernen(SAG) ausgeführt werden. Der Tag der SchülerInnenrechte soll eine Abschlussveranstaltung sein, bei der der Öffentlichkeit die Ergebnisse und Forderungen der LSV präsentiert werden.
- Der Landesvorstand soll darauf hinwirken, dass es künftig Fortbildungen für SVen und VerbindungslehrerInnen im Institut für schulische Fortbildung (LfB) gibt. Dafür sollen Gelder

aus dem Landeshaushalt bereitgestellt werden und ein Seminarkonzept in enger Zusammenarbeit zwischen LSV, MBWWK und dem pädagogischen Landesinstitut (PL) erstellt werden.

- Der Landesvorstand soll sich darum kümmern, dass SVen Seminare zur Weiterbildung angeboten werden. Dabei soll sich auch um eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem SV-Bildungswerk e.V. und dem daran angegliederten „SVBerater(Innen)“-Projekt bemüht werden.
- Die Kommunikation und der Wissensaustausch unter den SVen in den einzelnen Kreis- und Stadt-SVen soll gefördert werden.
- Der Landesvorstand soll sich um inhaltliche Seminar zu klassischen SV-Themen und darüber hinaus bemühen.

Publikationen

- Der Landesvorstand soll mindestens einmal im Monat „SV-Tipps“ über den E-Mail-Verteiler verschicken. Die „SV-Tipps“ leisten den SVen konkrete Unterstützung für die Arbeit an ihrer Schule, indem sie Tipps, Hinweise und Erläuterungen zur SV-Praxis geben. Der Text soll via E-Mail als PDF-Dokument angehängt werden, was das leichte Ausdrucken und Abheften ermöglicht, und außerdem auf der Homepage veröffentlicht werden. Nach Veröffentlichung des SV-Tipp Z sollen weiterhin monatlich „SV-Tipps“ ohne alphabetische Reihenfolge verschickt werden.
- Ein Landesvorstandsmitglied soll sich um den Kontakt zur Redaktion des Lichtblicks kümmern und

dafür sorgen, dass zwei Ausgaben während der Amtszeit erstellt werden. Dabei soll verstärkt auf die Mitarbeit von SchülerInnen gesetzt werden, die nicht im Redaktionsteam sind, aber Interesse am Schreiben von einzelnen Artikeln haben. Hier soll auch die Möglichkeit der Basisbeteiligung (zum Beispiel in Form von LeserInnenbriefen) gefördert werden.

- Mindestens zwei Mitglieder des Landesvorstandes sollen sich um die Fertigstellung der aktuellen Vorlage des SV-Handbuchs kümmern. Ihnen steht es dabei frei, weitere ExpertInnen (Nicht-) SchülerInnen und vor allem Ehemalige Artikel schreiben zu lassen.
- Der Landesvorstand soll sich um die Produktion von Merchandise kümmern, z.B. Kugelschreiber, Aufkleber, Feuerzeuge, T-Shirts, Spuckis.
- Der Landesvorstand soll weitere wichtige Publikationen fertig stellen, wie z.B. Plakate mit Zitaten aus Vorschriften/Gesetzen, die grundlegende Rechte von SchülerInnen erklären.
- Der Landesvorstand soll Rundschreiben zusätzlich zum Postwege auch auf digitalem Wege versenden.

Pressearbeit

- Ein Landesvorstandsmitglied soll dafür sorgen, dass mindestens jeden Monat eine Pressemitteilung zu Themen der LSV und aktuellen Debatten herausgegeben wird. Zu aktuellen Debatten sollen entsprechend mehr PMs veröffentlicht werden.

- Die Pressekonferenzen des MBWWK und anderer Bildungsverbände sollen so oft wie möglich besucht werden.
- Der Landesvorstand soll sich darum bemühen, dass der Kontakt zu den öffentlichen Medien ausgebaut und erweitert wird und Termine und Veranstaltungen der LSV in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.
- Der Landesvorstand soll auch im Bereich der Pressearbeit die Kooperation mit anderen Organisationen und Verbänden suchen und gemeinsam auf Probleme aufmerksam machen, z.B. mit der GEW und dem LEB.

Schulgesetznovelle

- Der Landesvorstand soll sich intensiv mit der Überarbeitung des Schulgesetzes auseinandersetzen und die Treffen im Ministerium besuchen. Er soll sich insbesondere für die Rechte des Schulausschusses und für eine Vernetzungsplattform für VerbindungslehrerInnen einsetzen.

Landesarbeitskreise

- Der Landesvorstand soll die neu entstehenden LAKe im Aufbau unterstützen und im Rahmen der eigenen Möglichkeiten an Sitzungen und Projekten teilnehmen. Insbesondere sollen BasisschülerInnen zur Mitwirkung in den LAKen motiviert werden. Es sollen regelmäßige Treffen stattfinden.

Demokratisierung

- Der Landesvorstand soll sich dafür einsetzen, dass die Kreis- und Stadt-SVen ein Stimmrecht in den Schulträgerausschüssen erhalten.
- Der Landesvorstand soll weiterhin in der Transfergruppe „Demokratie lernen und leben“ im MBWWK mitarbeiten und engagiert sich beim Ausbau des Netzwerkes demokratischer Schulen.
- Der Landesvorstand soll für die finanzielle Unterstützung des 7. Landesdemokratietages im Herbst 2012 sorgen und engagiert sich inhaltlich bei dessen Vorbereitung.
- Der Landesvorstand soll in Zusammenarbeit mit dem PL eine Broschüre mit Informationen zum Aufbau zu demokratischen Strukturen in Schulen entwickeln.

Ganztagsschulprogramm

- Der Landesvorstand soll den Kontakt zur Servicestelle Jugendbeteiligung sowie der Serviceagentur Ganztägig Lernen in Speyer beibehalten und ausbauen.
- Mindestens zwei VertreterInnen der LSV sollen den Ganztagschulkongress im Winter 2012 besuchen.

Bundesebene

- Die exekutiven Gremien (Landesvorstand und Bundesdelegierte) sollen sich für eine bundesweite Interessenvertretung von SchülerInnen einsetzen. Dies soll in Form eines aktionsbedingten bundesweiten Vernetzungsbündnisses geschehen. Die LSKen der anderen Bundesländer sollen regelmäßig besucht werden. Außerdem sollen die LSVen der anderen Bundesländer zu unseren LSKen eingeladen werden.
- Es soll sich dafür eingesetzt werden, dass regelmäßige Treffen des freien Zusammenschluss der LandesschülerInnenvertretungen (FZL) stattfinden.

Bildungsfinanzierung

- Der Landesvorstand soll sich weiterhin an der Debatte um Studiengebühren beteiligen und entsprechende Aktionen gegen Studiengebühren organisieren und selbst durchführen.
- Der Landesvorstand soll sich dafür einsetzen, dass das „Kopiergeld“ oder „Mediengeld“, das an Schulen erhoben wird, abgeschafft wird.
- Der Landesvorstand soll sich weiterhin für Lernmittelfreiheit und kostenlose SchülerInnenbeförderung einsetzen.

Sommercamp

- Die LSV soll auch 2012 wieder ein Sommercamp, wenn möglich nur durch Drittmittelfinanzierung, durchführen.

Bildungsstreik

- Die LSV soll zusammen mit anderen Verbänden und Organisationen den Bildungsstreik nachbereiten und weitere Bildungsstreik-Aktivitäten in der Vorbereitung und Durchführung kritisch verfolgen und gegebenenfalls unterstützen. Nötigenfalls sollen eigene Initiativen gestartet werden.

Sexualität

- Der Landesvorstand soll sich um eine bessere Aufklärung im Allgemeinen, sowie an Schulen im Besonderen bemühen.
- Mindestens ein CSD in RLP sowie die Sommerschwüle soll von der LSV unterstützt werden.
- Die LSV soll sich weiterhin für eine Überarbeitung der Sexualkinderichtlinien einsetzen.
- In Zusammenarbeit mit SchLAU soll ein inhaltliches Seminar durchgeführt werden.

Umwelt

- Der Landesvorstand soll sich stärker um Umwelterziehung bemühen und ausgewählte Projekte unterstützen.

Antirassismus

- Mindestens ein Vorstandsmitglied soll regelmäßig die Treffen des Netzwerks für Demokratie und Courage besuchen.
- Der Landesvorstand soll ausgewählte Demonstrationen und Aktionen gegen Rassismus unterstützen, wie z.B. die Ausstellung „Tatort Rheinland-Pfalz“.

Datenschutz

- Der Landesvorstand soll die Entwicklung rund um die (in einigen Bundesländern geplante) Einführung der „SchülerInnen-ID“ verfolgen und eine bundesweite Kampagne mit den anderen LSVen, Elternbeiräten und weiteren KooperationspartnerInnen dagegen durchführen.
- Der Landesvorstand soll auf die Abschaffung von „Pädagogischen Schulnetzwerken“, die Zensur und Kontrolle von SchülerInnen ermöglichen, wie MNS+, hinwirken.
- Der Landesvorstand soll sich weiterhin gegen jegliche datenschutzrechtlich fragliche Aktion in Deutschland aussprechen (wie z.B. die Einführung der einheitlichen Steuernummer, die Vorratsdatenspeicherung, das BND-Gesetz etc.).
- Der Landesvorstand soll sich für eine bessere Aufklärung über den Umgang mit Social Networks einsetzen.

Landesjugendhilfeausschuss

- Der Sitz der LSV als beratendes Mitglied im Landesjugendhilfeausschuss soll genutzt werden. Die Sitzungen und wenn möglich auch die eines Fachausschusses (z.B. FA1) sollen von einem zuständigen Mitglied regelmäßig besucht werden.

Ehemaligentreffen

- Die LSV veranstaltet ein Ehemaligentreffen am 27.12.2011.

Förderverein

- Der Landesvorstand soll den Förderverein unterstützen und regelmäßig die Treffen besuchen.

Kontakt

- Der Landesvorstand soll nach Möglichkeit zu folgenden Organisationen Kontakt aufbauen bzw. diesen verbessern:
 - den politischen Organisationen, Verbänden und Parteien
 - dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur
 - den LandesschülerInnenvertretungen anderer Bundesländer
 - dem Landeselternbeirat/ Bundeselternbeirat
 - den LehrerInnengewerkschaften und -Verbänden
 - der DGB-Jugend
 - dem AstA der Universität Mainz und weiteren Studierendenvertretungen
- Der Landesvorstand versendet mindestens einmal pro Quartal eine Info-Mail an die oben genannten Verbände und Organisationen und weitere, in der über aktuelle Projekte und die Arbeit der LSV informiert wird.
- Durch den Kontakt zu anderen SV-Bildungsorganisationen soll ein reger Austausch über SV-Bildungsmaßnahmen entstehen. Auch die Durchführung gemeinsamer Projekte (z.B. SV-Seminare) soll angestrebt werden. Dies soll langfristig zur Erarbeitung von SV-Bildungsstandards führen.

Antrag VA 2

Sexualkundeunterricht

AntragstellerIn:

Sebastian Gräber, Lina Brüssel,
Klara Mladinic

Antragstext:

Die 53. LSK möge beschließen:

Der Landesvorstand setzt sich dafür ein, dass das Thema Sexualität stärker in der Schule verankert wird. Dazu sollen die aktuellen, lockeren Regelungen, die inhaltlich durchaus in die richtige Richtung gehen, durch verpflichtende Stunden in den Lehrplänen, bspw. im Fach Biologie oder Sozialkunde, ersetzt werden. Weiterhin soll der Fokus im Unterricht auf selbstbestimmte Sexualität gelenkt werden, wobei auch die Rolle der Frau sowie der Umgang mit Pornographie behandelt werden sollten.

Antragsbegründung:

Vor einigen Jahren gab die Landesregierung die "Richtlinien zur Sexualerziehung" heraus, die den LehrerInnen zeigen sollen, wie im Unterricht mit Sexualität umgegangen werden soll. Dabei wird betont, dass die sexuelle Selbstbestimmung im Vordergrund steht und durch den Unterricht gefördert werden soll. Dazu gehört auch, dass über Themen wie Homosexualität oder Verhütung gesprochen wird, um den Jugendlichen zu helfen, mit diesen Themen umzugehen. In diesem Kontext wird Sexualität vor allem als "Querschnittsthema" bezeichnet, das in verschiedensten Unterrichtsfächern wie Biologie, Ethik, Sozialkunde oder Deutsch behandelt werden soll. Dabei soll, so steht es in den Richtlinien "Von einer einseitigen anatomischen Betrachtung ist abzusehen". So weit, so gut. Die Richtlinien sind in ihrem Inhalt durchaus richtig, wenn sie dazu drängen, das Thema in vielen Bereichen anzusprechen und die verschiedensten Themen anzusprechen. In Lehrplänen jedoch findet sich einzig und allein die "anatomische Betrachtung" im Biologieunterricht festgeschrieben. Dass das Thema

erst angesprochen werden soll, wenn die LehrerInnen die SchülerInnen für "reif" halten, mag auf den ersten Blick logisch erscheinen, führt aber zu einigen Problemen. Denn dadurch, dass das Thema in keinem Lehrplan tatsächlich festgeschrieben ist, entsteht oft die Situation, in der die LehrerInnen sich vor dem Thema drücken können. In der Sexualpädagogik ist es zudem unsinnig, eine Reife der SchülerInnen ab einem gewissen Alter vorauszusetzen und das Thema erst dann zu behandeln. Vielmehr ist es doch die Aufgabe der PädagogInnen, den Jugendlichen das Thema nahezubringen und sie so zu einem verantwortungsvollen, aufgeklärten Umgang mit Sexualität zu bringen. Demnach ist es wichtig, die Themen in bestimmten Jahrgangsstufen anzusprechen, um das Thema nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Je länger die Jugendlichen nicht mit dem Thema konfrontiert werden, desto mehr werden sie von äußeren Einflüssen geprägt, die, vor allem durch die Gegenwart der Pornographie im Internet, ein falsches Bild von Sexualität ausdrücken.

Antrag VA 3

LAK Basisarbeit

AntragstellerIn:

Sebastian Gräber, Lina Brüssel,
Klara Mladinic

Antragstext:

Die 53. LSK möge beschließen:

Der Landesarbeitskreis Basisarbeit soll weitergeführt und ausgebaut werden. Er soll sich im nächsten Jahr mit der Struktur der LSV beschäftigen und Ideen sammeln, wie die Struktur sinnvoll verbessert werden kann. Dabei soll vor allem Wert auf Transparenz und vielfältige Gestaltung gelegt werden, damit diese Ideen nicht verloren gehen. Der Landesarbeitskreis fördert zudem die Entwicklung der Kreis- und Stadt-SVen und baut diese mit auf, indem er den Landesvorstand in seiner Arbeit unterstützt. Zu den Treffen soll der Landesvorstand auch

die Basisbeauftragten der Kreis- und Stadt-SVen einladen.

Antragsbegründung:

Obwohl die „neue“ Struktur der LSV gerade einmal ihren zweiten Geburtstag feiert, zeigen sich in ihr schon einige Defizite. Viele Kreis-SVen bleiben beschlussunfähig, obwohl sich einige Besserungen zeigen. Die Infrastruktur und die Probleme von SVen in Förder- und Berufsschulen tun ihr übriges, um eine große Beteiligung schwer zu machen. Deshalb soll sich der Landesarbeitskreis mit Ideen auseinandersetzen, die die Struktur verbessern. Dabei sollen allerdings die Grundsätze erhalten bleiben, auch darf es nicht zu einer Verkleinerung der LSV kommen. Eine einfache Änderung der Delegiertenschlüssel wäre zwar produktiv, könnte aber der Basis den Anschluss an die Landesebene erschweren. Ziel des LAK soll es sein, einen Plan zu entwickeln, wie die LSV effektiver arbeiten kann, ohne dabei einige Gruppen zu vernachlässigen. Dieser Plan kann dann im nächsten Jahr hoffentlich vorgestellt werden. Die Basisbeauftragten der Kreise und Städte sollen vor allem deshalb zu den Treffen eingeladen werden, damit jeder Kreis und jede Stadt vertreten ist und somit auch alle Probleme gelöst werden können.

Antrag VA 4

Frauenstatut der LSV Rheinland-Pfalz

AntragstellerIn:

Sebastian Gräber, Lina Brüssel,
Klara Mladinic

Antragstext:

Die 53. LandesschülerInnenkonferenz möge beschließen:

Die LSV und ihre Organe beachten das Frauenstatut unter Berücksichtigung der Satzung und Geschäftsordnung.

Das Frauenstatut sieht wie folgt aus:

Präambel:

Ziel und Aufgabe dieses Frauenstatutes ist es, die Gleichstellung der Schülerinnen im Rahmen der LSV Rheinland-Pfalz durch organisatorische Maßnahmen zu fördern. Damit soll eine faire und rücksichtsvolle Struktur entstehen, die den gesellschaftlich geprägten Mangel in dieser Hinsicht ausgleicht. Das Frauenstatut soll Schülerinnen Mut machen, sich für die LSV zu engagieren, ohne dabei von Einzelnen bevormundet oder korrumpiert zu werden. Damit wird die Rolle der Frauen gestärkt, solange die Gleichstellung noch nicht konkret erreicht wurde, womit das Statut hinfällig würde.

I. Allgemeines

1) Alle Schriften der LSV werden in geschlechtsneutraler Sprache herausgegeben. Weiterhin werden alle Anträge der LSK nach ihrem Beschluß in geschlechtsneutrale Sprache umgeschrieben. Zur Berücksichtigung aller Geschlechter soll das Gender-Gap verwendet werden.

II. Die LandesschülerInnenkonferenz:

- 1) Das Rederecht wird ausschließlich unter der Maßgabe einer geschlechterquotierten Redeliste vergeben. Ausnahmen kann das Präsidium bestimmen.
- 2) Alle auf der LSK gewählten Organe, deren Mitgliederzahl begrenzt sind, werden auf Antrag einer/s Delegierten nach Geschlechtern quotiert gewählt. Bei dieser Quote handelt es sich um eine weiche Quote.
- 3) Auf Antrag von mindestens drei Frauen kann ein Frauenplenum einberufen werden. Dem Frauenplenum gehören alle weiblichen Delegierten der LSK an. Das Frauenplenum diskutiert über den Erfolg des Frauenstatuts und die Rolle der Frau in der LSV. Zudem beschließt es über das Frauenstatut.

III. Der Landesvorstand

- 1) Dem Landesvorstand gehören mindestens 5 Frauen an. Sollte diese Anzahl auf Grund von Kandidatinnenmangel nicht erreicht werden, so müssen die Plätze bis zur nächsten Wahl freigehalten werden.
- 2) Geschlechter- sowie Sexualpolitik stellt für den LaVo einen kontinuierlichen Arbeitsschwerpunkt dar.

IV. Abschlussbestimmungen

- 1) Dieses Frauenstatut tritt am Tag nach seinem Beschluß in Kraft.
- 2) Über Änderungen des Frauenstatutes entscheiden lediglich die anwesenden delegierten Frauen mit 2/3 Mehrheit der abgegebenen Stimmen im Frauenplenum.
- 3)

Antragsbegründung:

In ihrem Grundsatzprogramm setzt sich die LSV für eine Gleichberechtigung der Geschlechter ein. Leider ist dies aufgrund gesellschaftlicher Umstände oft nicht gegeben. So geschieht es leider oft, dass eine Geschlechtergruppe durch ein gewisses Auftreten oder große Redeanteile in den Vordergrund gerät, wobei die andere Gruppe leider weniger berücksichtigt wird. In der Gesellschaft vertreten die Geschlechter oft noch unterschiedliche Interessen, doch alle Interessen sollen in der LSV zu gleichen Teilen berücksichtigt werden. Das Frauenstatut soll helfen, die gesellschaftlich geprägten Benachteiligungen zu vermeiden. Die Quotierung soll dann und nur dann greifen, wenn im Plenum sichtbar eine Benachteiligung von Frauen erkennbar ist, die durch die Quote behoben werden kann. Daher ist die Quotierung auch nur auf Antrag einzuführen und stellt keine so genannte „positive Diskriminierung“ dar. Dass dieser Fall in den letzten Jahren durchaus eingetreten ist, ist an einigen Beispielen erkennbar, die noch erläutert werden. Das Frauenstatut soll allen Delegierten die Probleme, die im gesellschaftlichen Rollenbild verankert sind, bewusst machen und so auf eine tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau hinwirken. Sie soll auf keinen Fall diskriminierend sein und ist daher bewusst offen gewählt. Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Rechenschaftsberichte der Landesvorstandsmitglieder 2010/11



Alexandra Stümpert

Hallo zusammen,

zu meiner Zeit im Landesschülervorstand kann ich sagen, dass diese zunächst mit der Wahl in den Navo-Lavo auf der 50. LSK in Enkenbach-Alsenborn begann, woraufhin ich an den Einarbeitungstagen einen näheren Einblick in die Arbeit im Landesschülervorstand bekam und mich daraufhin entschied an der 51. LSK im Mainzer Rathaus zur Wahl zu stellen und von euch gewählt wurde. Hierfür bin ich euch sehr dankbar, da ich viele neue Erfahrungen sammeln konnte, die ich so schnell nicht vergessen werde.

Zu meiner Arbeit in dieser Amtszeit kann ich sagen, dass ich auf fast allen Landesschülervorstandssitzungen gewesen bin und Veranstaltungen wie die Klausur besucht habe.

Innerhalb meiner Arbeitsbereiche habe ich zwar zunächst bei der Organisation des ersten Treffens für den Tag der SchülerInnenrechte mitgearbeitet, aber dann bedauerlicherweise

aus verschiedenen schulischen und privaten Gründen in diesem und den Sonstigen nachgelassen.

Meinen Schwerpunkt hingegen habe ich in die Betreuung der Kreis- und Stadt-SVen gelegt. Hierbei war ich für die Kreis-SV Südliche Weinstraße, die Kreis-SV Südwestpfalz, die Kreis-SV Donnersbergkreis und die Stadt-SV Pirmasens verantwortlich.

Mein Ziel in jedem dieser mindestens ein Treffen zu organisieren habe ich immerhin erreicht und vor allem die Kreis-SV Südliche Weinstraße, welche neu gegründet wurde läuft mittlerweile recht gut. Diese Arbeit hat mir besonders viel Spaß gemacht, da man viele neue Leute kennen lernte und zahlreiche gute Ideen innerhalb der Treffen zustande kamen. Diese Treffen waren zwar manchmal nicht allzu gut besucht, aber ich bin davon überzeugt, dass diese Struktur in den nächsten Jahren bekannter wird und noch produktiver innerhalb der Kreise gearbeitet werden kann.

Im Rückblick kann ich sagen, dass ich mich an manchen Stellen gerne mehr in die Arbeit eingebracht hätte, auch wenn ich die Zeit nicht aufbringen konnte und der Weg nach Mainz für mich persönlich aufgrund der Entfernung sehr beschwerlich war. Ich wünsche meinen Nachfolgern viel Spaß und möchte mich bei allen für die schöne Zeit bedanken.

Eure Alex



Klara Mladinic

Liebe 53.LSK!

Ich bin Klara, 17 Jahre alt und ich war für euch in dem letzten Jahr im Landesvorstand und als Bundesdelegierte bei der LSV¹.

Mit meiner (kommissarischen) Wahl auf der 50. LSK und später mit der „richtigen“ Wahl auf der 51. LSK im Mainzer Rathaus begann für mich ein spannendes, erlebnisreiches und sehr interessantes Jahr, in dem ich so viele (tolle und bescheidene) Erfahrungen machen durfte und sich mein Leben ziemlich umgekrempelt hat, sodass es sich hauptsächlich um die LSV-Arbeit gedreht hat.

Bei unseren Einarbeitungstagen wurde ich zur Innenreferentin gewählt. Für mich waren gerade die Aufgaben als Innenreferentin mein

¹ Da sich die meisten Aufgaben als Landesvorstandsmitglied und als Bundesdelegierte erledigen lassen und ich mich meistens einfach als beides gesehen habe und nicht in dem einen Moment als das und in dem anderen als das andere, lege ich in diesem Bericht Rechenschaft über beide Ämter ab. (Ich hoffe das ist für alle okay.)

Schwerpunkt im letzten Jahr. So war ich auf allen Landesvorstandssitzungen, lud diese ein, kümmerte mich um die Sitzungs Vor- und –nachbereitung, und moderierte diese. Auch hielt ich Kontakt zu allen internen Gremien der LSV: war auf beiden Landesausschusssitzungen anwesend, war auf einer von zwei Lichtblicksitzungen, hielt Kontakt zum Förderverein, versuchte die Mitglieder im Nachwuchs-Landesvorstand (leider nur zum Teil erfolgreich) zu animieren und las auf allen Verteilern, auch auf denen der 36 Kreis- und Stadt-SVen mit. Im Landesvorstand selbst hatte ich zudem die Aufgabe, an Arbeitsaufträge, Aufgaben und Termine zu erinnern und manchmal auch einen kleinen Anstoß (nicht immer sehr erfolgreich) zu geben. Dazu schrieb ich die Infomails, die über aktuelle Arbeit, Termine und interessante Events der LSV informiert. Und organisierte alle drei LSKen mit und moderierte diese zum Teil (52. und 53.).

Neben diesen internen, organisatorischen und alltäglichen (E-Mails, Basisanfragen, Bahnfahrten usw.) Arbeiten habe ich noch einige andere Sachen gemacht:

Ich kümmerte mich zusammen mit Cedric und Jamina (die wegen ihrem Abi nur bis März im Landesvorstand waren) um das Treffen von den Vorständen der Kreis- und Stadt-SVen mit dem Landesvorstand (SKVoKo) im März in Bad Kreuznach. Das nächste SKVoKo-Treffen wird noch in diesem Jahr stattfinden (November/Dezember). Auch hatte ich die Hauptverantwortung für das Sommercamp, kümmerte mich dabei um die Treffen des Or-

ganisationsteams, einen Brief an die Teilnehmer_innen, die Koordination vor Ort, und einige andere Sachen. Ab Juni kamen noch weitere Termine auf mich zu: die Delegation in den Landesjugendhilfeausschuss und zum Nationalkomitee der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE). Die erste Sitzung die ich im Landesjugendhilfeausschuss (LJHA) war nahm, fand im Juni statt. Im September fand sich der LJHA neu zusammen und es wurden die Ausschüsse gewählt. So habe ich mich für die LSV in den Fachausschuss 1 (Außerschulische Jugendbildung – Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendschutz) wählen lassen. Im Nationalkomitee der UN-Dekade BNE sind jedes Jahr zwei andere LSKen vertreten, dieses Jahr sind dort die LSV RLP und die LSV Saarland. Im Jahr finden dazu zwei Sitzungen in Berlin statt, die eine war im Juni und die nächste, auf die ich auch noch gehe werde, im Dezember.

Weiter war ich ab März im Organisationsteam von RiSiKo, leider nicht sehr aktiv, jedoch war ich, außer auf einem, auf allen Treffen und habe mich um den Kontakt zum LSJV (Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung) gekümmert.

Trotz der immer wieder wechselnden Konzepte für den „Tag der SchülerInnenrechte“ war ich bei allen Organisationstreffen dabei und werde das nun neu ausgearbeitete bis zur Durchführung unterstützen.

Ein anderer großer Teil meiner Arbeit, der auch am meisten Fehlstunden in der Schule mit sich brachte, war die Betreuung meiner Kreis- und Stadt-SVen. Im Januar übernahm

ich zusammen mit Lina und Nikolai die Stadt-SV Mainz, bei der sich der Vorstand jedoch selbst organisierte und ich hauptsächlich auf den Treffen – nämlich auf allen außer einem – anwesend war, weil ich verschiedene Ämter in der SSV innehatte. Trotzdem unterstütze ich den Vorstand und war so zusätzlich auf (fast) allen Vorstandstreffen. Die Kreis-SV Mainz-Bingen übernahm ich zusammen mit Marlene, die jedoch selbst in der Kreis-SV so aktiv war, dass sie sich alleine kümmerte. Weiter betreute ich (anfangs noch mit Cedric) die Kreis-SV Bad Kreuznach, und war auf fast allen Treffen. Alleine betreute ich die Kreis-SV Birkenfeld, die Stadt-SV Frankenthal und die Stadt-SV Worms, bei allen drei fanden unter meiner Leitung mindestens zwei Treffen statt. In der SSV Frankenthal konnte sich auch ein Vorstand bilden, den ich dann eingearbeitet habe. Im neuen Schuljahr übernahm ich zusätzlich noch die Stadt-SV Zweibrücken. Damit einher gingen dann noch mehr Fehlstunden und einige Stunden Bahnfahrten. Bis zur LSK haben in Zweibrücken zwei Treffen stattgefunden. In der SSV Worms sowie in der KrSV KH ebenfalls. In Frankenthal wird vermutlich nur ein Treffen stattfinden, das jedoch hoffentlich beschlussfähig. In der Kreis-SV Birkenfeld waren im letzten Jahr leider sehr unproduktive Treffen, da jeweils nur drei Menschen anwesend waren. In den letzten Wochen habe ich mich um einen anderen Tagungsort gekümmert (im Moment noch nicht erfolgreich) und so wird bis zur LSK auf jeden Fall ein Treffen stattfinden. Leider hat die Arbeit in den Kreis- und Stadt-SVen nicht so super geklappt, dass sich überall sich selbstorganisierende Vorstände gebildet haben, sodass ich hauptsächlich

alles alleine organisieren und moderieren musste. Trotzdem hatte es mir sehr viel Spaß gemacht und ich bin für das neue Schuljahr sehr optimistisch, da auf den Treffen viele motivierte Schüler_innen waren.

Bundesweit war ich noch auf den LSKen (heißen meist anders) der LSV Hessen und der LSV der Gymnasien Schleswig-Holstein, habe versucht ein Treffen vom freien Zusammenschluss der LSVen zu organisieren und war auf dem Bundesvernetzungstreffen vom Bildungstreik für Solidarität und freie Bildung in Berlin.

Neben meinen regelmäßigen Aufgaben kamen natürlich noch sehr, sehr viele andere (Sonder-)Termine dazu. Als kleinen Einblick liste ich euch mal ein paar davon auf: ich war auf den Einarbeitungstagen, dem Ehemaligentreffen, einem Treffen der „Initiative Bildungsrepublik“ in Hannover (der wir jedoch nach kritischer Hinterfragung nicht beigetreten sind), auf dem Hessischen Gesamtschultag (der GGG) in Wiesbaden, habe zusammen mit Cedric an einem Interview über die Positionen der LSV bei der „Drei Tage Wach“-Aktion der Grünen gegeben, habe einen Workshop (zusammen mit Patrick) über Frauenrollen in der Schule bei der Grünen Jugend (Bundesverband) gehalten, habe die Stellenausschreibung für unsere dritte Landesgeschäftsführungsstelle geschrieben und am Bewerbungsgespräch teilgenommen, haben zusammen mit Niklas, Miriam und Michelle einen Infostand auf dem CSD in Koblenz betreut und habe an einer Podiumsdiskussion zum Festakt zu „20 Jahre Frauenministerium“ im Landtag teilgenommen [...].

Neben den ganzen Terminen, den organisatorischen Arbeiten, dem Lesen und Beantworten von (Un-)Mengen an E-Mails, den Kreis- und StadtSVen-Treffen, dem Schreiben von Einladungen über Anfragen zu Vorworten und vielen anderen Sachen habe ich mich in dem letzten Jahr stark

politisiert, habe viele schöne (und leider auch unangenehme) Erfahrungen gemacht und mich persönlich sehr weitergebildet. Auch habe ich viele, tolle Menschen kennengelernt, bin sehr viel bahngefahren und habe viele tolle, lustige (und oft auch produktive) Stunden in unserer Landesgeschäftsstelle verbracht.

Natürlich habe ich nicht alles perfekt gemacht, habe manchmal Abgabetermine verpasst oder mich zu spät zurückgemeldet. Trotzdem würde ich sagen, dass ich ein zuverlässiges und stetig arbeitendes Vorstandsmitglied war und meine Arbeit meist gut erledigt habe. Auch habe ich nicht alle, mir zugeteilten, Arbeitsbereiche durchgearbeitet, jedoch haben wir im Landesvorstand viel gemeinsam gemacht, so dass sich die Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten oft überschneiden haben.

So hoffe ich, dass ich meine Arbeit im Landesvorstand und in der Bundesebene euren Vorstellungen entsprechend erledigt habe.

Abschließend möchte ich noch sagen, dass ich ein unglaubliches Jahr hatte, und ich hoffe, dass der nächste Landesvorstand genauso viel Spaß hat wie ich und wünsche euch allen noch eine schöne LSK und eine produktive (L)SV-Arbeit!

Liebe Grüße, Klara.

PS: Jetzt will ich doch noch vielen Danken, vor allem den Menschen, die mit mir in der LSV gearbeitet haben, vielen politisch aktiven, die ich nun zu meinen engen Freund_innen zählen kann und natürlich unseren Geschäftsführer_innen, die uns einfach immer unterstützen und natürlich euch, die meinen langen Rechenschaftsbericht bis zum Ende gelesen haben. Ich danke euch allen, für dieses wundervolle Jahr LSV-Arbeit und hoffe, dass ich auch weiterhin mit oder für euch arbeiten darf.



Lina Brüssel

Hallo liebe Leute,

Ich bin Lina und war nun für euch knapp ein Jahr, seit der 50. LSK (kommissarisch und seit der 51. LSK „offiziell“), im Landesvorstand der LSV und möchte euch hier über meine Arbeit berichten und davon „Rechenschaft ablegen“.

Zunächst kann ich euch sagen, dass mir die Arbeit im Landesvorstand bzw. mensch kann schon sagen die Erweiterung meines Lebens um die LSV als einen neuen Bestandteil eine Menge Freude bereitet hat. Ich habe viele neue Erfahrungen gemacht, neue Menschen kennengelernt, von denen ich einige nun auch zu meinem engsten Freundeskreis zählen kann, und meinen Horizont erweitert. Außerdem hatte ich viele Momente, in denen ich wirklich das Gefühl hatte, dieser Tätigkeit aus einem Sinn und richtigerweise nachzugehen, und auch Momente, in denen ich gemerkt habe, dass ich in einigen Bereichen eindeutig etwas dazu gelernt habe oder mehr Selbstsicherheit gewonnen habe.

Auch wenn die Arbeit im Landesvorstand häufig Stress und viel Mühe, besonders kurz vor Ende der Amtszeit, wenn die allgemeine Motivation und Beteiligung bei allen sehr rückläufig ist (wie häufig in Gremienarbeit zu betrachten), mit sich brachte, bin ich im Nachhinein doch froh, auch das auf mich genommen zu haben.

Während dieses Jahres im LaVo hatte ich das Außenreferat inne, das ich mir mit Niklas teilte. Dabei hatte ich häufig das „Problem“, dass viele Kontakte zwischen anderen Organisationen und Institutionen und der LSV bereits durch andere Landesvorstandsmitglieder, vor allem Basti, der diese bereits im letzten Jahr geknüpft hatte, bestanden. Daher sah ich es oft als sinnvoller an, diese Kontakte durch die gleichen Personen aufrecht zu erhalten und nicht die betreffenden Personen direkt zu kontaktieren nur, um meinen Arbeitsbereich zu erfüllen. Deshalb konzentrierte ich mich in Bezug auf den Arbeitsbereich des Außenreferates hauptsächlich auf den Kontakt zu anderen politischen Jugendorganisationen. So hielt ich diesen regelmäßig mit den JuSos, der SDAJ, der Linksjugend 'solid, den Falken und der DGB Jugend und berichtete diesen von unseren aktuellen Planungen, lud sie zu unseren Veranstaltungen ein bzw. fragte sie für Workshops oder Infostände an. Der Kontakt zu den Jung Liberalen und der Jungen Union konnte leider während dieses Jahres nie auf eine persönliche Ebene gehoben werden, sondern beruhte nur auf offiziellen Einladungen; ich denke aufgrund von großen inhaltlichen Differenzen, die die Zusammenarbeit erschweren, aber auch aufgrund von Vorurteilen auf beiden Seiten. So habe ich gemerkt, dass wir häufig diese Organisationen bei unseren Planungen etwas außen vor lassen, andererseits wurde mir aber auch durch das Auftreten als Vertreterin

der LSV mit wenn auch teils ironischen Anfeindungen begegnet, was ich beides als sehr schade betrachte. Diesen Kontakt würde ich in Zukunft gerne enger aufbauen, was ich auch schon im Kommen sehe dadurch, dass die SchülerUnion nun Interesse daran bekundet hat, sich mit uns enger auszutauschen. Der Kontakt zu der Grünen Jugend und B90/Die Grünen war natürlich von meiner Seite besonders intensiv, da er mir durch meine langjährige Arbeit in der Grünen Jugend sehr erleichtert wurde. Das heißt allerdings nicht, dass ich versucht habe, Inhalte der Grünen Jugend in die LSV zu tragen, sondern eher mir zum Ziel gesetzt habe, durch meine persönlichen Kontakte zu Grünen-Politiker_innen ihnen die LSV Positionen besser nahebringen zu können. Daher war ich als Vertreterin der LSV auf dem Grünen Neujahrsempfang, auf 3 Sitzungen der Landesarbeitsgemeinschaft Bildung der Grünen, hatte einige persönliche Gespräche mit Pia Schellhammer, Landtagsabgeordnete der Grünen, zu Anliegen der LSV und habe mich auch um ein offizielles Treffen mit ihr und Ruth Ratter, bildungspolitische Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion, gekümmert, das kurz vor der LSK stattfinden wird. Die Zusammenarbeit mit der Grünen Jugend war natürlich auch sehr weitläufig, sodass ich mich nun an viele Punkte kaum mehr erinnern kann. Des Weiteren hatte ich auch noch häufiger Kontakt zu Vertreter_innen der GEW, war auf dem Geburtstag von Vera Reiß und habe ihr auch ein schönes Bild gemalt, das bildungspolitische Forderungen der LSV beinhaltete :D usw.

Ein Arbeitsbereich, der auch mit dem des Außenreferates zusammenhing, war der der Vertretung der LSV im Netzwerk für Demokratie und Courage. Hier habe ich an jedem Treffen bis auf eines, an dem ich verhindert war,

teilgenommen und auch darüber Kontakt zu den anderen politischen Jugendorganisationen in RLP gehalten.

Außerdem war ich auch für den Arbeitsbereich Bildungsstreik verantwortlich. Da wir allerdings ein Weiterführen der Beteiligung der LSV am Bildungsstreik nach weiteren Entwicklungen der Bewegung – aus unserer Sicht – zum Negativen hin zunächst hinterfragen wollten, sah ich meine Rolle hier eher als Beobachterin, Kontaktperson und Berichtserstatterin. Ich fuhr auf zwei bundesweite Bildungssteikkonferenzen nach Köln und Berlin und tauschte mich dort mit anderen bildungspolitisch Aktiven von unterschiedlichsten Organisationen und LS-Ven aus und diskutierte anschließend mit anderen Landesvorstandsmitgliedern, beteiligte mich aber bewusst nicht aktiv an der Arbeit innerhalb des Bündnisses für den kommenden bundesweiten Aktionstag.

Im Hinblick auf den Arbeitsbereich Demokratisierung war ich zusammen mit Basti bei dem Treffen einer Kommission zur Erarbeitung des neuen Schulgesetzes aus Vertretern verschiedener Organisationen und des Ministeriums und auf dem 6. Landesdemokratietag Rheinland-Pfalz und habe dort den Stand der LSV bertretet. Gerne würde ich in diesem Bereich, der mir eigentlich sehr am Herzen liegt, in Zukunft weiter und mehr machen, insbesondere gegenüber der Ministeriums weiterhin Druck zu einigen Änderungen an der Verwaltungsvorschrift im Sinne der LSV ausüben, wie wir – insbesondere Basti - es bereits in diesem Jahr stetig versuchten. Dies betrifft natürlich genauso den Arbeitsbereich Verwaltungsvorschrift, den ich ebenfalls innehatte.

Für unser Anliegen, gegen den Kooperationsvertrag zwischen Bundeswehr und Bildungsministerium

einzutreten, hielt ich vor allem Kontakt zu der AG Frieden, der DFGVK und der SDAJ, die mit uns Mitglied im Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr“ sind. Ich war auch auf der Abschlussveranstaltung der bis zur Landtagswahl laufenden Kampagne des Bündnisses und beriet mit den anderen Vertreter_innen, was nach der Kampagne mit dem Bündnis geschehen sollte. Des weiteren wirkte ich mit an einem Brief an B90/Die Grünen bezüglich des Kooperationsvertrages und versuchte zusammen mit der Grünen Jugend vor und während den Koalitionsverhandlungen mit der SPD, auf die Grünen hin zu einer Auflösung des Vertrags einzuwirken. Auch vernetzte ich mich mit der LSV NRW, die dieses politische Thema als einen ihrer Schwerpunkte im letzten Jahr definierte und die LSV des ersten Landes mit einem solchen Vertrag war.

Für den Arbeitsbereich SKVoKo war ich an der Vorbereitung des ersten Vorstände-Treffens und nun auch des kommenden SKVoKos beteiligt und nahm am ersten SKVoKo teil, wo ich auch einen Workshop zum Thema „Bundeswehr und Schule“ zusammen mit Patrick hielt.

Ich betreute die Kreis- und Stadt-SVen Mainz, Alzey-Worms, Ludwigshafen und Rhein-Pfalz. In Mainz wurden die Stadt-SV-Treffen eigenständig durch den Vorstand organisiert und ich nahm an allen teil, ebenfalls an fast allen Vorstandssitzungen und einer Basisdelegiertensitzung. Mit den Delegierten der weiteren Kr- und SS-Ven hielt ich Kontakt und organisierte mehrere Treffen. Hier hatte ich anfangs Anlaufschwierigkeiten und

Kommunikationsprobleme mit den Menschen, die die Räume vor Ort zu Verfügung stellten, weshalb es zu weniger Treffen kam, als ich es mir gewünscht hätte. Die Häufigkeit der Treffen und die Anzahl der anwesenden Delegierten würde ich daher gerne in Zukunft ausbauen und die nun gewählten Vorstände einarbeiten.

Ich war auch an der Vorbereitung des Rheinland-Pfälzischen SchülerInnen Kongresses (RiSiKo) 2011 beteiligt, der nun leider doch nicht stattfinden konnte. Wie es zu dieser Entscheidung kam, möchte ich allerdings hier nicht erläutern, da ein Rechenschaftsbericht nicht der richtige Ort dafür wäre. Dabei war ich vor allem für den Kontakt zu den Jugendorganisationen, anderen LSVen und anderen Referent_innen zuständig, die ich für Workshops und/oder Infostände anfragte und mit ihnen Kontakt bezüglich RiSiKo hielt. Auch war ich auf mehreren Organisationstreffen für den Kongress anwesend und habe an der Grundkonzeption mitgearbeitet.

Bei dem Sommercamp 2011 war ich mit im Organisationsteam und hauptsächlich für die Referent_innenanfrage und -betreuung zuständig. Außerdem stellte ich den Verpflegungsplan auf und kümmerte mich vor Ort um die Koordination des Koch-Teams.

Ebenfalls war ich im Organisationsteam zum „Tag der SchülerInnenrechte“ und nahm an allen Organisationstreffen teil.

Ich übernahm auch aus Interesse und Spaß an dieser Tätigkeit einige Bundesdelegiertentätigkeiten, so besuchte ich die LSV NRW, die LSV Hessen

und die LSV Schleswig-Holstein auf ihren Konferenzen (entsprechend unseren LSKen) und hielt mit ihnen Kontakt, genauso mit dem LSA Berlin.

Natürlich war ich auch auf der 51. und 52. LSK anwesend und an der inhaltlichen und organisatorischen Planung im Vorfeld und vor Ort beteiligt.

Natürlich sammeln sich über so ein Jahr auch einige Dinge an, an denen ich mich beteiligt habe, die im Moment anfehlen oder nicht direkt zu meinen Arbeitsbereichen gehörten, bspw. betreute ich Infostände der LSV auf der Sommerschwüle und am Open Ohr, verschickte Briefe für den Förderverein an alle neuen Landtagsabgeordneten, nahm an einer Landesausschuss-Sitzung, zwei Lichtblick-Sitzungen und dem Vorstellungsgespräch für unseren dritten Geschäftsführer teil, organisierte das Ehemaligentreffen, unsere interne Klausur und lustigerweise auch unsere eigenen Einarbeitungstage zusammen mit dem alten LaVo mit, kümmerte mich um erste Pläne für die Übersetzung von Positionen der LSV in leichte Sprache, erarbeitete mit Klara und Basti die Konzeption eines SV-Handbuches, schrieb eine Pressemittlung zum Thema „Kritik an der einseitigen Betrachtung der Unterrichtsversorgung in Rheinland-Pfalz“ usw.

Auch wenn ich glaube, dass kaum jemand sich all dies durchliest, hoffe ich doch, dass wenigstens einige von euch die Angewohnheit haben, direkt zum letzten Absatz eines Textes zu springen. Denn an dieser Stelle möchte ich noch einmal meinen Dank an so viele Menschen aussprechen: Die anderen Landesvorstandsmitglieder und

anderen Funkis, mit denen ich zusammenarbeiten durfte, unsere lieben Gfs, die ich immer fragen und um Hilfe bitten konnte und auch einige Ehemalige, die mir neue Blickwinkel auf meine (L)SV-Arbeit gaben und mich auch häufig mit ihrer Erfahrung unterstützten. Ich würde nun auch gerne eine solche Zahl wie 6000 E-Mails bringen oder meine gefahrenen Zug-Kilometer ausrechnen, doch leider habe ich da auch schon den Überblick verloren. Gesammelte Erfahrungen, neue Freundschaften, politische „Lichtblicke“ (was ein Wortwitz, ha!), LGS-Partys, verbrachte Stunden unter einem Berg Postkisten in einem überfüllten Auto nach Schleswig-Holstein, eingefangene Erkältungen, gelesene E-Mails, beurlaubte Schulstunden und gerauchte Gram Tabak, all diese waren sicher viele. Lediglich über meine Bahn-Bonuspunkte kann ich euch sagen, dass es ca. 2143 waren.¹ All dies hat mich, ob positive oder negative Erfahrungen, doch deutlich vorrangig positive, sehr bereichert und ich möchte euch, dieses Jahr und die LSV generell nicht missen, wie mensch so schön sagt.

Allerliebste Grüße – Love,
Peace & Harmony,

Lina

¹ 72% der deutschen Bevölkerung vertrauen statistisch gesehen dem Inhalt von Texten eher, wenn diese empirische Zahlen beinhalten.²

² Diese Zahl ist natürlich frei erfunden.³

³ Ja, ich weiß, dass ich den Witz mit dem Marc-Uwe-Kling-Zitat von Niklas geklaut habe.



Niklas Beinghaus

Ich möchte meinen Rechenschaftsbericht zwei-teilen: Die Zeit vor dem Zeitpunkt, als klar wurde, RiSiKo würde nicht stattfinden - und die Zeit danach.

Die Zeit vor dem Zeitpunkt, als klar wurde, der Rheinland-Pfälzische Schülerinnen und Schüler Kongress würde nicht stattfinden:

Meine Aufgaben habe ich quasi immer wahrgenommen, ich habe mich als aktives Landesvorstandsmitglied gefühlt und wurde auch so behandelt. Das war nicht immer einfach, hat aber Spaß gemacht. - Ich habe Nächte für die Organisation des Rheinland-Pfälzischen Schülerinnen und Schüler Kongresses geopfert und quasi alles für das Gelingen des Kongresses getan, wie es eben alleine so möglich war. Die anderen Dinge, wie Basisanfragen, Betreuung der Kreis-Schülerinnen und Schülervertretungen und Stadt-Schülerinnen und Schülervertretungen habe ich gewissenhaft

erledigt. Gegen Ende fiel mir jedoch auf, dass wenig dessen, was beschlossen wird auf Landesschülerinnen und Schülerkongressen wie dieser, tatsächlich umgesetzt wird.

Die Zeit nach dem Zeitpunkt, als klar wurde, der Rheinland-Pfälzische Schülerinnen und Schüler Kongress würde nicht stattfinden:

Meine Aufgaben habe ich quasi nie wahrgenommen, ich habe mich nicht als aktives Landesvorstandsmitglied gefühlt und wurde auch so behandelt. Das war recht einfach, hat aber auch Spaß gemacht. Ich habe keine Nächte für die Organisation eines Kongresses oder irgendetwas anderes geopfert, sondern höchstens beim Feiern und genüsslichen Bierkonsum mal daran gedacht, dass ich eigentlich etwas für die LSV eintüten sollte. Die anderen Dinge, wie Basisanfragen, Betreuung der Kreis-Schülerinnen und Schülervertretungen und Stadt-Schülerinnen und Schülervertretungen habe ich zwar reduziert, dennoch aber versucht, weiterhin gewissenhaft zu erledigen. Gegen Ende haben mich einige Faktoren dazu gebracht, eine gewisse Abneigung gegenüber der Arbeit des noch-Landesvorstandes zu entwickeln. Ich habe mich sicher manchen gegenüber unsolidarisch verhalten, beispielsweise während Landesvorstandssitzungen oder in elektronischen Briefen oder in diesem Rechenschaftsbericht, dafür möchte ich mich hiermit gleichzeitig um Verzeihung bitten. Ich wünschte und wünsche mir, das mehr Aktivismus Einzug in die Bürostube der Landesvertretung der Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz im Haus des Deutschen Gewerkschaftsbundes

erhält, nicht so viel "Beschluss und Gesetz" ist und sich mal auf das besonnen wird, was wirklich zählt: Veränderung durch Taten!
Also, lieber zukünftiger Landesvorstand: Lasst euch nicht nerven, arbeitet viel, activiert eure Abwehrkräfte (bloß nicht mit Actimel) und feiert nicht so viel auf Kosten der Landesvertretung der Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz. Kauft lieber Kondome und kämpft für den Weltfrieden, als richtig zu gendern...

Wie dem auch sei, wichtig ist eigentlich ja nicht, ob ihr mich entlastet oder nicht, dabei geht es letztendlich ja nur darum, ob ich das mal in meinen Lebenslauf schreiben darf oder nicht. (Und wer prüft das schon nach: Wenn andere Doktorarbeiten fälschen können, kann ich auch schreiben, das ich aktives LandesVorstandsMitglied der Landesvertretung der Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz aktiv war, nicht?) Nungut: Entlastet mich oder entlastet mich nicht, wichtig ist eigentlich nur: "witzig" oder "nicht witzig".



Pablo Di Cagno

Hallo Ihr alle,

mein Name ist Gaetano-Pablo-Daniel Di Cagno, ich bin 21 Jahre alt und komme aus dem Kreis AK (Altenkirchen). Schon 2010 wurde ich von euch in den Nachwuchs-LaVo gewählt und im Januar auf der 51. LSK hab ich es sogar ins nächste Gremium, in den Landesvorstand geschafft. Mit viel Freude habe ich mich daran gewagt und mich den Aufgaben gewidmet. Ich war für die Arbeitsbereiche Förderverein, Sexualität, Jugendhilfe zuständig. Zum dem habe ich die Kreis-SVen Altenkirchen, Westerwald (welches Sebastian S. und ich zusammen betreuten) und Ahrweiler betreut. Leider habe ich mich mit meiner vorhandenen Zeit überschätzt und konnte nicht all die erforderte Zeit darbringen die benötigt wurde, um vollkommen als Landesvorstandsmitglied zu fungieren.

Dennoch habe ich die Zeit, die ich hatte, dafür genommen um aktiv zu sein, somit war ich auch bei fast allen Landesvorstandssitzungen, sowie allen LandeschülerInnenkonferenzen dabei und habe ebenfalls die Klausuren für den Landesvorstand besucht. Im März war ich mit meinen anderen Landesvorstandsmitgliedern bei der Veranstaltung „jung & engagiert“ mit Doris Ahnen und Frank-Walter

Steinmeier gewesen, wo interessierte Menschen von jung bis alt Fragen an Frau Doris und Herrn Steinmeier stellen konnten. Desweiteren war ich im Mai bei der Veranstaltung „Demokratische Erziehung – Was ist das“ dabei gewesen und habe dort die LSV vertreten.

Bei der Betreuung der Kreis- und Stadt-SVen, habe ich mich zunächst auf Altenkirchen konzentriert. Dort war allerdings das Engagement der gewählten Delegierten nicht sehr groß räumig und ich saß leider bei einer Kreis-SV Sitzung mit nur einem weiteren Delegierten zusammen, wo eigentlich 10 – 14 Delegierten erscheinen hätten sollen. Im neuen Schuljahr arrangierte ich direkt die neue Sitzung im Kreis Altenkirchen, die mit vollem Erfolg stattfand. Die neuen Delegierten zeigten Interesse und haben mich positiv überrascht. Zudem übernahm ich dann auch die Verantwortung für die Kreis-SVen Westerwald und Ahrweiler, wo in den nächsten kommenden Wochen die ersten Sitzungen stattfinden werden.

Selbstverständlich werde ich mich in der jetzigen Amtszeit bemühen, weiter so aktiv zu sein, oder noch aktiver zu werden und habe mich auch schon für die nächste Veranstaltung „Leopard, G 36 oder Fregatte - Deutschland als Waffenexporteur. Zur Theorie und Praxis restriktiver Exportrichtlinien“, welches in Koblenz stattfinden wird angemeldet, wo ich erneut die LSV präsentieren werde.

Wenn ich zurück schaue, hätte ich noch mehr Initiative zeigen können. Hiermit möchte ich mich auch noch bei den anderen für die tolle Zusammenarbeit bedanken und den nächsten Nachfolger/innen viel Erfolg und Spaß wünschen.

Lg Pablo Di Cagno



Hallo ihr,

ich bin Sebastian Gräber und vor knapp einem Jahr habt ihr mich auf der 50. LSK in Enkenbach-Alsenborn zum zweiten Mal in den Landesvorstand gewählt. Jetzt kann ich auf insgesamt zwei Jahre LSV-Arbeit zurückblicken und möchte euch erklären, was ich im letzten Jahr so gemacht habe.

Auf unseren Einarbeitungstagen habe ich mich für einige Bereiche zuständig erklärt, die ich im Laufe des Jahres alle mehr oder weniger umsetzen konnte. Dazu zählen vor allen Dingen das Pressereferat (das irgendwie auch ein getarntes Außenreferat ist ;-)), der Bereich der Demokratisierung sowie die Basisarbeit und der Bereich „Publikationen“. Ihr seht also, ich hatte mir einiges vorgenommen.

Im Pressereferat habe ich zusammen mit einigen anderen Landesvorstandsmitgliedern insgesamt 5

Pressemitteilungen herausgegeben, was zugegeben etwas wenig ist. In anderen Bereichen der Presse habe ich mich dafür bemüht, noch aktiver aufzutreten. So habe ich in verschiedenen TV-Sendungen und Zeitungen Interviews gegeben und versucht, die verschiedensten Themen der LSV in die Öffentlichkeit zu tragen. Auch habe ich die Pressemitteilungen anderer Bildungsverbände eifrig verfolgt und habe versucht, die Ideen dieser Verbände in unsere Arbeit miteinfließen zu lassen und Kontakte zu vermitteln.

Meine Hauptaufgabe habe ich jedoch im Bereich der Demokratisierung gesehen. Hier habe ich mit vielen verschiedenen Verbänden Kontakt gehalten, was zu einem regen Austausch und einigen Erfolgen geführt hat. Zum einen habe ich mich mit Sappho Beck von der „Serviceagentur Ganztätig Lernen“ zusammengetan, um eine SV-BeraterInnenausbildung zu organisieren. Weiterhin habe ich mit dem ehemaligen Vorstandsmitglied Felix Martens und dem Pädagogischen Landesinstitut eine Handreichung für Schülerinnen und Schüler entwickelt, die die SVen und demokratische Strukturen in der Schule stärken sollen.

Weiterhin habe ich mit Lina die Treffen einer Kommission zur Erarbeitung des neuen Schulgesetzes besucht, in der wir für die Stärkung der VerbindungslehrerInnen und eine Stärkung der Schulausschusses plädiert haben. In diesem Sinne habe ich auch an der Umsetzung

der neuen Verwaltungsvorschrift gearbeitet, die jedoch vom Ministerium weiter nach hinten gedrängt wird, was uns sehr unzufrieden macht.

Zuletzt habe ich den Kontakt zu „Demokratie Lernen und Leben“ gehalten und an der Werbung für die Idee des Klassenrats mitgearbeitet. Auch habe ich am „6. Landesdemokratietag“ teilgenommen und dort unter anderem mit der Staatssekretärin Vera Reiß auf einer Podiumsdiskussion über die Verwirklichung einer demokratischeren Schule diskutiert.

Im Arbeitsbereich „Publikationen“ war ich vor allem für das Schreiben und Ausarbeiten der „SV-Tipps“ zuständig. In diesem Bereich habe ich es geschafft, jeden Monat einen SV-Tipp herauszugeben, der immer über den Infoverteiler und die Homepage publiziert wurde. Weiterhin habe ich mich dem bereits seit mehreren Jahren laufenden Projekt des SV-Handbuchs gewidmet. Dabei habe ich gemeinsam mit Lina und Klara eine Übersicht entworfen und erste Texte geschrieben, um das Projekt voranzubringen.

In der Basisarbeit habe ich mir hauptsächlich Gedanken zum LAK Basis gemacht und einige Ideen ausgearbeitet, wie dieser in den nächsten Jahren arbeiten und so die Struktur der LSV stärken kann. Weiterhin habe ich über das Jahr nahezu alle Anfragen von SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern beantwortet, die auf der Homepage oder per E-Mail an uns gestellt wurden. Zudem habe

ich ein Basisseminar am Lina-Hilger-Gymnasium in Bad Kreuznach gehalten. In diesen Bereich gehört auch die Weiterentwicklung der Struktur, zu der ich mit meinen Ideen zur Förderung von Förder- und Berufsbildenden Schulen beigetragen habe.

Neben meinen Hauptarbeitsbereichen habe ich auch versucht, mich in allen laufenden Projekten des Landesvorstands einzubringen. So habe ich geholfen, das Ehemaligentreffen sowie das diesjährige Sommercamp zu organisieren und habe die Treffen des „neuen Bildungsstreiks“ besucht. Außerdem habe ich an der Planung des „Tages der SchülerInnenrechte“ mitgewirkt. Zu den laufenden Projekten gehörten auch die Organisation von zwei „SKVoKo“ und zwei LSKen mit Rahmenprogramm, Workshops sowie Pressebetreuung und Anträgen.

Natürlich kamen auch die Kreis- und Stadt-SVen nicht zu kurz, denn in meinen 5 regionalen SVen (Bitburg-Prüm, Vulkaneifel, Cochem-Zell, Bernkastel-Wittlich und Rhein-Hunsrück-Kreis) fanden nahezu monatlich Treffen statt. Dabei haben sich vor allem der Rhein-Hunsrück-Kreis und der Kreis Bernkastel-Wittlich sehr selbstständig gemacht.

Im Bereich „Kontakt“ war ich bei vielen Gesprächen des Pädagogischen Landesinstituts, des Ministeriums, des Landeselternbeirats, der Serviceagentur Ganztätig Lernen, der GEW, der Direktorenverbände und der politischen Parteien

zugegen und habe die Forderungen der LSV erläutert. Vor allem die Zusammenarbeit mit dem Landeselternbeirat konnte damit verstärkt und hoffentlich auch verfestigt werden.

Weiterhin habe ich noch den alltäglichen „Kleinkram“ erledigt wie z.B. die Überarbeitung von Standard-schreiben und -einladungen, den Briefverkehr, den Besuch von verschiedensten Veranstaltungen, die Vor- und Nachbereitung usw..

Ich hoffe, ich habe mit meinen Bemühungen eure Interessen vertreten und euren Willen umgesetzt. Ich möchte euch allen und vor allem dem letzten und diesjährigen Landesvorstand sowie den wundervollen GF für zwei wunderschöne Jahre danken, die mich bereichert haben und die ich sicher nicht vergessen werde, auch wenn es manchmal nicht ganz einfach war. Ich blicke zurück auf zwei tolle Jahre, auf viele neue Freundschaften und Kontakte, knapp 6000 E-Mails, viele tausend Kilometer fahrt, hunderte lustige Erlebnisse, viele „be-räuschende“ Runden in der LGS, und einiges mehr. Danke für all das!

Basti



Sebastian Waic

Hallo liebe LSV Menschen,

mein Name ist Sebastian Waic und ich war im Landesvorstand 2010/2011 tätig. Zu meinen Tätigkeiten gehörte die Betreuung der Stadt-SVen Neustadt an der Weinstraße und Speyer und der Kreis-SV Bad Dürkheim. Außerdem konnte ich bis auf eine Sitzung alle Landesvorstandssitzungen besuchen und an den Vorbereitungstreffen für die LSKen teilnehmen.

Ich besuchte sowohl die 50. LSK, die 51. (an der ich in den Landesvorstand gewählt wurde) als auch die 52. LSK. An der 52. LSK hielt ich zusammen mit Kevin Frantz einen Workshop über die Reform der Mainzer Studienstufe. Ich freue mich bereits, mit Euch zusammen, während der 53. LSK, einen Workshop zu gesellschaftlichen Strukturen zu halten.

Beim SkVoKo am 12.03.11 in Bad Kreuznach war ich ebenfalls mit dabei, um mitzuhelfen bei der

Verbindung zwischen Landes-, Kreis- und Stadtebene. Besonders viel Spaß hatte ich im Juli während des Sommercamps der LSV, hier half ich bei der Kasse oder Ähnlichem mit, war aber eher als „normaler“ Besucher dort. An dem „Tag der SchülerInnenrechte“ arbeitete ich ebenfalls mit, allerdings gelang es uns nicht, zu meinem Bedauern, diesen Tag noch während unserer Amtszeit durchzuführen.

Zu einem persönlichen Highlight zählt für mich das Gespräch mit der Bildungsministerin Frau Doris Ahnen und verschiedenen Vertretern von Gewerkschaften und anderen Interessensverbänden zu Schuljahresbeginn im MBWWK in Mainz. Hier ist es wichtig, die Schülerinnen und Schüler auf Landesebene zu vertreten und gegeben falls seine Stimme zu erheben, um deren Interessen zu vertreten.

Die weiteren Tätigkeiten während meiner Amtszeit waren die internen Gespräche über Termine, Sitzungen, Örtlichkeiten und vielem mehr. Wenn diese Gespräche nicht stattfinden, wüssten wir zum Beispiel nicht wie, wann und wo die 53. LSK durchgeführt werden könnte.

Ich blicke auf ein Jahr voller interessanter und informativer Gespräche und Veranstaltungen zurück. Es war und ist mir sehr wichtig den Schülerinnen und Schülern eine Interessensvertretung vor der Politik und anderen Verbänden zu gewährleisten und aus diesen Gründen würde ich mich auch immer wieder dafür entscheiden, dieses Jahr noch einmal zu durchleben!

Ich bedanke mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen des Landesvorstands, der Bundesdelegation, des Landesausschusses und des Nachwuchslandesvorstandes für die tolle, nicht immer leichte, aber immer fortschrittliche Arbeit! Außerdem möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen der Kreis- und Stadt-SVen, die ich betreut habe und bei den Mitarbeitern unserer Geschäftsstelle für die gute Zusammenarbeit bedanken!

Ich wünsche mir, dass auch in Zukunft weiterhin viele Jugendliche, wie Ihr alle sich ehrenamtlich für die Interessen ihrer Mitmenschen und der LandesschülerInnenvertretung einsetzen!

Dafür alles Gute!

Sebastian Waic



Michelle Paulus

Hallo ihr Lieben,

in den Landesvorstand wurde ich mit Miriam auf der 52. LSK in Dietz nachgewählt. Da wir nicht beschlussfähig waren, wurden wir nur kommissarisch gewählt. Auf der 4. Landesvorstandssitzung, welche innerhalb der Klausur-Tage stattfand war ich abwesend. Ich war in den Arbeitsbereichen Sexualität und Tag der SchülerInnenrechte bemüht. Dementsprechend habe ich einen LSV-Stand auf dem CSD (Christopher Street Day) in Koblenz und bei Sommerschwüle (ein Les-Bi-Schwules Sommerfest) in Mainz betreut. Einen weiteren Infostand betreute ich auf dem 6. Landesdemokratietag in Wörrstadt. Ich war auf einem Orgatreffen zum Tag der SchülerInnenrechte und einem RiSiKo-Ornatreffen und habe noch Kreise betreut: Zusammen mit Miriam den Rhein-Lahn Kreis und seit diesem Schuljahr haben wir die Kreis-SV Mayen-Koblenz und Stadt-SV Koblenz bei ihren Treffen begleitet. Ich glaube, das wars schon.

Zu Beginn der Amtszeit habe ich mich bemüht ein aktives Landesvorstandsmitglied zu sein, was in den letzten Wochen durch verschiedene Gründe u.a. Schulwechsel ziemlich nachließ.



Miriam Koelges

Hallo!

Nachdem zwei Vorstandsmitglieder im Laufe des letzten Schuljahres ausgeschieden sind, da sie ihr Abitur absolviert haben, wurde ich im Mai zusammen mit Michelle auf der 52. LSK in Dietz kommissarisch nachgewählt. Ich war auf den Klausur-Tagen des Landesvorstandes anwesend, im Rahmen dessen auf der 4. Landesvorstandssitzung. Auch auf der 5. Landesvorstandssitzung war ich anwesend. Auf dem Koblenzer Christopher Street Day sowie auf dem 6. Landesdemokratietag in Wörrstadt habe ich den Infostand der LSV betreut.

Die vergangene Zeit mit dem Landesvorstand schätze ich sehr und hoffe der kommende Landesvorstand wird eine tolle Zeit haben.

Eure Michelle

Auf einem Orgatreffen zum Tag der SchülerInnenrechte sowie auf einem Treffen, was eigentlich ein RiSiKo-Ornatreffen werden sollte war ich anwesend. Außerdem habe ich gemeinsam mit Michelle im letzten Schuljahr die Kreis-SV Rhein-Lahn, in diesem Schuljahr zusätzlich noch die Kreis-SV Mayen-Koblenz und die Stadt-SV Koblenz betreut und habe die Treffen im Kreis Germersheim begleitet. Dem nächsten Landesvorstand wünsche ich viel Spaß und eine schöne Zeit!

Grüße
Miriam

Der Rechenschaftsbericht des Landesvorstandsmitglieds **Nikolai Hahn** wird voraussichtlich mündlich auf der LSK gehalten.



Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes 2010/11

Strukturreform der LSV

Die 36 Kreis- und Stadt-SVen wurden in diesem Jahr vom Landesvorstand weiterhin betreut. Dabei wurden in einigen Kreisen und Städten erfolgreiche Fortschritte in der Selbstständigkeit gemacht. So haben sich bspw. unter anderen die Kreis-SV Rhein-Hunsrück und die SSV Mainz mit eigenen Projekten selbstständig organisiert. Dennoch brauchen viele regionale SVen noch Unterstützung durch den Landesvorstand, was dessen eigentliche Arbeit in weiten Teilen einschränkt. Die Vorstände haben gemeinsam mit den betreuenden Landesvorstandsmitgliedern bisher insgesamt 175 Treffen der Kreis- und Stadt-SVen einberufen und durchgeführt. Bei einem Großteil der Sitzungen war ein Landesvorstandsmitglied vor Ort. Der Landesvorstand hat die Mailverteiler betreut und die Kreis- und Stadt-SVen in ihren Ideen beraten und unterstützt. Die Wahlen für das Jahr 2011/12 wurden bisher nur teilweise durchgeführt. Dort, wo es bereits feste Ergebnisse gibt, wurden die Ergebnisse bereits an die zuständigen Ämter weitergeleitet. Der Landesvorstand wird sich darum bemühen, dass alle Kreise und Städte noch ihre Ämter füllen werden.

SV-Bildung

Aufgrund der Versprechen der Landesregierung im Koalitionsvertrag hat der Landesvorstand an einer Besprechung im Ministerium zur Stärkung der Rechte von Schülerinnen und Schülern teilgenommen. Dabei haben wir betont, dass die Stärkung der SVen vor allem durch die Stärkung der VerbindungslehrerInnen ermöglicht werden kann. Nur sie können jedes Jahr neu SVen belehren und unterstützen. Daher haben wir uns für eine landesweite Struktur der VL eingesetzt. Zudem haben wir die Stärkung des Schulausschusses sowie eine Einführung des "Klassenrats" in allen Schulen gefordert, was dort mit großem Interesse und Zustimmung aufgenommen wurde. Eine Broschüre für Schülerinnen und Schüler, die Tipps für mehr Beteiligung gibt, wurde zum großen Teil mit dem Pädagogischen Landesinstitut erarbeitet und muss nach der Änderung der Verwaltungsvorschrift nur noch in Druck gegeben werden. Der Landesvorstand plant weiterhin eine SV-BeraterInnenausbildung in Zusammenarbeit mit dem SV-Bildungswerk und der Serviceagentur Ganztätig lernen, um die Struktur des SV-Bildungswerkes in Rheinland-Pfalz auszuweiten. Weiterhin soll es durch die SV-BeraterInnen möglich werden, viele SV-Seminare an den Schulen direkt abzuhalten und so SV-Arbeit nachhal-

tig zu fördern. Der Landesvorstand hat darüber hinaus 2 Basisseminare an Schulen durchgeführt. Im März fand eine Konferenz der Kreis- und Stadtvorstände in Bad Kreuznach statt, an dem Menschen aus rund 10 Kreisen und Städten teilnahmen. Dabei wurden inhaltliche Workshops gehalten und die KrSVen/SSVen konnten sich untereinander austauschen und gemeinsam Projekte erarbeiten. Das zweite Treffen der Vorstände mit dem Landesvorstand wird in wenigen Wochen stattfinden. Ein Ablaufplan des "Tags der SchülerInnenrechte" sowie eines zugehörigen Aktionsmonats wurde vom Landesvorstand erstellt und wird gemeinsam mit dem neuen Landesvorstand umgesetzt. Dieser wird mit vielen Aktionen vor Ort und einer Abschlussaktion in Mainz, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich ziehen und die Forderungen der LSV weiter in den Vordergrund stellen soll.

Publikationen

In seiner Amtszeit hat der Landesvorstand 6 SV-Tipps zu den Themen "Lernen und Leistung", "Mündigkeit", "Nahverkehr", "Ordnungsmaßnahmen", "Projekte" und "Q..." herausgegeben. Diese wurden sowohl über die Verteiler als auch auf der Homepage der LSV und in Druckform veröffentlicht. Ein SV-Tipp "R" wird noch vor Ablauf der Amtszeit herausgegeben. Die Herausgabe einer "Lichtblick"-Ausgabe war auf Grund von redaktionellen Schwierigkeiten leider nicht möglich. Im nächsten Jahr soll das Redaktionsteam wieder gestärkt werden, damit der Lichtblick wieder aufleben kann. Das SV-Handbuch wurde in großen Teilen von uns ausgearbeitet. Die fehlenden Teile werden vom Landesvorstand und Ehemaligen ergänzt, so dass das Handbuch im nächsten Jahr endlich in Druck gehen kann. Vom Innenreferat wurden in diesem Jahr 4 umfangreiche Infomails über den LSV-Infoverteiler verschickt, in denen immer über aktuelle Projekte und Aktionen der LSV und ihrer PartnerInnen berichtet wurde.

Pressearbeit

Das Presse- und Außenreferat hat in seiner Amtszeit 5 Pressemitteilungen herausgegeben. Themen waren dabei bspw. Unterrichtsausfall, die Situation im Schulträgerausschuss und die Transparenz der Arbeit der LSV. Eine weitere Pressemitteilung zu den Ergebnissen der LSK wird noch folgen. Weiterhin hat der Landesvorstand an mehreren Interviews teilgenommen und geriet so in den Fokus der Öffentlichkeit. Interviews fanden unter anderem beim SWR, Gutenberg TV und der AZ statt. Die Pressekonferenzen wichtiger schulpolitischer Akteure wurden regelmäßig besucht und die Ergebnisse in unsere Arbeit eingebracht.

Landesarbeitskreise

Aufgrund zeitlicher Probleme des Landesvorstands konnten die Landesarbeitskreise leider nur unzulänglich umgesetzt werden. Problemlösungen wurden vom Landesvorstand allerdings schon erarbeitet und sollen im nächsten Jahr umgesetzt werden.

Demokratisierung

Der Landesvorstand setzt sich bei Verbänden und in den Kreisen und Städten weiterhin für ein Stimmrecht im Schulträgerausschuss ein. In manchen Kreisen und Städten wurde das Stimmrecht den Delegierten bereits erteilt. Zu diesem Thema wurde auch eine Pressemitteilung herausgegeben. Der Kontakt zur Gruppe "Demokratie lernen und leben" wird weiter gehalten. Unter anderem sind die Veröffentlichung einer Broschüre sowie eine Fortbildung zur Zukunftswerkstatt angedacht. Die Klausurtagungen der Gruppe werden weiterhin besucht. Die LSV hat den 6. Landesdemokratietag in Ingelheim erfolgreich unterstützt. Dabei haben wir sowohl einen finanziellen als auch einen inhaltlichen Beitrag in Form der Teilnahme an einer Podiumsdiskussion vertreten. Ferner haben wir mit einem Stand für mehr Aufklärung der SchülerInneninteressen bei LehrerInnen gesorgt.

Ganztagschule

Der Kontakt und die Zusammenarbeit mit der Serviceagentur Ganztätig lernen wurde gehalten und ausgebaut. Gemeinsame Projekte wurden erfolgreich umgesetzt oder sind weiterhin in Planung. Der Ganztagschulkongress, der in der nächsten Woche stattfindet, wird von zwei Delegierten der LSV besucht.

Bundesebene

Bundesdelegierte sowie Landesvorstandsmitglieder haben in diesem Jahr 5 Bundesländer auf ihren LSKen besucht und den Kontakt ausgebaut. Zudem haben zwei Funkis an einem Seminar mit dem LSR Baden-Württemberg mitgewirkt sowie den Kontakt zur LSV Bayern, Berlin und Hamburg neu aufgenommen. An einer Neuauflage der Bundesvernetzungstreffen arbeiten die Bundesdelegierten einiger Länder weiterhin.

Sommercamp

Das Sommercamp der LSV wurde wie in jedem Jahr umgesetzt. Dabei kamen rund 30 SchülerInnen für eine Woche auf dem Campingplatz in Wiesbaden-Freudenberg zusammen.

RiSiKo

Der Rheinland-Pfälzische SchülerInnenkongress konnte aufgrund großer inhaltlicher und personeller Differenzen leider nicht stattfinden. Ein neuer Basiskongress ist vorerst nicht in Planung.

Bildungsstreik

VertreterInnen des Landesvorstands haben die Treffen der Bewegung "Bildungsstreik für Solidarität und freie Bildung" besucht. Die Inhalte und Ideologie dieser Bewegung sind für uns strittig, sodass sich weiter kritisch mit der Bewegung auseinandergesetzt werden soll. Der Landesvorstand setzt sich für eine aufgeklärte Streikbewegung in Rheinland-Pfalz ein.

Sexualität

Der Landesvorstand hat sich unter anderem in einem Interview dazu geäußert, dass in der Schule, aber auch im allgemeinen eine bessere Aufklärung stattfinden muss. Ab diesem Jahr ist die LSV Fördermitglied des Christopher-Street-Day in Koblenz. Auch haben wir mit einem Stand am CSD und der Sommerschwüle teilgenommen sowie den Kontakt mit "SchIAU", dem Bündnis der LehrerInnen für schwul-lesbische Aufklärung im Unterricht aufgenommen.

Antirassismus

Die Treffen des Netzwerk für Demokratie und Courage wurden von den zuständigen Landesvorstandsmitgliedern besucht. Die Ausstellung "Tatort Rheinland-Pfalz" wurde auch in diesem Jahr wieder von der LSV unterstützt.

Umwelt

Ein Mitglied des Landesvorstands hat den Sitz der UN-Kommission für „Bildung und nachhaltige Entwicklung“ wahrgenommen und die LSV bei den Sitzungen vertreten. Der Landesvorstand hat zudem am „Umwelt-Programm für ökologische und soziale Nachhaltigkeit“ teilgenommen und weitere Projekte dieser Art gefördert.

Datenschutz

Die LSV war Unterstützerin der "Zensus-Demo" am 30.4.2011 in Koblenz und spricht sich somit gegen Zensus 2011 aus.

Ehemaligentreffen

Ein Ehemaligentreffen wurde am 27.12.2010 durchgeführt.

LSV-Förderverein

Die Treffen des Fördervereins wurden vom Landesvorstand besucht und seine Projektideen unterstützt.

Kontakt

Der Landesvorstand hat den Kontakt zu Jugendzentren sowie dem Landesjugendring aufgebaut.

Der Landesvorstand hat wieder Kontakt zum Landesjugendhilfeausschuss aufgenommen und ein zuständiges Landesvorstandmitglied besucht die Sitzungen.

Auch in diesem Jahr setzt sich die LSV mit den Ideen verschiedener bildungspolitischer Akteure auseinander. Dabei wurde bisher intensiver Kontakt mit der Serviceagentur Ganztägig Lernen, dem Pädagogischen Landesinstitut, der GEW sowie mit dem LEB gehalten. Ferner hatten wir Kontakt zu den politischen Parteien und Jugendorganisationen sowie zu "Linkswärts". Kontakte zu Bündnissen wie "SchLAU", "Eine Schule für Alle", "UNESCO", der "UN-Dekade für Bildung und nachhaltige Entwicklung" uvm. wurden (wieder) aufgenommen.

Sonstiges

Der Landesvorstand hat Ideen ausgearbeitet, mit denen die Struktur der LSV besser umgesetzt werden soll. Dazu zählen unter anderem Ideen zur Umstrukturierung des Delegiertenschlüssels sowie eine Stärkung der SVen an Berufsbildenden- und Förderschulen.

Der Landesvorstand strebt eine Überarbeitung der LSV-Homepage an. Dabei wollen wir die Homepage vor allem mit weiteren Inhalten füllen und das Forum attraktiver machen. Weiterhin haben wir viele Veranstaltungen besucht, die Kreis- und Stadt-SVen organisiert, Kontakte zu SchülerInnen gehalten und Basisanfragen beantwortet. Tägliche Dinge wie Briefverkehr und interne Überarbeitungen sowie die Kommunikation von Arbeitsabläufen wurden natürlich ebenfalls gemacht.

Der Landesvorstand hat einen neuen Geschäftsführer eingestellt, der hauptsächlich die Kreis- und Stadt-SVen unterstützen soll und den beiden anderen GeschäftsführerInnen etwas Arbeit abnimmt.

Rechenschaftsberichte der Bundesebene



Sebastian Waic

Ein zweites Mal:

Hallo liebe LSV Menschen,

mein Name ist Sebastian Waic und ich war in der Bundesdelegation 2010/2011 tätig. Die Arbeit in der Bundesdelegation war mit sehr viel Zeit in Zügen und an Bahnhöfen verbunden, jedoch keineswegs weniger interessant als die Arbeit im Landesvorstand!

Während meiner Amtszeit besuchte ich zusammen mit Klara Mladinic ein Treffen zur „Initiative Bundesrepublik“, organisiert von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), in Hannover. An diesem Treffen nahmen neben dem Bundesvorsitzenden der GEW auch VertreterInnen der Landesvorsitzenden der GEW und VertreterInnen einzelner Landesschülervertretungen wie z. B. Bayern und Schleswig-Holstein

teil. Dort wurde über eine bundesweite Zusammenarbeit für höhere Bildungsausgaben gesprochen, um mit vereinten Kräften Druck auf die Politik auszuüben. Dies ist ein gutes Beispiel, um zu zeigen wie die Vernetzung der LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz mit anderen Interessensverbänden aus Deutschland stattfindet, um Interessen von uns zu verfolgen und durchzusetzen.

Des Weiteren war ich auf der 101. Landesdelegierten-Konferenz der LandesschülerInnenvertretung Nordrhein-Westfalen. Hier ging es ebenfalls darum, Informationen auszutauschen, Ansichten zu diskutieren und zu kritisieren und die besten Erkenntnisse daraus zum Vorteil der beiden LandesschülerInnenvertretungen zu nutzen.

Mein persönliches Highlight der Arbeit als Bundesdelegierter war der Jugendkongress 2011 vom Bündnis für Demokratie und Toleranz in Berlin. Hier kamen über 400 Jugendliche aus ganz Deutschland von den verschiedensten Organisationen zusammen, um über Demokratie, Toleranz und ihrer Arbeit in gemeinnützigen Organisationen zu sprechen. Diesen Kongress besuchte ich in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand der LandesschülerInnenvertretung der Gymnasien Schleswig-Holstein und dem Landesvorstand der Förderzentren Schleswig-Holstein. Hier konnte viel über Bildungspolitik gesprochen und die Bekanntheit der LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz gestärkt werden.

An diesem Punkt möchte ich mich auch bei den Vertretern der LandesschülerInnenvertretung Nord-Rhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und allen anderen, mit denen ich während meiner Amtszeit in Kontakt stand und ins Gespräch kam, bedanken!

Hier wäre mein Wunsch, dass weiter daran gearbeitet wird, den Kontakt mit den verschiedenen Bundesländern zu stärken mit dem Ziel eines Tages eine gemeinsame BundesschülerInnenvertretung auf die Beine zu stellen!

Dafür ebenfalls alles Gute!

Sebastian Waic

Kevin Frantz

Hallo Zusammen,
ich heiße Kevin und bin seit der 51. LSK Bundesdelegierter für die LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz.
Zuerst möchte ich dem LaVo danken für die vielen konstruktiven (Streit-) Gespräche bei denen ich in vielen Punkten von der Meinung der LSV überzeugt wurde. Die LSV hat meine Sicht auf die Politik in diesem Jahr mehr geprägt als die Falken, Jusos oder SPD. Zudem seid ihr ziemlich coole und kompetente Leute.
Meine politische Arbeit in diesem Jahr fand zumeist außerhalb der LandesschülerInnenvertretung statt. Als Mitglied der Bildungskommission der Jusos-Rheinland-Pfalz versuchte ich viele vertretbare Interessen der LSV in die Arbeit der Jusos einfließen zu lassen. Dabei habe ich festgestellt, dass diese Interessen sich nur in Kleinigkeiten und in der Umsetzung unterscheiden. Zu dem habe ich als kooptiertes Mitglied der Jusos-SchülerInnengruppe Mainz diese bei ihrer Arbeit unterstützt. Auf Kreisebene habe ich dem Kreisschulträgersausschuss, sowie den Jusos-Rhein-Hunsrück beigesehen und war Vorstand der KreisschülerInnenvertretung Rhein-Hunsrück. Auf kommunaler Ebene habe ich nur indirekt an der politischen Willensbildung gearbeitet u.a. durch meine regelmäßigen Treffen mit der SPD-Stadtratsfraktion Simmern. Hier ging es u.a. um die demografische Entwicklung und wie wir dieser als Schulstandort sowie Kindergartenstandort Simmern begegnen können.
Zu dem habe ich außerhalb meines Kreises Max organisatorisch, bei der Planung der Treffen der KreisschülerInnenvertretung Neuwied unterstützt. Diesen konnte ich bisher leider aus (Schul-)Klausurgründen nicht besuchen, bin aber zuversichtlich, das Max diese sehr gut geleitet hat.

Gespräche mit diversen Abgeordneten haben mich extremst bereichert. U.a. mehrmalige mehrtägige Gespräche mit unserem EU-Abgeordneten Norbert Neuser(MdEP), welcher Direktor der Fritz-Strassman Hauptschule in Boppard war. Auch mit unserem Landtagspräsident Joachim Mertes(MdL) diskutierte ich intensiv über die katastrophalen Zustände bei der Aufnahme von Schülerinnen und Schülern der IGS-Kastellaun. Weiterhin seien namentlich zu erwähnen Kurt Beck(MdL), Siegmund Gabriel(MdB) etc.
Danken möchte ich in diesem Zusammenhang vor allem Ulla-Brede Hoffmann(MdL), welche mir das Gefühl vermittelt hat, dass sie die Interessen der JSG-Mainz und der LSV voll unterstützt und versucht umzusetzen. Für die LSV war ich als Bundesdelegierter nur auf der LDK in NRW. Andere Konferenzen die ich besuchte waren die LSK in Dietz, wo ich einen, sagen wir verkäuterten Vortrag über die MSS-Reform „zusammen“ mit Sebo hielt. Sprich: Ich habe nach zwei Folien den Versuch aufgegeben. Der Grund dafür war der Vorabend, der sehr stark von alkoholischen Getränken, lustigen Spielchen und lauter Musik geprägt war.
Deswegen nehme ich die Devise; „Betrinke dich nicht an dem Abend bevor du einen Vortrag hältst!“ aus dieser Legislaturperiode mit.
Zu dem habe ich die LDK der Jusos RLP besucht, bei welcher die BiKo einen Antrag zu Sozialkunde ab der 5. Klasse durchbekam, war auf dem IUSY und wurde dort für das World Council von den Schweizer Jungsozialisten als Delegierter „kooptiert“. Von den Jusos-SchülerInnen-RLP wurde ich für das Bundestreffen der JSG'en delegiert, wo ich mich mit vielen Genossinnen und Genossen aus der gesamten Republik über Bildungspolitik austauschen konnte.

Ich habe bereichernde Kontakte mit der SJD-Die Falken gepflegt und den Parteitag der Piraten-RLP besucht, wo ich vergessen habe meinen Bierdeckel zu bezahlen. Aber ich hoffe, dass die Piraten die 1,50€ verkraften werden. Den Vorstand habe ich unterstützt soweit mir dies zeitlich möglich war, muss allerdings gestehen, dass ich mein Ressort, den Bildungsstreik vernachlässigt habe. An der Klausur des LaVos sowie ungefähr der Hälfte der LaVoSi habe ich teilgenommen. Außerdem war ich auf dem Sommercamp der LSV sowie auf dem SKVo-Ko-Treffen in Bad Kreuznach. Auf LSV-Bundesebene liegt meine Punktezahl leider bei Null – Was ich persönlich allerdings nicht als negativ oder Defizit empfinde.

Ich hoffe ihr seid zufrieden mit meiner Rechenschaftsbericht und meiner Arbeit in diesem Jahr und entlastet mich.

Auf ein weiteres Jahr voll produktiver, progressiver bildungspolitischer Arbeit!

Sozialistische und demokratische Grüße

Kevin Frantz
mail@Kevin-Frantz.de

Die Rechenschaftsberichte von **Marie Langguth**, **Sebastian Sprenger** und **Niklas Beinghaus** werden mündlich auf der LSK gehalten.

Der Rechenschaftsbericht von **Klara Mladinic** befindet sich bei „Rechenschaftsberichte Landesvorstand“ ab Seite 20.

Protokoll der 53. LSK vom 28.-30. Oktober 2011 im Sebastian- Münster-Gymnasium Ingelheim

Freitag, 28.10.2011

- Beginn der LSK: 18:00 Uhr -

TOP 1:

- Begrüßung
- Feststellung der Beschlussfähigkeit nicht beschlussfähig (60 Delegierte)
- Beschluß der Tagesordnung
Die Tagesordnung wird wie folgt angenommen:

TOP 1: Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss der Tagesordnung, Wahl des Präsidiums, Einführung: Was ist eine LSK?, Vorstellung der Ämter, Vorstellung der AGen (Antrag auf Vorstellung der Ämter auf Samstag, 10.00 Uhr, Mehrheit auf Sicht)

TOP 2: Genehmigung der Protokolle der 51.* und 52.

LandesschülerInnenkonferenz

TOP 3: Entlastung des Landesvorstandes und der Bundesdelegation 2010/2011

TOP 4: Behandlung der Anträge an die 52.

LandesschülerInnenkonferenz*

TOP 5: Verabschiedung des Arbeitsprogramms

TOP 6: Wahlen zum Landesvorstand, Wahlen zur Bundesebene, Wahlen zum Landesausschuss,

Wahl der EinsteigerInnen-LSV,
Wahl der Lichtblick-Redaktion,
Wahl der KassenprüferInnen

TOP 7: Behandlung der Anträge an die 53.

LandesschülerInnenkonferenz

TOP 8: Sonstiges

Hinweis:

*Da die mit einem * gekennzeichneten Punkte der Tagesordnung von der 52. LSK vom 27.-29.5.2010 in Diez wegen Beschlussunfähigkeit vertagt wurden, ist die Zahl der anwesenden Delegierten gem. § 49 (1) Satz 2 des rheinland-pfälzischen Schulgesetz es für die Beschlussfassung zu diesen Punkten bei der 53. LSK nicht relevant.*

- Wahl des Präsidiums
In das Präsidium werden gewählt:

GO-Antrag auf Blockwahl
-> angenommen

Die KandidatInnen wurden mit Mehrheit auf Sicht gewählt.

Präsident/in: Philipp Bodewing
Stellvertreter/in: Lina Brüssel
Technischer Assistent/in: Lea Konitz
stellvertretende/r technische/r Assistent/in: Klara Mladinic
Protokollant/in: Anne Müller
Stellvertreter/in: Serwan Basibüyük

- Einführung: Was ist eine LSK?
- Vorstellung der Ämter
- Sebastian stellt das Amt des Landesvorstands vor.

GO-Antrag auf Rederecht für Gäste:
Zurückgezogen

- Lina stellt das Amt der Bundesebene vor.

- Marlene stellt das Amt der Landesausschusses vor.

- Sebastian stellt das Amt der Redaktion des „Lichtblicks“ vor.

- Sebastian stellt das Amt der KassenprüferInnen vor.

- Vorstellung der AGen
Folgende Workshops finden statt:

AG 1: Menschen in eine Schublade stecken?

AG 2: Bildungsbegriff

AG 3: Mündigkeit und Politikverdrossenheit

AG 4: Jugendkulturen und gesellschaftlicher Wandel

AG 5: Sexualität und Pornographie

AG 6: Social Networks

TOP 2:

- Genehmigung des Protokolls der 51. LSK *

Das Protokoll wird bei Mehrheit auf Sicht, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

- Genehmigung des Protokolls der 52. LSK

Das Protokoll wird bei Mehrheit auf Sicht, 6 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen angenommen.

Kritik am Vorgehen des LaVo bzgl. Bildungsstreik und RiSiKo.

GO- Antrag: Rederecht für alle
-> angenommen

GO- Antrag: Redezeit auf 1 Minute
Inhaltliche Gegenrede
Abstimmung: Mehrheit auf Sicht, 13 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen
-> Antrag angenommen

GO-Antrag: Aufnahme der Diskussion ins Protokoll
Inhaltliche Gegenrede ->
Zurückgezogen

TOP 3: Entlastung des Landesvorstands und der Bundesdelegation 2010/11

...des Landesvorstands:

Alexandra Stümpert: dafür 54; dagegen 0; Enthaltung 6; -> entlastet

Klara Mladinic: dafür 56; dagegen 0; Enthaltung 9; -> entlastet

Lina Brüssel: dafür 56; dagegen 0; Enthaltung 8; -> entlastet

Niklas Beinghaus: dafür 58; dagegen 2; Enthaltung 12; -> entlastet

Pablo Di Cagno: dafür 56; dagegen 0; Enthaltung 14; -> entlastet

Sebastian Gräber: dafür 67; dagegen 0; Enthaltung 0; -> entlastet

Sebastian Waic: dafür 65; dagegen 0; Enthaltung 0; -> entlastet

Cedric Jürgensen*: dafür 51; dagegen 0; Enthaltung 1; -> entlastet

Jamina Diel*: dafür 51; dagegen 0; Enthaltung 5; -> entlastet

Nikolai Hahn: dafür 50; dagegen 5; Enthaltung 15; -> entlastet

GO-Antrag auf Vorzug der Anträge der 52. LSK

Inhaltliche Gegenrede

Abstimmung: 3 Ja, Mehrheit auf Sicht dagegen, 7 Enthaltungen -> Abgelehnt

GO- Antrag: auch grüne Stimmzettel dürfen über GO- Anträge abstimmen
Formelle Gegenrede

Abstimmung: Mehrheit auf Sicht, Keine Nein, 9 Enthaltungen

... der Bundesdelegation

Sebastian Waic: dafür 54; dagegen 0; Enthaltung 0; -> entlastet

Klara Mladinic: dafür 53; dagegen 0; Enthaltung 5; -> entlastet

Patrick Simon*: dafür 41; dagegen 0; Enthaltung 3; -> entlastet

Sebastian Sprenger*: dafür 39; dagegen 0; Enthaltung 4; -> entlastet

Niklas Beinghaus: dafür 53; dagegen 1; Enthaltung 5; -> entlastet

GO- Antrag: Verschiebung der Ergebnisse der Agen und der Anträge der 52. LSK hinter die Wahl der KassenspüferInnen
Kein Gegenrede
->Antrag angenommen

TOP 4: Behandlung der vertagten Anträge an die 52. LSK*

Verfahrensvorschlag auf Vorziehung der Anträge an die 52. LSK
Kein Gegenrede -> angenommen

- Antrag VA1: Erziehung zu kritischem Denken

AntragstellerIn:
LaVo 2010/2011

Antragstext:

Die LSV Rheinland-Pfalz soll sich für eine Erziehung zu kritischem Denken an Schulen in Rheinland-Pfalz einsetzen. Dazu soll unter anderem im Schulgesetz des Landes Rheinland-Pfalz der Paragraph §1 (2) die Passage

„In Erfüllung ihres Auftrages erzieht die Schule [...] zur Bereitschaft, Ehrenämter und soziale und politische Aufgaben im freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu übernehmen [...]“

geändert werden in:

„In Erfüllung ihres Auftrages erzieht die Schule [...] zur Bereitschaft, Ehrenämter und soziale und politische Aufgaben zu übernehmen sowie kritisch politische und gesellschaftliche Systeme und Handlung unter Berücksichtigung der historischen Bedeutung und im internationalen Vergleich zu beleuchten [...].“

Weiterhin möge sich die LSV für eine Änderung der Landesverfassung bezüglich Artikel 33

„Grundsätze für die Schulerziehung‘ Die Schule hat die Jugend zur [...] zu sittlicher Haltung und beruflicher Tüchtigkeit und in freier, demokratischer Gesinnung im Geiste der Völkerversöhnung zu erziehen.

in

„Grundsätze für die Schulerziehung‘ Die Schule hat die Jugend [...] zu sittlicher Haltung und beruflicher Tüchtigkeit und in kritischer Auseinandersetzung mit politischen Systemen, Handlung und der freien, demokratischen Gesinnung im Geiste der Völkerversöhnung, deren historischer Bedeutung und dem internationalen Vergleich zu erziehen.“

Außer der alleinigen theoretischen und juristischen Änderung im Schulgesetz bzw. Der rheinland-pfälzischen Landesverfassung soll der Landesvorstand weiterhin Aktionen starten, die die Forderung und vor allem deren

Umsetzung durch das Bildungsministerium unterstützen und sich unter anderem für eine kritischere Auseinandersetzung mit politischen und gesellschaftlichen Themen in der Unterrichtsgestaltung, aber insbesondere auch im allgemeinen Schulalltag aussprechen.

Ja: M, Nein: 1, Enthaltung: 5
-> Antrag angenommen

- Antrag VA2: Frauenrolle in Schulbüchern und Lehrplänen

AntragstellerIn:
LaVo 2010/2011

Antragstext:

Der Landesvorstand der LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz soll sich für eine kritische Hinterfragung und Bearbeitung der Rolle der Frau in Schulbüchern und in Lehrplänen einsetzen. Es soll nicht das veraltete Bild der Frau des 19. Jahrhunderts beibehalten, sondern die Rolle der emanzipierten Frau gestärkt werden. Die Lehrpläne in Deutsch und Geschichte sollen mehr Frauen behandeln und im Unterricht soll die Rolle der Frau in den einzelnen Geschichts- und Literaturepochen kritisch betrachtet und behandelt werden.

GO-Antrag: auch grüne Stimmkarten dürfen an der Abstimmung teilnehmen -> nicht möglich (Satzung)

GO-Antrag auf Schließung der RednerInnenliste

Abstimmung: Mehrheit auf Sicht, 5 Nein, 9 Enthaltungen
-> angenommen

ÄA1: Im letzten Satz sollen einzelne Satzteile weggestrichen werden so dass es heißt: „In Deutsch und Geschichte soll die Rolle der Frau in den einzelnen Geschichts- und Literaturepochen kritisch betrachtet und behandelt werden.“

ÄA1 an ÄA1: Der letzte Satz soll nun lauten: „In den Lehrplänen in Deutsch und Geschichte soll die Rolle der Frau

Inhalte

in den einzelnen Geschichts- und Literaturepochen kritisch betrachtet und behandelt werden.“

Abstimmung: 20 Ja, 0 Nein, 12

Enthaltungen

-> angenommen

Abstimmung zu ÄA1: 4 Ja, Mehrheit auf Sicht Nein, 4 Enthaltungen

Ja: 23, Nein: 6, Enthaltung: 5

- Antrag VA3: Religionsunterricht und religiöse Bezüge

AntragstellerIn: Sebastian Gräber

Antragstext:

Die 52. LSK möge beschließen: Der Landesvorstand soll sich dafür einsetzen, dass religiöse Bezüge, vor allem der Satz zur Erziehung zur Gottesfurcht innerhalb der Schule, aus der rheinland-pfälzischen Landesverfassung gestrichen werden. Stattdessen fordert die LSV weiterhin ein neutrales Unterrichtsfach zum Ersatz des aktuellen Religionsunterrichtes. Dieser Unterricht soll ein objektives Bild über verschiedene Religionen, Weltanschauungen und Ethik geben sowie über Religionskritik aufklären und somit einen umfassenden Eindruck bei den SchülerInnen schaffen. Der Besuch eines spezifischen Religionsunterrichtes, den es für alle Weltreligionen geben muss, soll freiwillig neben dem neuen Unterrichtsfach angeboten werden und ab der Klassenstufe 7 wählbar sein.

GO-Antrag: Rednerliste zu schließen Formelle Gegenrede

Abstimmung: Mehrheit auf Sicht, 10 Nein, 2 Enthaltungen

-> angenommen

GO-Antrag: Begrenzung der Redezeit auf 2 min

Formelle Gegenrede

Abstimmung: 19 Ja, 9 Nein, 5

Enthaltungen

ÄAnderungsantrag 1 vom Antragsstellen auf letzten Satz streichen!

ÄA2: Letzter Satz wieder dazu genommen wird!

Abstimmung: 20 Ja, 7 Nein, 5 Enthaltungen -> angenommen

ÄA3: Hinzufügung von

Weiterhin soll mittelfristig darauf hingewirkt werden, dass ReligionslehrerInnen vom Staat und nicht von der Kirche eingesetzt werden.

Abstimmung: 20 Ja, 7 Nein, 5 Enthaltungen -> angenommen

Patrick Simon wird verwarnet wegen werfen von Gegenständen!

Paul und Nico werden wegen Zwischenrufen verwarnet!

ÄA4: Hinzufügen von

Desweiteren sollte dieses Fach keinen Leistungsnachweis fordern, da dies eine Benachteiligung von SchülerInnen mit sich führen würde, die keiner Religionsgemeinschaft angehören.

Abstimmung: 3 Ja, Mehrheit auf Sicht dagegen, 4 Enthaltungen -> abgelehnt

Ja: M, Nein: 6, Enthaltung: 4

- Antrag VA4: Bildungsföderalismus

AntragstellerIn: Sebastian Gräber

Antragstext:

Die 52. LSK möge beschließen: Die LSV Rheinland-Pfalz soll sich bei einer Lockerung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern dafür einsetzen, dass die Kompetenz der Länder uneingeschränkt erhalten bleibt. Eine Lockerung zur finanziellen Unterstützung wird durchaus gewünscht, eine Kompetenzvermischung oder gar eine Übernahme durch das Bundesministerium lehnt die LSV jedoch ab.

Ja: 19, Nein: 6, Enthaltung: 5

GO-Antrag auf Schließung der RednerInnenliste:

Abstimmung: Ja: 15; Nein: 12; Enthaltung: 1

-> GO-Antrag angenommen

GO-Antrag auf Redezeitbegrenzung auf 2 Minuten:

-> Zurückgezogen

- Antrag VA5: Vertrauenslehrer

AntragstellerIn: Lukas Böhm

Antragstext:

Die LSK möge Punkt 4 des Grundsatzzprogramms um folgenden Text ergänzen:

„4.1 VertrauenslehrerInnen

Um ihrem Anspruch, die Vertretung für alle SchülerInnen in Rheinland-Pfalz zu sein, auch gerecht werden zu können, fordert die LSV die stärkere Förderung und Weiterentwicklung des Amtes der Vertrauens-/VerbindungslehrerInnen. Möglichkeiten dazu sind beispielsweise eine Reduzierung der Anzahl der Wochenstunden für eine/n VertrauenslehrerIn, eine höhere Bezahlung, das Ausbauen der Rechte der VertrauenslehrerInnen oder die Entbindung von der gleichzeitigen Rolle eines/r Klassenlehrers/in.

Sämtliche hier gemachten Feststellungen beruhen auf den Ergebnissen, die ich im Rahmen meiner Facharbeit „Schülervertretungen in Rheinland-Pfalz“ erzielen konnte, für die ich Material von über 50 rheinland-pfälzischen SVen auswertete.

ÄA1: Der Antrag soll als normaler Antrag, nicht als Antrag an das Grundsatzzprogramm behandelt werden.

Abstimmung: 15 Ja, 1 Nein, 4 Enthaltungen

-> angenommen

Ja: 12, Nein: 0, Enthaltung: 4

TOP 5: Verabschiedung des Arbeitsprogramms

Antrag A1: Arbeitsprogramm für den Landesvorstand und die Bundesdelegation 2011/12

AntragstellerInnen: Landesvorstand
2010/11

Antragstext:

ÄA1 zu A1 (LaVo 2010/2011):

Füge unter „Strukturreform“ ein:

Der Landesvorstand evaluiert die Erfolge und Struktur der Kreis- und Stadt-Sven und entwickelt neue Methoden zur Unterstützung vor allem im Hinblick auf die Beschlußfähigkeit.

ÄA2 zu A1(LaVo 2010/2011):

Füge unter „Demokratisierung“ ein:

Ein Mitglied des Landesvorstandes oder der Bundesebene nimmt an der Enquête-Kommission zu mehr Demokratie teil und stellt die Ideen der LSV zu Demokratisierung und dem Thema „Wahlalter 16“ vor.

Strukturreform der LSV

- Der Landesvorstand soll dafür sorgen, dass die Umstrukturierung der LSV/GG zu einer SchülerInnenvertretung aller Schularten weiterhin möglichst reibungslos verläuft. Dies bedeutet insbesondere, dass intensiv am Aufbau der Kreis- und Stadt-Sven gearbeitet wird.

- Bei dem Aufbau soll der Landesvorstand die Aktiven vor Ort durch Mobilisierung, Einladung zu den Treffen, Anwesenheit und Moderation bei Sitzungen unterstützen. Dabei soll darauf hingearbeitet werden, dass diese Aufgaben von den Vorständen selbstständig übernommen werden und nur noch Kontakt per E-Mail notwendig ist.

- Der Landesvorstand soll zur besseren Kommunikation in den Kreis- und Stadt-Sven die E-Mail-Verteiler moderieren. Auch soll die Betreuung der Kreis- und Stadt-Sven, wenn möglich gleichmäßig, unter den LaVoMis aufgeteilt werden.

- Der Landesvorstand soll nach Wahlen einer Kreis- oder Stadt-SV in Zusammenarbeit mit Aktiven vor Ort den Schulträger, das Bildungsministerium, die Landtagsfraktionen und die Öffentlichkeit informieren.

- Bei der Strukturreform soll besonders Wert auf den Aufbau und die Einbindung der SVen von Förder- und Berufsbildendenschulen in Zusammenarbeit mit den jeweiligen SchulleiterInnenverbänden gelegt werden.

- Um eine größere Basisbeteiligung zu fördern und für mehr Transparenz zu sorgen, soll der Landesvorstand dem Forum auf der LSV-Homepage mehr Aufmerksamkeit widmen und dieses benutzerfreundlich gestalten.

SV-Bildung

- Der Landesvorstand soll darauf hinarbeiten, dass die SchülerInnen durch den Sozialkundeunterricht/alternativ über die VertrauenslehrerInnen über ihre Rechte und Pflichten aufgeklärt werden. Ebenso sollen die Partizipationsmöglichkeiten von SchülerInnen in der Schule aufgezeigt werden. Dies kann durch eine angestrebte gesetzliche Reglementierung erreicht werden.

- Es soll einen landesweiten „Tag der SchülerInnenrechte“ geben, dieser soll kombiniert werden mit regionalen Treffen der SchülerInnenrechte bei dem die SchülerInnen über ihre Rechte informiert werden. Er soll in Kooperation mit dem MBWWK, Insituit für LehrerInnenfortbildungen (ILF), Pädagogisches Landesinstitut (PL) und Serviceagentur Ganztägiglernen(SAG) ausgeführt werden. Der Tag der SchülerInnenrechte soll eine Abschlussveranstaltung sein, bei der der Öffentlichkeit die Ergebnisse und Forderungen der LSV präsentiert werden.

- Der Landesvorstand soll darauf hinwirken, dass es künftig Fortbildungen für SVen und VerbindungslehrerInnen im Institut für schulische Fortbildung (LfB) gibt. Dafür sollen Gelder aus dem Landeshaushalt bereitgestellt werden und ein Seminkonzept in enger Zusammenarbeit zwischen LSV, MBWWK und dem pädagogischen Landesinstitut (PL) erstellt werden.

- Der Landesvorstand soll sich darum kümmern, dass SVen Seminare zur Weiterbildung angeboten werden. Dabei soll sich auch um eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem

SV-Bildungswerk e.V. und dem daran angegliederten „SVBerater(Innen)“-Projekt bemüht werden.

- Die Kommunikation und der Wissensaustausch unter den SVen in den einzelnen Kreis- und Stadt-Sven soll gefördert werden.

- Der Landesvorstand soll sich um inhaltliche Seminar zu klassischen SV-Themen und darüber hinaus bemühen.

Publikationen

- Der Landesvorstand soll mindestens einmal im Monat „SV-Tipps“ über den E-Mail-Verteiler verschicken. Die „SV-Tipps“ leisten den SVen konkrete Unterstützung für die Arbeit an ihrer Schule, indem sie Tipps, Hinweise und Erläuterungen zur SV-Praxis geben. Der Text soll via E-Mail als PDF-Dokument angehängt werden, was das leichte Ausdrucken und Abheften ermöglicht, und außerdem auf der Homepage veröffentlicht werden. Nach Veröffentlichung des SV-Tipp Z sollen weiterhin monatlich „SV-Tipps“ ohne alphabetische Reihenfolge verschickt werden.

- Ein Landesvorstandsmitglied soll sich um den Kontakt zur Redaktion des Lichtblicks kümmern und dafür sorgen, dass zwei Ausgaben während der Amtszeit erstellt werden. Dabei soll verstärkt auf die Mitarbeit von SchülerInnen gesetzt werden, die nicht im Redaktionsteam sind, aber Interesse am Schreiben von einzelnen Artikeln haben. Hier soll auch die Möglichkeit der Basisbeteiligung (zum Beispiel in Form von LeserInnenbriefen) gefördert werden.

- Mindestens zwei Mitglieder des Landesvorstandes sollen sich um die Fertigstellung der aktuellen Vorlage des SV-Handbuchs kümmern. Ihnen steht es dabei frei, weitere ExpertInnen, (Nicht-) SchülerInnen und vor allem Ehemalige Artikel schreiben zu lassen.

- Der Landesvorstand soll sich um die Produktion von Merchandise kümmern, z.B. Kugelschreiber, Aufkleber, Feuerzeuge, T-Shirts, Spuckis.

- Der Landesvorstand soll weitere wichtige Publikationen fertig stellen, wie z.B. Plakate mit Zitaten aus Vorschriften/Gesetzen, die grundlegende Rechte von SchülerInnen erklären.
- Der Landesvorstand soll Rundschreiben zusätzlich zum Postwege auch auf digitalem Wege versenden.

Pressearbeit

- Ein Landesvorstandsmitglied soll dafür sorgen, dass mindestens jeden Monat eine Pressemitteilung zu Themen der LSV und aktuellen Debatten herausgegeben wird. Zu aktuellen Debatten sollen entsprechend mehr PMs veröffentlicht werden.
- Die Pressekonferenzen des MBWWK und anderer Bildungsverbände sollen so oft wie möglich besucht werden.
- Der Landesvorstand soll sich darum bemühen, dass der Kontakt zu den öffentlichen Medien ausgebaut und erweitert wird und Termine und Veranstaltungen der LSV in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.
- Der Landesvorstand soll auch im Bereich der Pressearbeit die Kooperation mit anderen Organisationen und Verbänden suchen und gemeinsam auf Probleme aufmerksam machen, z.B. mit der GEW und dem LEB.

Schulgesetznovelle

- Der Landesvorstand soll sich intensiv mit der Überarbeitung des Schulgesetzes auseinandersetzen und die Treffen im Ministerium besuchen. Er soll sich insbesondere für die Rechte des Schulausschusses und für eine Vernetzungsplattform für VerbindungslehrerInnen einsetzen.

Landesarbeitskreise

- Der Landesvorstand soll die neu entstehenden LAKe im Aufbau unterstützen und im Rahmen der eigenen Möglichkeiten an Sitzungen und Projekten teilnehmen. Insbesondere sollen BasisschülerInnen zur Mitwirkung in den LAKen motiviert werden. Es sollen regelmäßige Treffen stattfinden.

Demokratisierung

Reader zur 54. LSK

- Der Landesvorstand soll sich dafür einsetzen, dass die Kreis- und StadtSVen ein Stimmrecht in den Schulträgerausschüssen erhalten.
- Der Landesvorstand soll weiterhin in der Transfergruppe „Demokratie lernen und leben“ im MBWWK mitarbeiten und engagiert sich beim Ausbau des Netzwerkes demokratischer Schulen.
- Der Landesvorstand soll für die finanzielle Unterstützung des 7. Landesdemokratietages im Herbst 2012 sorgen und engagiert sich inhaltlich bei dessen Vorbereitung.
- Der Landesvorstand soll in Zusammenarbeit mit dem PL eine Broschüre mit Informationen zum Aufbau zu demokratischen Strukturen in Schulen entwickeln.

Ganztagsschulprogramm

- Der Landesvorstand soll den Kontakt zur Servicestelle Jugendbeteiligung sowie der Serviceagentur Ganztätig Lernen in Speyer beibehalten und ausbauen.
- Mindestens zwei VertreterInnen der LSV sollen den Ganztagschulkongress im Winter 2012 besuchen.

Bundesebene

- Die exekutiven Gremien (Landesvorstand und Bundesdelegierte) sollen sich für eine bundesweite Interessenvertretung von SchülerInnen einsetzen. Dies soll in Form eines aktionsbedingten bundesweiten Vernetzungsbündnisses geschehen. Die LSKen der anderen Bundesländer sollen regelmäßig besucht werden. Außerdem sollen die LSVen der anderen Bundesländer zu unseren LSKen eingeladen werden.
- Es soll sich dafür eingesetzt werden, dass regelmäßige Treffen des freien Zusammenschluss der LandesschülerInnenvertretungen (FZL) stattfinden.

Bildungsfinanzierung

- Der Landesvorstand soll sich weiterhin an der Debatte um Studiengebühren beteiligen und entsprechende Aktionen gegen Studiengebühren organisieren und selbst durchführen.

- Der Landesvorstand soll sich dafür einsetzen, dass das „Kopiergeld“ oder „Mediengeld“, das an Schulen erhoben wird, abgeschafft wird.
- Der Landesvorstand soll sich weiterhin für Lernmittelfreiheit und kostenlose SchülerInnenbeförderung einsetzen.

Sommercamp

- Die LSV soll auch 2012 wieder ein Sommerncamp, wenn möglich nur durch Drittmittelfinanzierung, durchführen.

Bildungsstreik

- Die LSV soll zusammen mit anderen Verbänden und Organisationen den Bildungsstreik nachbereiten und weitere Bildungsstreik-Aktivitäten in der Vorbereitung und Durchführung kritisch verfolgen und gegebenenfalls unterstützen. Nötigenfalls sollen eigene Initiativen gestartet werden.

Sexualität

- Der Landesvorstand soll sich um eine bessere Aufklärung im Allgemeinen, sowie an Schulen im Besonderen bemühen.
- Mindestens ein CSD in RLP sowie die Sommerschwüle soll von der LSV unterstützt werden.
- Die LSV soll sich weiterhin für eine Überarbeitung der Sexualkundeunterrichtsrichtlinien einsetzen.
- In Zusammenarbeit mit SchLAU soll ein inhaltliches Seminar durchgeführt werden.

Umwelt

- Der Landesvorstand soll sich stärker um Umwelterziehung bemühen und ausgewählte Projekte unterstützen.

Antirassismus

- Mindestens ein Vorstandsmitglied soll regelmäßig die Treffen des Netzwerkes für Demokratie und Courage besuchen.
- Der Landesvorstand soll ausgewählte Demonstrationen und Aktionen gegen Rassismus unterstützen, wie z.B. die Ausstellung „Tatort Rheinland-Pfalz“.

Datenschutz

- Der Landesvorstand soll die Entwicklung rund um die (in einigen Bundesländern geplante) Einführung der „SchülerInnen-ID“ verfolgen und eine bundesweite Kampagne mit den anderen LSVen, Elternbeiräten und weiteren KooperationspartnerInnen dagegen durchführen.
- Der Landesvorstand soll auf die Abschaffung von „Pädagogischen Schulnetzwerken“, die Zensur und Kontrolle von SchülerInnen ermöglichen, wie MNS+, hinwirken.
- Der Landesvorstand soll sich weiterhin gegen jegliche datenschutzrechtlich fragliche Aktion in Deutschland aussprechen (wie z.B. die Einführung der einheitlichen Steuernummer, die Vorratsdatenspeicherung, das BND-Gesetz etc.).
- Der Landesvorstand soll sich für eine bessere Aufklärung über den Umgang mit Social Networks einsetzen.

Landesjugendhilfeausschuss

- Der Sitz der LSV als beratendes Mitglied im Landesjugendhilfeausschuss soll genutzt werden. Die Sitzungen und wenn möglich auch die eines Fachausschusses (z.B. FA1) sollen von einem zuständigen Mitglied regelmäßig besucht werden.

Ehemaligentreffen

- Die LSV veranstaltet ein Ehemaligentreffen am 27.12.2011.

Förderverein

- Der Landesvorstand soll den Förderverein unterstützen und regelmäßig die Treffen besuchen.

Kontakt

- Der Landesvorstand soll nach Möglichkeit zu folgenden Organisationen Kontakt aufbauen bzw. diesen verbessern:
 - den politischen Organisationen, Verbänden und Parteien
 - dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur
 - den LandeschülerInnenvertretungen anderer Bundesländer

- dem Landeselternbeirat/ Bundeselternbeirat
- den LehrerInnengewerkschaften und -Verbänden
- der DGB-Jugend
- dem AStA der Universität Mainz und weiteren Studierendenvertretungen
- Der Landesvorstand versendet mindestens einmal pro Quartal eine Info-Mail an die oben genannten Verbände und Organisationen und weitere, in der über aktuelle Projekte und die Arbeit der LSV informiert wird.
- Durch den Kontakt zu anderen SV-Bildungsorganisationen soll ein reger Austausch über SV-Bildungsmaßnahmen entstehen. Auch die Durchführung gemeinsamer Projekte (z.B. SV-Seminare) soll angestrebt werden. Dies soll langfristig zur Erarbeitung von SV-Bildungsstandards führen.

Ja: M, Nein: 1, Enthaltung: 7

TOP 6: Wahlen zum Landesvorstand, Wahlen zur Bundesebene, Wahlen zum Landesauschuss, Wahl der EinsteigerInnen-LSV, Wahl der Lichtblick-Redaktion, Wahl der KassenprüferInnen

- Wahl einer dreiköpfigen Wahlkommission:

Es kandidieren: Musa Bardigi, Marlene Schmahl, Leo Wörtche, Daniel Müller

Die Auszählung der Stimmen ergibt für:

Musa Bardigi: 37 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 15 Enthaltungen
 Marlene Schmahl: 37 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen
 Leo Wörtche: 24 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 18 Enthaltungen
 Daniel Müller: 33 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen

Somit sind gewählt: Musa, Marlene, Daniel

GO-Antrag auf nur einen Redebeitrag.
 Inhaltliche Gegenrede

Abstimmung: abgelehnt bei 3 Ja, Mehrheit auf Sicht dagegen, 12 Enthaltungen

GO-Antrag auf Redezeitbegrenzung
 Inhaltliche Gegenrede

Abstimmung: abgelehnt bei 19 Ja-, 27 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen

GO-Antrag auf Pause nach Beendigung der aktuellen Fragerunde.
 Inhaltliche Gegenrede

Abstimmung: abgelehnt bei 15 Ja-Stimmen, Mehrheit auf Sicht und 7 Enthaltungen.

GO-Antrag auf Pause (15 min.) nach der aktuelle Fragerunde.

Weiterführender GO-Antrag auf Pause (15 min.)

abgelehnt bei 10 Ja-Stimmen, Mehrheit auf Sicht dagegen, 2 Enthaltungen.

GO-Antrag auf keine Fragen mehr.
 Inhaltliche Gegenrede.

Abstimmung: 29 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen, 10 Enthaltungen

-> angenommen

GO-Antrag auf Wiederholung der Abstimmung

Inhaltliche Gegenrede.

Abstimmung: Mehrheit auf Sicht, 4 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen -> angenommen

Wiederholter GO-Antrag auf keine Fragen mehr.

Inhaltliche Gegenrede.

Abstimmung: 31 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen

-> angenommen

- ... zum Landesvorstand

Es kandidieren:

Die Auszählung der Stimmen ergibt für:

David Stoffel: 44 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen -> Nimmt Wahl an.

Amelie Heller: 35 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen, 11 Enthaltungen -> Nimmt Wahl an.

Max Orth: 28 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen, 15 Enthaltungen -> nicht gewählt

Merveille de Oliveira: 38 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 10 Enthaltungen -> Nimmt Wahl an.

Gaetano-Pablo-Daniel Di Cagno: 37 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen -> Nimmt Wahl an.

Marcel Budzynski: 25 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen, 25 Enthaltungen -> nicht gewählt

Cenk Dogan: 3 Ja-Stimmen, 52 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen -> nicht gewählt

Julio Pires: 42 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen -> Nimmt Wahl an.

Lina Brüssel: 36 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen -> Nimmt Wahl an.

Klara Mladinic: 48 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen -> Nimmt Wahl an.

Anne Müller: 43 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen -> Nimmt Wahl an.

Kevin Frantz: 38 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 18 Enthaltungen -> Nimmt Wahl an.

Laurenz Lin Sill: 23 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 26 Enthaltungen -> nicht gewählt

2. Wahlgang:

Es kandidieren:
Laurenz Lin Sill, Max Orth, Marcel Budzynski

Max Orth: 22 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen -> nicht gewählt

Marcel Budzynski: 16 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen -> nicht gewählt

Laurenz Lin Sill: 20 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen, 11 Enthaltungen -> nicht gewählt

Niemand ist gewählt. Es kommt zu einem 3. Wahlgang.

3. Wahlgang

GO-Antrag auf offene Wahl
Eine Person ist für eine geheime Wahl
-> Es findet eine geheime Wahl statt

Es kandidieren:
Max Orth, Marcel Budzynski, Sophie Otto-Lipp, Laurenz Lin Sill

Max Orth: 18 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen -> Gewählt!

Marcel Budzynski: 10 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen

Sophie Otto-Lipp: 15 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Laurenz Lin Sill: 12 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen, 14 Enthaltungen

-> Max Orth erhält den 10. Platz in dem LaVo.

GO-Antrag auf offene Wahl: formelle Gegenrede -> Abgelehnt

Verfahrensvorschlag des Präsidiums: Anträge zur 52. LSK vorziehen, bis Stimmzettel ausgewertet sind.

Somit sind in den Landesvorstand gewählt:
David Stoffel, Amelie Heller, Merveille de Oliveira, Gaetano-Pablo-Daniel Di Cagno, Julio Pires, Lina Brüssel, Klara Mladinic, Anne Müller, Kevin Frantz, Max Orth

-... zur Bundesebene
Es kandidieren: v.l.n.r. Cenk Dogan, Yannik Brothers, Niklas Beinghaus, Johannes Domnick, Sebastian Gräber, Lina Brüssel, Marcel Budzynski, Marie Langguth

Niklas Beinghaus und Miriam Koelges werden wegen Werfen von Gegenständen verwarnt!

Die Auszählung der Stimmen ergibt für:

Cenk Dogan: 6 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen -> nicht gewählt.

Yannik Brothers: 14 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 11 Enthaltungen

Niklas Beinghaus: 27 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen -> Nimmt Wahl an.

Johannes Domnick: 25 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen -> Nimmt Wahl an.

Sebastian Gräber: 29 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen -> Nimmt Wahl an.

Marcel Budzynski: 21 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen -> Nimmt Wahl an.

Marie Langguth: 24 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen -> Nimmt Wahl an.

Lina Brüssel: 23 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen -> Nimmt Wahl an.

Gewählt wurden:

Niklas Beinghaus, Johannes Domnick, Sebastian Gräber, Lina Brüssel, Marcel Budzynski, Marie Langguth

GO-Antrag auf eine Personaldebatte (Marie):
Inhaltliche Gegenrede
Abstimmung: 0 Ja, Mehrheit auf Sicht dagegen, 2 Enthaltungen

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung und Beendung der Fragen:
Formelle Gegenrede
Abstimmung: 19 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen

GO-Antrag auf Schließung des Plenums: Inhaltliche Gegenrede
Abstimmung: 7 Ja, 8 Nein, 3 Enthaltungen -> Abgelehnt

Patrick Simon wird erneut und Leo zum ersten Mal wegen Werfen von Gegenständen verwarnt.

Somit sind in die Bundesebene gewählt:

- ... zum Landesausschuss
Es kandidieren: Max Priester, Lea Konitz, Carsten Braband, Leon Schwedler, Kim Laura Hoffmann, Sebastian Graf, Paul-Leon Sill, René Baumecker, Daniel Schrubba, Sophie Otto-Lipp, Sarah Zorn, Julius Strey, Debora Dierl

GO-Antrag auf Blockwahl:
Abstimmung: Mehrheit auf Sicht, 2
Nein, 0 Enthaltungen
-> angenommen

Niklas Beinghaus wurde zur Sache
gerufen.

Die Auszählung der Stimmen ergibt
für:
25 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 0
Enthaltungen, 1 ungültige Stimme
...

Somit sind in den Landesausschuss
gewählt:

GO-Antrag: Beenden des Plenums
nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse,
Keine Gegenrede
-> angenommen

- ... der EinsteigerInnen-LSV
Es kandidieren:

Die Auszählung der Stimmen ergibt
für:
XY: x Ja-Stimmen, x Nein-Stimmen, x
Enthaltungen -> Nimmt Wahl (nicht)
an.
XY: x Ja-Stimmen, x Nein-Stimmen, x
Enthaltungen -> Nimmt Wahl (nicht)
an.
XY: x Ja-Stimmen, x Nein-Stimmen, x
Enthaltungen -> Nimmt Wahl (nicht)
an.
XY: x Ja-Stimmen, x Nein-Stimmen, x
Enthaltungen -> Nimmt Wahl (nicht)
an.
...

Somit sind in die EinsteigerInnen-LSV
gewählt:

- ... der Lichtblick-Redaktion
Es kandidieren:
Die Auszählung der Stimmen ergibt
für:
XY: x Ja-Stimmen, x Nein-Stimmen, x
Enthaltungen -> Nimmt Wahl (nicht)
an.
XY: x Ja-Stimmen, x Nein-Stimmen, x
Enthaltungen -> Nimmt Wahl (nicht)
an.

XY: x Ja-Stimmen, x Nein-Stimmen, x
Enthaltungen -> Nimmt Wahl (nicht)
an.
...

Somit sind in die Lichtblickredaktion
gewählt:

- ... der KassenprüferInnen
Es kandidieren:

Die Auszählung der Stimmen ergibt
für:
XY: x Ja-Stimmen, x Nein-Stimmen, x
Enthaltungen -> Nimmt Wahl (nicht)
an.
XY: x Ja-Stimmen, x Nein-Stimmen, x
Enthaltungen -> Nimmt Wahl (nicht)
an.
XY: x Ja-Stimmen, x Nein-Stimmen, x
Enthaltungen -> Nimmt Wahl (nicht)
an.
...

Somit sind zur Kassenprüfer_in
gewählt:

TOP 7: Behandlung der Anträge an die 53. LandeschülerInnenkonferenz

Antrag A 2: Sexualkundeunterricht

AntragstellerIn:
Sebastian Gräber, Lina Brüssel, Klara
Mladinic

Antragstext:
Die 53. LSK möge beschließen:
Der Landesvorstand setzt sich dafür
ein, dass das Thema Sexualität stärker
in der Schule verankert wird. Dazu
sollen die aktuellen, lockeren Rege-
lungen, die inhaltlich durchaus in die
richtige Richtung gehen, durch ver-
pflichtende Stunden in den Lehrplä-
nen, bspw. im Fach Biologie oder So-
zialkunde, ersetzt werden. Weiter-
hin soll der Fokus im Unterricht auf
selbstbestimmte Sexualität gelenkt
werden, wobei auch die Rolle der Frau
sowie der Umgang mit Pornographie
behandelt werden sollten.
Ja Nein Enthaltung

Antrag A3: LAK Basisarbeit

AntragstellerIn: Sebastian Gräber,
Lina Brüssel, Klara Mladinic

Antragstext:
Die 53. LSK möge beschließen:
Der Landesarbeitskreis Basisarbeit
soll weitergeführt und ausgebaut wer-
den. Er soll sich im nächsten Jahr mit
der Struktur der LSV beschäftigen
und Ideen sammeln, wie die Struktur
sinnvoll verbessert werden kann. Da-
bei soll vor allem Wert auf Transpa-
renz und vielfältige Gestaltung gelegt
werden, damit diese Ideen nicht ver-
loren gehen. Der Landesarbeitskreis
fördert zudem die Entwicklung der
Kreis- und Stadt-SVen und baut diese
mit auf, indem er den Landesvorstand
in seiner Arbeit unterstützt. Zu den
Treffen soll der Landesvorstand auch
die Basisbeauftragten der Kreis- und
Stadt-SVen einladen.
Ja Nein Enthaltung

Antrag A4: Frauenstatut der LSV
Rheinland-Pfalz

AntragstellerIn: Sebastian Gräber

Antragstext:
Die 53. LandeschülerInnenkonferenz
möge beschließen:
Die LSV und ihre Organe beachten
das Frauenstatut unter Berücksichti-
gung der Satzung und Geschäftsord-
nung. Das Frauenstatut sieht wie folgt
aus:

Präambel:
Ziel und Aufgabe dieses Frauenstatu-
tes ist es, die Gleichstellung der Schü-
lerinnen im Rahmen der LSV Rhein-
land-Pfalz durch organisatorische
Maßnahmen zu fördern. Damit soll
eine faire und rücksichtsvolle Struk-
tur entstehen, die den gesellschaft-
lich geprägten Mangel in dieser Hin-
sicht ausgleicht. Das Frauenstatut
soll Schülerinnen Mut machen, sich
für die LSV zu engagieren, ohne da-
bei von Einzelnen bevormundet oder
korrumpiert zu werden. Damit wird
die Rolle der Frauen gestärkt, solange

Inhalte

die Gleichstellung noch nicht konkret erreicht wurde, womit das Statut hin-fällig würde.

I. Allgemeines

1) Alle Schriften der LSV wer-den in geschlechtsneutraler Sprache herausgegeben. Weiterhin werden alle Anträge der LSK nach ihrem Beschluß in geschlechtsneutrale Sprache umge-schrieben. Zur Berücksichtigung al-ler Geschlechter soll das Gender-Gap verwendet werden.

II. Die LandeschülerInnenkonferenz:

1) Das Rederecht wird aus-schließlich unter der Maßgabe einer geschlechterquotierten Redeliste ver-geben. Ausnahmen kann das Präsi-di-um bestimmen.

2) Alle auf der LSK gewähl-ten Organe, deren Mitgliederzahl begrenzt sind, werden auf Antrag einer/s Delegierten nach Geschlech-tern quotiert gewählt. Bei dieser Quo-te handelt es sich um eine weiche Quote.

3) Auf Antrag von mindes-tens drei Frauen kann ein Frauenple-num einberufen werden. Dem Frauen-plenum gehören alle weiblichen De-legierten der LSK an. Das Frauenple-num diskutiert über den Erfolg des Frauenstatuts und die Rolle der Frau in der LSV. Zudem beschließt es über das Frauenstatut.

III. Der Landesvorstand

1) Dem Landesvorstand gehö-ren mindestens 5 Frauen an. Sollte diese Anzahl auf Grund von Kandida-tinnenmangel nicht erreicht werden, so müssen die Plätze bis zur nächsten Wahl freigehalten werden.

2) Geschlechter- sowie Sexual-politik stellt für den LaVo einen konti-nuierlichen Arbeitsschwerpunkt dar.

IV. Abschlussbestimmungen

1) Dieses Frauenstatut tritt am Tag nach seinem Beschluß in Kraft.

2) Über Änderungen des Frau-enstatutes entscheiden lediglich die anwesenden delegierten Frauen mit 2/3 Mehrheit der abgegebenen Stim-men im Frauenplenum.

Ja Nein Enthaltung

TOP 7: Sonstiges

- Ende der LSK: XX.XX Uhr -

Für die Richtigkeit:
Präsident/in
Protokollführung
Techn. Assistent/in

Protokoll der 52.LSK vom 27.- 29. Mai 11 im Sophie-Hedwig- Gymnasium Diez.

Freitag, 27. Mai 2011

- Beginn der LSK: 18.00 Uhr -

TOP 1:

- Begrüßung
- Feststellung der Beschlussfähigkeit
Mit 44 Delegierten ist die 52. LandesschülerInnenkonferenz leider nicht beschlussfähig.
- Beschluss der Tagesordnung:
GO-Antrag auf Verlegung der Workshopphase auf 16:30 Uhr, dafür die Anträge um 10:30 Uhr
9 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen => abgelehnt

Tagesordnung angenommen bei Mehrheit auf Sicht, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Die Tagesordnung wird wie folgt angenommen:

- TOP 1: Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss der Tagesordnung, Wahl des Präsidiums, Zwischenbericht LaVo, Genehmigung des Protokolls der 50. LSK*, Genehmigung des Protokolls der 51. LSK,
- TOP 2: Anträge an die 51. LSK*
- TOP 3: Anträge an die 52. LSK
- TOP 4: Entlastungen der ausgeschiedenen AmtsträgerInnen
- TOP 5: Nachwahlen zum Landesvorstand
- TOP 6: Nachwahlen zur Bundesebene
- TOP 7: Nachwahlen zum Landesausschuss
- TOP 8: Sonstiges

Hinweis:

Da die mit einem * gekennzeichneten Punkte der Tagesordnung von der 50. LSK vom 19.-21.11.2010 in Enkenbach-Alsenborn und der 51. LSK am 24.01.2011 in Mainz wegen Beschlussunfähigkeit vertagt wurden, ist die Zahl der anwesenden Delegierten gem. § 49 (1) Satz 2 des rheinland-pfälzischen Schulgesetz es für die Beschlussfassung zu diesen Punkten bei der 52. LSK nicht relevant.

Nachwahl des Präsidiums

Es kandidieren für
- Präsident Stellvertreter/in: Lina Brüssel => einstimmig gewählt
- stellvertretende/r technische/r Assistent/in: Klara Mladinic => einstimmig gewählt

Zwischenbericht LaVo

Klara stellt den Zwischenbericht des Landesvorstands vor. Diskussion über diesen. Kritik zur Beschlussfähigkeit der LSK und der Basisarbeit des Landesvorstands. Niklas nimmt Stellung für den LaVo

Plenum wird zum Abendessen geschlossen. Plenum wird geöffnet, um zu besprechen, ob wir nach dem Abendessen noch mal ein Plenum öffnen, um die Anträge zu behandeln, die für heute angedacht waren. Vorschlag einstimmig angenommen.

Genehmigung des Protokolls der 50. LSK *

Änderungsanträge zum Protokoll der 50. LSK: keine
=> Das Protokoll wird bei Mehrheit auf Sicht, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Genehmigung des Protokolls der 51. LSK

Änderungsanträge zum Protokoll 51. LSK:
=> Meinungsbild: Das Protokoll wird bei Mehrheit auf Sicht, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen angenommen.

Vorstellung der Ämter

GO-Antrag: Verschiebung der Vorstellung auf morgen. Inhaltliche Gegenrede.

Angenommen bei 15 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen.
=> Damit ist das Plenum geschlossen.

Samstag, 28. Mai 2011

Vorstellung der Workshops

Die ReferentInnen stellen ihren Workshop vor.

Präsentation der Workshop-Ergebnisse
Vorstellung Workshop 1 „Kritisches Denken“ von Sarah Zorn
Vorstellung Workshop 2 „Reform der Mainzer Studienstufe“ von Lukas Böhm
Vorstellung Workshop 3 „Frauenrollen in Schulbüchern und Lehrplänen“ von Klara und Lina
Vorstellung Workshop 4 „Grundrisse des Lernens“ von Leon

Go-Antrag auf Verschiebung des Mittagessens nach der Ämtervorstellung. Inhaltliche Gegenrede.

Dafür: 15, Dagegen: Mehrheit auf Sicht, Enthaltungen: keine
=> Der Go-Antrag wurde somit abgelehnt.

Mittagessen

Leo stellt die LSR Bayern vor

Vorstellung der Ämter

TOP 2: Behandlung der vertagten Anträge der 50. und 51. LSK

Satzungsändernder Antrag VS1: SKVoKo-Treffen
AntragstellerIn: Landesvorstand 09/10
Antragstext: Ändere Paragraph 34. der Satzung der LSV in:
Die Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen sollen zum Zweck der Koordination und des Kontakts zum LaVo einen Vorstand wählen. Es soll mindestens einmal im Schulhalb-

Inhalte

jahr an Treffen aller VorstandssprecherInnen und des Landesvorstand teilgenommen werden.

sowie Paragraph 21. d) in:
... der Kontakt zu den Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen und den SchülerInnenvertretungen. Hierfür soll mindestens einmal im Schulhalbjahr ein Treffen mit allen KrSV/SSV-VorstandssprecherInnen einberufen werden.

Begründung: erfolgt mündlich

Ja: Mehrheit auf Sicht;
Nein: 0; Enthaltung: 1
=> Antrag VS 1 ist angenommen

Satzungsändernder Antrag VS2:
Aufgaben des Landesausschuss
AntragstellerIn: Landesvorstand 09/10
Antragstext: Die LandesschülerInnenkonferenz möge folgenden satzungsändernden Antrag beschließen:
Ändere Punkt 29. der Satzung der LSV RLP in:
„Für den Fall des Ausscheidens einzelner Mitglieder aus dem LaVo oder der Bundesebene kann die LSK oder der LA Nachwahlen vornehmen, sofern zu diesem Punkt eingeladen wurde. Für den Fall des Rücktritts der Mehrheit des LaVos wählt der LA eine provisorischen LaVo, der die nächste LSK einberuft, auf der ein neuer LaVo gewählt wird.“

Ändere Punkt 42. der Satzung der LSV RLP in:
„Zu den Aufgaben des LAs gehört:
a) Beratung und Unterstützung des LaVos;
b) die Kontrolle der laufenden Arbeit des LaVos;
c) die Nachwahl einzelner Mitglieder des LaVos oder der Bundesebene;
d) die Bestätigung und Kontrolle des Arbeitsberichts, welchen der LaVo der LSK vorlegt;
e) die Wahl eines provisorischen LaVos, sollte die Mehrheit des LaVos zurücktreten;
f) die Beschlussfassung über den Haushalt und eventuelle Nachtragshaushalte der LSV.“

Ändere Punkt 39. der Satzung der LSV RLP in:
„Der Landesausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist und ordnungsgemäß eingeladen wurde. Die Einladung zu den Sitzungen des Landesausschusses ist schriftlich unter Angabe von Ort und Zeit sowie vorläufiger Tagesordnung mindestens eine Woche außerhalb der Ferien vor der Sitzung an die Delegierten zu verschicken.“
Begründung: erfolgt mündlich

Ja: Mehrheit auf Sicht;
Nein: 0; Enthaltung: 1
=> Antrag VS 2 ist angenommen

Antrag VA1: Unterrichtsausfall
AntragstellerIn: Sebastian Gräber, Patrick Simon, Marlene Schmahl
Antragstext: Die LSK möge keine weiteren Aktionen gegen den Unterrichtsausfall an rheinland-pfälzischen Schulen unternehmen. Stattdessen soll sich die LSV dafür einsetzen, dass an allen Schulen vielfältige und interessante Möglichkeiten der Beschäftigung in der unterrichtsfreien Zeit zur Verfügung gestellt werden.
Begründung:
Die Beseitigung von Unterrichtsausfall allein kann nicht die Übel des momentanen Schulsystems beseitigen. Alleine den Unterrichtsausfall zu kritisieren heißt, weder fehlende Demokratie, noch autoritäre Bewertungssysteme, noch das mehrgliedrige Schulsystem zu kritisieren, sondern eben nur, dass das jetzige System nicht korrekt arbeitet. Ganz im Gegenteil ist die persönliche Einstellung des Gros der SchülerInnen durchaus positiv zu außerplanmäßigen Freistunden und über ein wenig Freizeit im drögen Schulalltag durchaus froh. Das ist kein Zufall, denn klar ist, dass die meisten SchülerInnen eben nicht gerne in ihren jetzigen Unterricht gehen, gerade auch weil mensch dazu gezwungen wird, nicht mitbestimmen darf und sich zumeist eher mittelalterlich anmutenden Unterrichtsmethoden aussetzen muss. Dahingegen bleibt in Freistunden auch Zeit

dafür, mit FreundInnen zu diskutieren, ein wenig abzuschalten und vielleicht ein Buch zu lesen, kurz: sich einfach auch mal mit dem zu beschäftigen, was einen gerade wirklich interessiert. Gerade in der Unter- und Mittelstufe bedeuten Freistunden, die dort ja Vertretungsstunden sind, auch eine Lehrerin/ein Lehrer vor sich zu haben, die/den mensch nicht kennt, und sich dort entweder mit sinnlosen Spielen à la Daumendrücken oder mit meist fachfremden Dingen auseinander zu setzen. Lernen ist nicht gleichbedeutend mit Unterricht (das gilt natürlich ebenso andersherum). Bis nicht eine Schule geschaffen ist, in der ein selbstbestimmtes und demokratisch organisiertes Lernen vollständig möglich ist, bleibt LehrerInnenmangel doch eher ein Phänomen, über das mensch allerlei tolle Statistiken anstellen, vor allem aber sich freuen kann.

Änderungsantrag von Philipp
Änderung des ersten Satzes des Antrags in „ Die LSV möge keine weiteren Aktionen gegen kurzzeitigen Unterrichtsausfall...“
=> Der Änderungsantrag wird von den AntragstellerInnen angenommen

Go-Antrag auf Begrenzung der Redezeit auf 2 Minuten, Formale Gegenrede
Dafür: Mehrheit auf Sicht
Dagegen: 2 Enthaltungen : 0
=> Redezeit ist auf zwei Minuten begrenzt

Go-Antrag auf Schließung der RednerInnenliste
Dafür: 22; Dagegen: 10; Enthaltungen: 1 => Redeliste ist geschlossen

Ja: 24; Nein: 11; Enthaltung: 1
=> Antrag VA1 ist angenommen

Antrag VA2: MSS-Reform
AntragstellerIn: Sebastian Gräber, Patrick Simon
Antragstext: Die 50. LSK möge beschließen: Die LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz lehnt die geplante Reform der Mainzer Studienstufe grundlegend ab und setzt

sich beispielsweise mit dem LAK Protest oder durch einen Zusammenschluss mit anderen Organisationen gegen die geplanten Reformen ein. Stattdessen fordert die LSV weiterhin eine freie Wahl der Fächerkombination in der Oberstufe, bei der alle Fächer gleich behandelt werden.

Begründung:

Die vom MBWJK geplanten Reformen, die auf einen Beschluss der KultusministerInnenkonferenz zurückgehen, widersprechen stark den Forderungen der LSV. Nach den neuen Plänen wird die Wahl der Grund- und Leistungskurse stark eingeschränkt, sodass eine freie Wahl der Kurse unmöglich wird. Besonders betroffen sind die Bereiche Kunst, Musik und Sport, sodass vor allem an diesen Dingen interessierte SchülerInnen in ihrer Ausbildung benachteiligt werden. Außerdem soll bei der Wahl bestimmter Kombinationen ein fünftes mündliches Prüfungsfach hinzugefügt werden, was Ungleichbehandlung und erschwerte Prüfungsbedingungen zur Folge hat. Die Wahl „einfacher“ und „unwichtiger“ Fächer wie Musik oder auch Sozialkunde wird stark erschwert, wohingegen die Wahl von Fächern wie beispielsweise Mathematik oder Physik eher gefördert wird. Die SchülerInnen werden somit in ihrer Wahlfreiheit und Individualität stark dadurch eingeschränkt, welche Fächer das Ministerium gerade für besonders „wichtig“ oder „fördernd“ hält.

Ja: Mehrheit auf Sicht;

Nein: 2; Enthaltung: 2

=> Antrag VA 2 ist angenommen

Antrag VA3: Gründung des LAK Basisarbeit

AntragstellerIn: LaVo 2009/10

Antragstext: Die LandesschülerInnenkonferenz möge beschließen:

Es soll der Landesarbeitskreis Basisarbeit gegründet werden. Er soll die Arbeit der Basisbeauftragten der jeweiligen Kreise und Städte und die Arbeit des Landesvorstandes unterstützen, indem er engagierten Schü-

lerInnen eine Plattform zu Vernetzung der Basisbeauftragten bietet und Mobilisierungsmethoden vermittelt.

Begründung:

Seitdem die LSV RLP eine Vertretung für alle SchülerInnen weiterführender Schulen ist, ist Basisarbeit zu einem noch wichtigeren Thema geworden. Die Mobilisierung der Delegierten fällt in vielen Kreisen und Städten nach wie vor schwer, was sich auch negativ auf die Beschlussfähigkeit der LSK auswirkt. Der LAK Basisarbeit soll daher helfen, die SchülerInnen zu mobilisieren, auch, damit die Arbeit auf allen Ebenen während oder nach den Sommerferien nicht zum Stillstand kommt, da zu dieser Zeit immer viele Aktive ihren Schulabschluss machen und daher nicht mehr in den SVen mitwirken können.

Ja: Mehrheit auf Sicht;

Nein: 0; Enthaltung: 0

=> Antrag VA 3 ist einstimmig angenommen

GO-Antrag auf das Vorziehen der Nachwahlen und Entlastungen; Inhaltliche Gegenrede;

GO-Antrag auf weiter pro und contra Rede;

Dafür: 14; Dagegen: 12; Enthaltungen: 5

=> der Antrag ist somit angenommen

TOP 3: Entlastungen der unterschiedlichen AmtsträgerInnen

Jamina Diel => entlastet bei 28Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Cedric Jürgensen => entlastet bei einstimmig Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Patrick Simon: => entlastet bei 31 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen.

Verwarnung Patrick Simon wegen Werfens einer Flasche auf den Protokollrechner

Go-Antrag auf 5 Minuten Pause

Dafür: 13; Dagegen:17; Enthaltungen: 1

=> Go-Antrag wurde somit nicht angenommen

Wahl des Wahlausschuss

Es kandidieren: Luisa Budras, Theresa Simon, Leo Wörtche, Joshua Peaceman, Sonja Schmahl, Patrick Simon

Go-Antrag auf Blockwahl, Inhaltliche Gegenrede

Dafür: 9; Dagegen: 10; Enthaltungen: 6

=> Go-Antrag ist somit nicht angenommen

Die Auszählung der Stimmen ergibt für:

Luisa Budras: 21 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen -> Nicht gewählt.

Theresa Simon: 16Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen -> Nicht gewählt.

Leo Wörtche: 22 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen -> Nimmt Wahl an.

Joshua Peaceman: 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 12 Enthaltungen -> Nicht gewählt..

Sonja Schmahl: 25 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen -> Nimmt Wahl an.

Patrick Simon: 23 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen -> Nimmt Wahl an.

Somit sind Patrick Simon, Sonja Schmahl und Leo Wörtche in den Wahlausschuss gewählt

Go-Antrag auf Vorziehung des Antrags A1

=> Keine Gegenrede somit ist der Go-Antrag angenommen

TOP 4,5,6: Nachwahlen zum Landesvorstand, Wahlen zur Bundesebene, Wahlen zum Landesausschuss

Nachwahlen zum Landesvorstand (2 freie Plätze)

Es kandidieren: Miriam Koelges, Michelle Paulus, Marie Langguth

Die Auszählung der Stimmen ergibt für:

Miriam Koelges: 28 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen -> Nimmt Wahl an.

Michelle Paulus: 30 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen -> Nimmt Wahl an.
 Marie Langguth: 15 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen -> Nimmt Wahl (nicht) an.
 Somit sind in den Landesvorstand nachgewählt: Michelle Paulus und Miriam Koelges

GO-Antrag auf Rückholung des GO-Antrags auf Vorziehen des Antrags A1
 Dafür 28 Dagegen 2 Enthaltungen 2
 => Somit ist der GO-Antrag angenommen

Nachwahlen zur Bundesebene
 Es kandidiert: Marie Langguth

Go-Antrag auf offene Wahl, Inhaltliche Gegenrede
 => Somit nicht angenommen

Wahlwiederholung zur Wahl der Bundesebene aufgrund eines Betrugsversuchs

Die Auszählung der Stimmen ergibt für:
 Marie Langguth: 25 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen -> Nimmt Wahl an.
 => Somit ist in die Bundesebene nachgewählt: Marie Langguth

Antrag A1: Erziehung zu kritischem Denken
 AntragstellerIn: LaVo 2010/2011
 Antragstext: Die LSV Rheinland-Pfalz soll sich für eine Erziehung zu kritischem Denken an Schulen in Rheinland-Pfalz einsetzen. Dazu soll unter anderem im Schulgesetz des Landes Rheinland-Pfalz der Paragraph §1 (2) die Passage „In Erfüllung ihres Auftrages erzieht die Schule [...] zur Bereitschaft, Ehrenämter und soziale und politische Aufgaben im freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu übernehmen [...]“ geändert werden in:
 „In Erfüllung ihres Auftrages erzieht die Schule [...] zur Bereitschaft, Ehrenämter und soziale und politische

Aufgaben zu übernehmen sowie kritisch politische und gesellschaftliche Systeme und Handlung unter Berücksichtigung der historischen Bedeutung und im internationalen Vergleich zu beleuchten [...]“

Weiterhin möge sich die LSV für eine Änderung der Landesverfassung bezüglich Artikel 33 „Grundsätze für die Schulerziehung“ Die Schule hat die Jugend zur [...] zu sittlicher Haltung und beruflicher Tüchtigkeit und in freier, demokratischer Gesinnung im Geiste der Völkerversöhnung zu erziehen. in
 „Grundsätze für die Schulerziehung“ Die Schule hat die Jugend [...] zu sittlicher Haltung und beruflicher Tüchtigkeit und in kritischer Auseinandersetzung mit politischen Systemen, Handlung und der freien, demokratischen Gesinnung im Geiste der Völkerversöhnung, deren historischer Bedeutung und dem internationalen Vergleich zu erziehen.“

Außer der alleinigen theoretischen und juristischen Änderung im Schulgesetz bzw. der rheinlandpfälzischen Landesverfassung soll der Landesvorstand weiterhin Aktionen starten, die die Forderung und vor allem deren Umsetzung durch das Bildungsministerium unterstützen und sich unter anderem für eine kritischere Auseinandersetzung mit politischen und gesellschaftlichen Themen in der Unterrichtsgestaltung, aber insbesondere auch im allgemeinen Schulalltag aussprechen.

Begründung:
 Der Grundsatz, Schülerinnen und Schüler zum eigenverantwortlichen Urteilen zu erziehen, soll auch bei der Auseinandersetzung mit Staats- und Gesellschaftssystemen Anwendung finden, um eine möglichst unvoreingenommene Herangehensweise an dieses Themenfeld zu gewährleisten. Derzeit wird dies, insbesondere in den gemeinschaftskundlichen Fächern, die dieses Themenfeld konkret behandeln, vernachlässigt,

Häufig werden fremde Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme, ob in Hinblick auf Funktionalität oder auch die zu Grunde liegenden Wertvorstellungen, von vorne herein als weniger sinnvoll dargestellt und so nur einseitig beleuchtet. Zwangsläufig ist das Ergebnis des Unterrichts somit, dass das System der Bundesrepublik Deutschland, bzw. Die westliche Ordnung und Weltanschauung, das einzig Sinnvolle ist. Den Lernenden wird so eine beschränkte Sichtweise vermittelt. Wünschenswert wäre es jedoch, auch das System in dem wir leben einer kritischen Untersuchung zu unterziehen, um jedem Schüler und jeder Schülerin letztlich in seiner oder ihrer selbstbestimmten Meinungsfindung zu fördern. Nur so kann das Grundrecht auf Meinungsfreiheit in seiner ganzen Spannweite wahrgenommen werden.

Ja: Mehrheit auf Sicht;
 Nein: 0; Enthaltung: 4
 => Antrag A 1 angenommen

Verfahrensvorschlag die Bearbeitung des Antrags A5 vorzuziehen
 Dafür: Mehrheit auf Sicht; Dagegen: 3; Enthaltungen: 1
 => Somit ist der Vorschlag angenommen

Antrag A5: Vertrauenslehrer
 AntragstellerIn: Lukas Böhm
 Antragstext: Die LSK möge Punkt 4 des Grundsatzprogramms um folgenden Text ergänzen:
 „4.1 Vertrauenslehrer
 Um ihrem Anspruch, die Vertretung für alle Schüler in Rheinland-Pfalz zu sein, auch gerecht werden zu können, fordert die LSV die stärkere Förderung und Weiterentwicklung des Amtes der Vertrauens-/Verbindungslehrer. Möglichkeiten dazu sind beispielsweise eine Reduzierung der Anzahl der Wochenstunden für einen Vertrauenslehrer, eine höhere Bezahlung, das Ausbauen der Rechte eines Vertrauenslehrers oder die Entbindung von der gleichzeitigen Rolle eines Klassenlehrers.“

Begründung:

Die momentane gesetzliche Lage verhindert durch die Mehrfachbelastungen von Lehrern, dass ein Vertrauenslehrer im notwendigen Maße die betreffende Schülervertretung unterstützen kann, was sich besonders negativ auf die Arbeit von Sven an Realschulen plus und Hauptschulen niederschlägt. Dies hängt auch damit zusammen, dass die Aktiven in diesen Schulformen schlicht jünger sind als in anderen, was sie in ihrer Mobilität, der Sicherheit im Umgang mit den eigenen Rechten als SV aber auch einfach in der Dauer ihrer Amtsausübung einschränkt. Findet jedoch die SV-Arbeit in diesen Schulformen weniger effizient statt als zum Beispiel an Gymnasien, sind diese Schulformen auch in Kreis-SVen sowie bei den Delegierten zur LSK unterrepräsentiert. Die Probleme, die Ämter in der LSV tatsächlich satzungsgemäß quotiert nach Schulformen zu besetzen, sind ein Beleg für die Existenz dieses Problems, dem sich die LSV, möchte sie ihrem Anspruch, tatsächlich G(!)LSV zu sein gerecht werden, dringen annehmen muss. Ein erster Schritt dazu ist die Forderung nach einer Verbesserung der Arbeitssituation von Vertrauenslehrern speziell in diesen Schulformen.

Sämtliche hier gemachten Feststellungen beruhen auf den Ergebnissen, die ich im Rahmen meiner Facharbeit „Schülervertretungen in Rheinland-Pfalz“ erzielen konnte, für die ich Material von über 50 rheinland-pfälzischen SVen auswertete.

Änderungsantrag zu A5

Der Antrag soll als normaler Antrag behandelt werden und nur in die Beschlusslage aufgenommen werden. Der Änderungsantrag wurde vom Antragsteller angenommen
=> Somit ist der Änderungsantrag angenommen

Ja: Mehrheit auf Sicht;

Nein: 0; Enthaltung: 2

=> Antrag A 5 ist angenommen

TOP 6: Wahlen zum Landesausschuss
Da niemand kandidieren möchte findet keine Wahl statt.

TOP 7: Anträge an die 52. LSK

Antrag A2: Frauenrolle in Schulbüchern und Lehrplänen

AntragstellerIn: LaVo 2010/2011

Antragstext: Der Landesvorstand der LandeschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz soll sich für eine kritische Hinterfragung und Bearbeitung der Rolle der Frau in Schulbüchern und in Lehrplänen einsetzen.

Es soll nicht das veraltete Bild der der Frau des 19. Jahrhunderts beibehalten, sondern die Rolle der emanzipierten Frau gestärkt werden. Die Lehrpläne in Deutsch und Geschichte sollen mehr Frauen behandeln und im Unterricht soll die Rolle der Frau in den einzelnen Geschichts- und Literaturepochen kritisch betrachtet und behandelt werden.

Begründung:

In Schulbüchern sind knapp 20% der abgebildeten Personen Frauen. Nur 10% dieser Frauen sind jedoch als gewerbstätig dargestellt und dabei nur als Sekretärinnen, Raumpflegerinnen, Kassiererinnen, Krankenschwestern, usw. Die übrigen 90% sind Hausfrauen und Mütter, die putzen, kochen, baken und einkaufen gehen. In Mathematikbüchern z.B. sind Männer diejenigen, die ein Haus bauen, die Fläche des Grundstückes vermessen oder einen Kredit aufnehmen. Frauen dagegen kaufen Kleidung, Lebensmittel oder Putzmittel ein. Das Problem dabei ist, dass den Schülerinnen und Schülern so eine sehr veraltete und diskriminierende Rolle der Frau gezeigt wird und sie sich so auch ein falsches Bild der Realität machen. Mädchen könnten so später Probleme bekommen, sich in anderen Berufen zu behaupten, oder sich selbst um Finanzen und Kredite zu kümmern, die nach den meisten Schulbüchern „Männersache“ sind. Auch in vielen Lehrplänen, z.B. in Geschichte, werden die Frauen ausgelassen, nur Männer sind diejenigen, die die

Geschichte voran bringen oder besonders gute Ideen haben. Auch wenn früher die Rolle der Frau abgewertet und als sehr unwichtig gesehen wurde, ist es sinnvoll im Unterricht die Gründe und Umstände zu behandeln, um ein allgemeines Verständnis und Bewusstsein über die Rollen der Frau in der Geschichte zu schaffen. So wird auch das kritische Denken der Schülerinnen und Schüler gefördert.

Ja: Mehrheit auf Sicht:

Nein: 3; Enthaltung: 5

=> Antrag A 2 ist angenommen

Antrag A3: Religionsunterricht und religiöse Bezüge

AntragstellerIn: LaVo 2010/2011

Antragstext: Die 52. LSK möge beschließen: Der Landesvorstand soll sich dafür einsetzen, dass religiöse Bezüge, vor allem der Satz zur Erziehung zur Gottesfurcht innerhalb der Schule, aus der rheinland-pfälzischen Landesverfassung gestrichen werden. Stattdessen fordert die LSV weiterhin ein neutrales Unterrichtsfach zum Ersatz des aktuellen Religionsunterrichtes. Dieser Unterricht soll ein objektives Bild über verschiedene Religionen, Weltanschauungen und Ethik geben sowie über Religionskritik aufklären und somit einen umfassenden Eindruck bei den SchülerInnen schaffen. Der Besuch eines spezifischen Religionsunterrichtes, den es für alle Weltreligionen geben muss, soll freiwillig neben dem neuen Unterrichtsfach angeboten werden und ab der Klassenstufe 7 wählbar sein.

Begründung:

In der rheinland-pfälzischen Landesverfassung ist festgelegt, dass „Die Schule [...] zur Ehrfurcht vor Gott“ erziehen soll. Damit ist jedoch nicht irgendein Gott gemeint, sondern der christliche Gott und kein anderer. Dieser Satz widerspricht also von Grund auf der Religionsfreiheit, das im Grundgesetz verankert ist. Die Schule gibt nur einen einseitigen Religionsunterricht, der vom ersten Schuljahr an verpflichtend ist. Ein Wechsel in Ethik ist zwar möglich, wird aber

kaum wahrgenommen. Innerhalb der Schule hat das Christentum also eine Vormachtstellung, während andere Religionen ihren Unterricht außerhalb der Schule leisten. Zudem darf die Kirche – und nicht das Land – bestimmen, welche LehrerInnen eingestellt werden. Vertreten diese nicht die konkrete Einstellung, so ist es den Kirchen bei weitgehender Umgehung des Arbeitsrechtes erlaubt, die Lehrkräfte abzusetzen. Die Kirchen üben hier also massiven Einfluss auf Schule und Unterricht aus und werden kritischen Unterricht eher nicht zulassen, während andere Religionen vernachlässigt werden. Ein neues Ersatzfach soll deshalb umfassen über Religionen und Religion an sich aufklären sowie andere Weltanschauungen darstellen. Dadurch ist die Religionsfreiheit und vor allem die freie Wahl der Religionsanschauung gewährleistet und eine Manipulation ausgeschlossen. Wenn einE SchülerIn jedoch mehr über sein/ ihre Religion erfahren möchte, sollte die für alle Religionen jedoch auch gewährleistet sein. Deshalb soll ab der 7. Klasse auch ein zusätzlicher, freiwilliger Unterricht angeboten werden.

Änderungsantrag zu A3
Streichung des letzten Satzes, Hinzuzufügen

„Dazu soll es zudem einen neuen Ausbildungsweg für LehrerInnen dieses Faches geben. Die Lehrpläne sollen ohne Einfluss der Religionsverbände erstellt werden.“

Ja: Mehrheit auf Sicht; Nein: 0; Enthaltung: 4

=> Antrag A3 ist angenommen

Antrag A4: Bildungsföderalismus
AntragstellerIn: Sebastian Gräber
Antragstext: Die 52. LSK möge beschließen: Die LSV Rheinland-Pfalz soll sich bei einer Lockerung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern dafür einsetzen, dass die Kompetenz der Länder uneingeschränkt erhalten bleibt. Eine Lockerung zur finanziellen Unterstützung wird durchaus gewünscht, eine Kom-

petenzvermischung oder gar eine Übernahme durch das Bundesministerium lehnt die LSV jedoch ab.

Begründung:

Nachdem die große Koalition 2009 ein Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern eingeführt hat, werden in letzter Zeit immer mehr Forderungen nach einer Lockerung dieses Verbotes laut, die vor allem finanzielle Hintergründe haben. Zur Unterstützung der Länder soll es möglich sein, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) Gelder umverteilen kann. Bei diesem Vorschlag schwingt jedoch oft auch die Idee der Kompetenzvermischung mit. Dieser Idee sollte sich die LSV jedoch entgegenstellen, da der Bildungsföderalismus durch seinen Sinn hat. Eine Zentralkompetenz seitens der Bundesregierung ist zu vermeiden, da diese sehr Standortfern ist und die regionalen Unterschiede und Gegebenheiten nicht berücksichtigt. Eine Vereinheitlichung des deutschen Schulsystems, das angeblich bessere Vergleichbarkeit schaffen soll, käme einer Gleichschaltung gleich, die die Einzelinteressen stark vernachlässigt und dem Schulsystem insgesamt schaden würde. Eine finanzielle Unterstützung wäre aufgrund der Finanzlage jedoch durchaus zu begrüßen.

Ja: Mehrheit auf Sicht;

Nein: 0; Enthaltung: 3

=> Antrag A 4 ist angenommen

Go-Antrag auf Schließung des Plenums, Inhaltliche Gegenrede

Go-Antrag auf weiter Pro und Contra Rede

Der Präsident Philipp Bodeking ruft zur Sache!

Dafür: 9; Dagegen: Mehrheit auf Sicht; Enthaltungen: 0

=> Somit ist der Go-Antrag nicht angenommen

GO-Antrag auf Nichtbehandlung des Antrags A6, Inhaltliche Gegenrede

Dafür: 9; Dagegen: Mehrheit auf Sicht; Enthaltungen: 1

=> GO-Antrag abgelehnt

Verwarnung Niklas Beinghaus wegen Werfens eines Papierstücks auf den Redner

Antrag A6: Kaugummikauen im Unterricht

AntragstellerIn: Klara Mladinic

Antragstext: Die 52. LandesschülerInnenkonferenz beschließt:

Die LSV setzt sich für mehr Kaugummikauen im Unterricht ein. Die jetzigen Verbote gegen Kaugummikauen im Unterricht sollen aufgehoben werden. Das Kaugummikauen während des Frontalunterrichts soll gefördert werden. Vor Klassen und Kursarbeiten sollen die SchülerInnen jedoch über die Ablenkung des Kaugummikauens während des Schreibens aufgeklärt werden.

Begründung:

Kaugummikauen im Unterricht steigert die Konzentrationsfähigkeit und verlängert die Aufnahmefähigkeit bei Frontalunterricht. Zudem macht es auch noch Spaß. Durch Verbote wird das Kaugummikauen und an Tische kleben nur zur lustigen Rebellion. Jedoch könnte die Schule viel sinnvoller den Schülerinnen und Schülern Ordnung beibringen, ohne Zwang einer oder eines Bevormunder(s)In. Wann sollen sie es sonst lernen, wenn nicht in der Schule? In Arbeiten jedoch lenkt Kaugummikauen ab, da der Mensch denken, schreiben und kauen muss. Dies sollte nicht verboten werden, sondern die Schülerinnen und Schüler sollen darüber aufgeklärt werden. Genau dies fördert auch das eigenständige Denken und kritisch hinterfragen, statt sture Befolgung oder Rebellion.

Go-Antrag auf Vertagung von Antrag A6 auf einen anderen Zeitpunkt an dem alle der Konferenz beisitzenden einen Testkaugummi haben
Weiterführender Go-Antrag auf eine Mindestpromillezahl von 0,4
Außerdem soll in die Kaugummis „LSV“ gestempelt werden und Cannabis enthalten

Dafür: 15; Dagegen: 10; Enthaltungen: 4
=> Somit ist der Go-Antrag angenommen

Abstimmung über die Einbringung des Initiativantrags
Dafür: 19 Dagegen: 6 Enthaltungen: 1
=> angenommen

Antrag IA1: Hört, hört der hohe Rat der LSV spricht
AntragstellerIn: Kim Laura Hoffmann, Magdalena Schwarz, Lina Brüssel, Leon Schwedler, Theresa Simon

Antragstext:
Der jeweilige Vorstand des LSV Fördervereins bildet automatisch den Hohen Rat der LSV. Der Vorstand ist berechtigt, jeweils den Titel König bzw. Königin der LSV RLP zu tragen. Der hohe Rat ist grundsätzlich unfehlbar, seine Entscheidungen sind für alle Gremien der LSV bindend.
Begründung: erfolgt mündlich
Philipp Bodewing ruft Lina zur Sache

Änderungsantrag 1 zu IA 1:
ans Ende sollte angehängt werden „ Anarcho-kommunistische Monarchie.“
=> Der Änderungsantrag wird von den AntragstellerInnen übernommen.

Änderungsantrag 2 zu IA1:
Die Internationale soll als Hymne der neuen LSV Monarchie dienen.

Go-Antrag über die sofortige Abstimmung des Änderungsantrags 2
Dafür 0 Dagegen Mehrheit auf Sicht Enthaltungen 1
=> Der Änderungsantrag wurde von den AntragstellerInnen angenommen

Änderungsantrag 3 zu IA1
ans Ende sollte angehängt werden „ Der MonarchIn soll stets eine Bürgerkronen tragen.
=> Der Änderungsantrag wurde von den AntragstellerInnen angenommen

Go-Antrag auf sofortige Abstimmung
Dafür: 12; Dagegen: 5; Enthaltungen: 0

Dafür: 11; Dagegen: 11; Enthaltungen: 0
=> der Initiativantrag ist abgelehnt

Go-Antrag auf sofortige Schließung des Plenums
Dafür 13 Dagegen 6 Enthaltungen 3
Das Plenum wird geschlossen!

Sonntag, 29. Mai 2011

Abstimmung über das Einbringen des Antrages IA 2
=> Angenommen bei 10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

Antrag IA2: Rechts des Rheins ist auch noch Mainz
AntragstellerIn: Kim Laura Hoffmann, Magdalena Schwarz, Lina Brüssel Leon Schwedler, Theresa Simon, Klara Mladinic
Antragstext:
Die LSV RLP soll sich zur Rückgliederung der durch Hessen annektierten, ehemaligen Mainzer Stadtteilen Mainz Amöneburg, Mainz-Kostheim Mainz-Kastel, Mainz-Gustavsburg, Mainz-Ginsheim und Mainz-Bischofsheim zurück nach Mainz einsetzen.
Begründung: erfolgt mündlich

Der Präsident ruft Klara M. zur Ordnung.

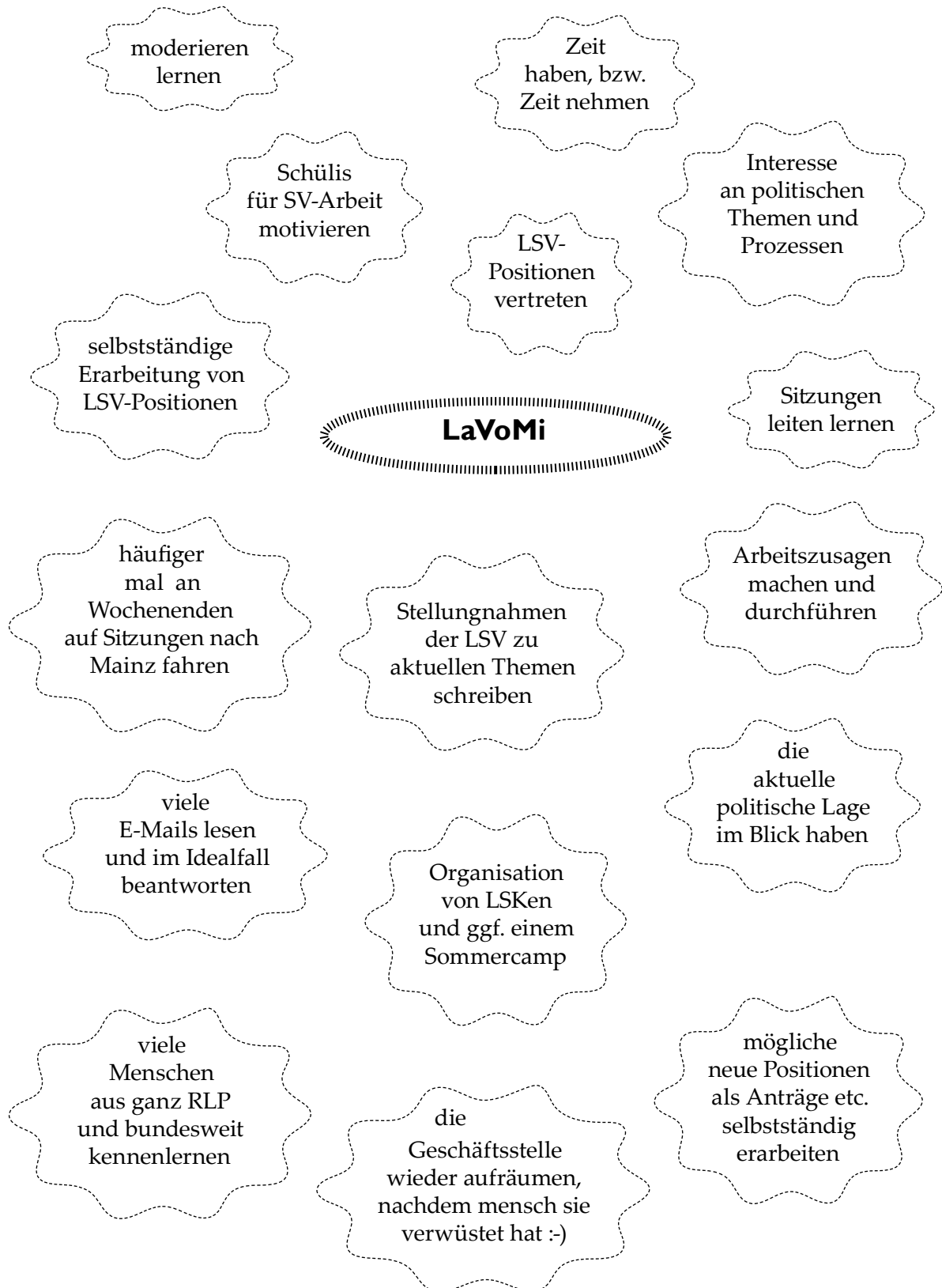
ÄA1: Streichung der Orte „Mainz-Ginsheim“ & „Mainz-Amöneburg“
4 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
=> Antrag IA2 abgelehnt.

TOP 8: Sonstiges

Plenum geschlossen
Ende der LSK: 10,31 Uhr
Für die Richtigkeit:
Philipp Bodewing (Präsident);
Lina Brüssel (Vertreterin)
Niklas Beingaus (Protokollführung);
Sebastian Sprenger (Vertreter)
Marlene Schmahl (Technische Assistentin); Klara Mladinic (Vertreterin)

we want you to be a LaVoMi!!!

Auf der 54. LSK werden wir wieder mal einen neuen Landesvorstand wählen. Es gibt schon ein paar Menschen, die sich vorstellen können, noch ein Jahr oder mal ein Jahr im LaVo zu arbeiten. Aber natürlich kann sich jedeR SchülerIn aufstellen lassen. Es wird oft gefragt, was mensch tun muss im LaVo. Hier also ein kleiner Überblick, was LaVo-Arbeit so bedeuten KANN. Es ist ein Sammelsurium und auf keinen Fall vollständig.



Reader



Alles nur Formalkram?!

Über den Sinn von Satzungen / Geschäftsordnungen
und deren wortlautgetreue Anwendung

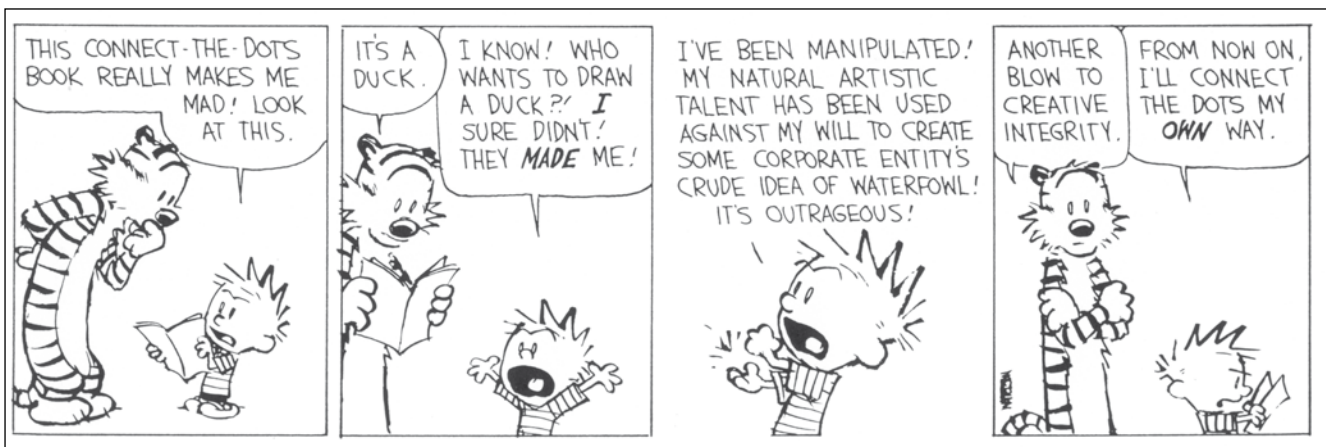
von Johannes Buchner

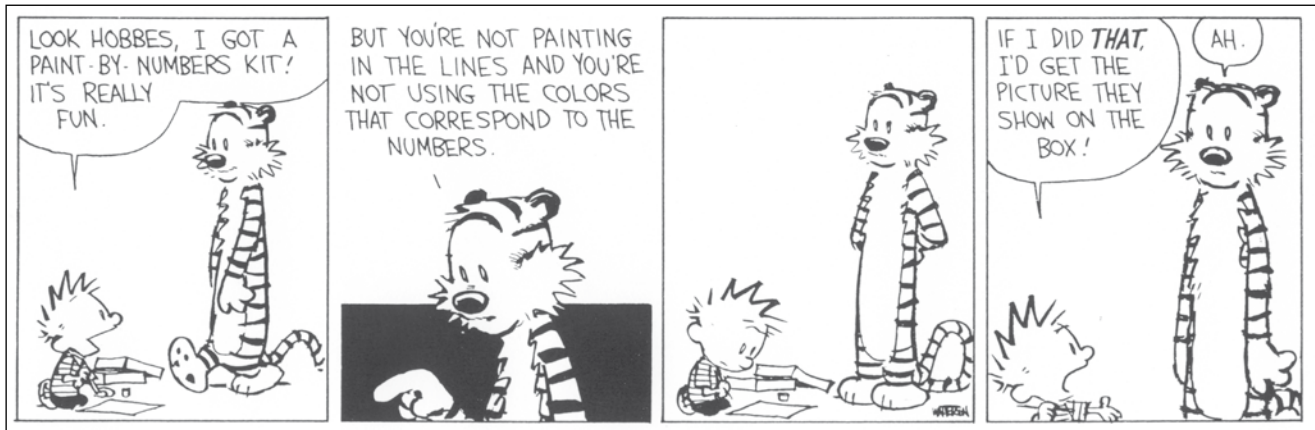
Wenn Menschen zusammenleben, arbeiten oder Politik machen, dann gibt es oft unterschiedliche Meinungen und Bewertungen von Sachverhalten, was sich schon aus den unterschiedlichen Lebensrealitäten und Hintergründen der Individuen ergibt. Daraus ergeben sich bei zu fällenden Entscheidungen Interessenskonflikte - das ist zunächst einmal eine Feststellung, aus radikaldemokratischer Sicht gilt es nicht, dies in Frage zu stellen, sondern ein faires Verfahren für das Austragen dieser Interessenskonflikte zu fordern. Dieser Artikel soll erläutern, warum das verbindliche Niederlegen von Verfahrensregeln in einer Satzung/Geschäftsordnung in diesem Zusammenhang Sinn macht und darüberhinaus eine exakte Einhaltung dieser Regeln zu fordern ist. Ein wichtiges Kriterium für die Bewertung eines politischen Verfahrens stellen die Transparenz von Entscheidungsprozessen dar. Jeder sollte

beispielsweise nachvollziehen können, warum wer in einer Debatte die Redeleitung besitzt, wann die Debatte beendet wird und zur Abstimmung geschritten wird etc. Wenn Fragen wie diese nicht klar geregelt sind, läuft dies faktisch darauf hinaus, dass sich informelle Machtstrukturen durchsetzen und es besteht die Gefahr, dass Verfahrensfragen undemokratisch im Sinne einzelner politischer Interessen entschieden werden. Eine Formalisierung dieser Prozesse durch eine für alle einsehbare Satzung/Geschäftsordnung schafft Transparenz und kann so verhindern, dass sich eine bestimmte Interessensgruppe durch Verfahrensentscheidungen unrechtmäßige Vorteile verschafft. Dafür muss der „erhöhte Aufwand“ eines formalisierten Verfahrens, welches oft gar als „unnötiger Formalismus/Bürokratie“ bezeichnet wird, in Kauf genommen werden. Nur verbindlich festgeschriebene

Regeln schaffen gleiche Bedingungen für alle und zudem eine gewisse Verlässlichkeit in Verfahrensfragen.

Auf den ersten Blick mag es vielleicht demokratischer erscheinen, wenn „der Souverän“, also z.B. die Mitglieder einer Konferenz, immer direkt entscheidet, wie verfahren werden soll, statt sich auf einen „Automatismus der Satzung“ zu verlassen. In der Tat ist dieser Automatismus eine Art „Selbstbeschränkung der Macht des Souveräns“, aber dies hat entscheidende Vorteile: In der Frage, was in der Satzung steht, gibt es ein allgemeines Interesse an einem fairen Verfahren, einem gewissen Schutz der Minderheit etc. - schließlich weiß auch die momentane Mehrheit, dass sich die Mehrheitsverhältnisse ändern können und man dann zu eben jener Minderheit gehören kann, deren Rechte in der Satzung garantiert sind. In diesem Zusammenhang erklärt sich auch die





Hürde einer 2/3-Mehrheit, die zu einer Satzungsänderung meist notwendig ist, denn so kann verhindert werden, dass eine „knappe Mehrheit“ nach Belieben mit einer „großen Minderheit“ verfährt. Außerdem sind in einer Satzungsdebatte die Fragestellungen von den konkreten politischen Konflikten getrennt, d.h. bestimmte Verfahrensregeln werden allgemein festgelegt und sind daher nicht jedesmal von neuem Teil des politischen Kampfes.

Dass bei den allgemeinen Regelungen in einer Satzung nicht alle Eventualitäten berücksichtigt werden können, ist einsichtig, weshalb sich oft Fragen nach der Auslegung einer Regelung der Satzung ergeben. Diese müssen diskutiert und ebenfalls demokratisch entschieden werden (es gibt auch das Modell der Schiedsgerichtsbarkeit, wo ein möglichst neutrales Gericht/Schiedsausschuss über diese Fragen entscheidet). Bei grundsätzlicheren Streitigkeiten in Satzungsfragen macht es natürlich Sinn, durch eine Satzungsänderung die Regelung im entsprechenden Punkt expliziter zu machen. Generell sollte jedoch versucht werden, in der Satzung möglichst eindeutige Formulierungen zu finden, um mögliche Konflikte von vornherein zu minimieren, und wo die Satzung keinen Auslegungsspielraum lässt, ist auch auf einer wortlautgetreuen Anwendung zu bestehen!

Denn damit die oben aufgeführten Vorteile des verbindlichen Niederlegens von Verfahrensregelungen in der Praxis wirksam sind, ist eine strikte Einhaltung der Satzung zu fordern, auch wenn man im Einzelfall vielleicht denkt „naja, der Formalismus sollte doch nicht über den Inhalten stehen, es ist doch für alle besser, wenn wir hier (abweichend von der Satzung) so und so verfahren“. Wenn durch solche Überlegungen doch wieder „von Fall zu Fall entschieden“ wird macht man sich die Vorteile von „gleichen Bedingungen für alle“ und „Verlässlichkeit in Verfahrensfragen“ allerdings gleich selbst wieder zunichte. Letztere fordern nämlich explizit „keine Ausnahmen von den vereinbarten Regeln“, denn sonst ist man im Einzelfall bei der Frage „soll man hier eine Ausnahme von der Satzung machen“ und damit keinen Schritt weiter als ohne Satzung. Konkret ist z.B. eine Antragsfrist genau einzuhalten, denn sonst stellt sich die Frage, wann denn dann die „Grenze für die Ausnahme ist“ und wer dies entscheidet, außerdem hätten andere Menschen vielleicht auch noch gerne eine Antrag verspätet eingebracht, dies aber aufgrund der abgelaufenen Antragsfrist nicht getan. Nur eine strikte, verlässliche Anwendung der Satzung schafft hier gleiche Bedingungen für alle und damit die geforderte Verfahrensgerechtigkeit. Denn in einer Demokratie kommt es eben nicht nur „auf das Ergebnis“ im Einzelfall an, sondern das Verfahren, wie dieses zustande

gekommen ist, spielt eine entscheidende Rolle. Nur ein so ist es dauerhaft möglich, Interessenskonflikte unter fairen Bedingungen auszutragen und damit Gerechtigkeit zu schaffen.

Zwei Texte zum Thema „Geschlechterquotierung“

Wie ihr vielleicht gelesen habt, wird es auf der 53.LSK einen Antrag zu einem Frauenstatut geben, in dem es unter anderem um eine strittige „Quote“ geht, die dafür sorgen soll, dass mehr Frauen den Mut haben, sich im Landesvorstand oder auf der Bundesebene zu engagieren. Da dieses Thema sehr komplex ist und nicht schnell mit Totschlagargumenten abgelehnt werden sollte, haben wir hier ein paar Texte für euch zusammengestellt, die euch ein paar Argumente für und gegen ein solches Statut aufzeigen sollen.

Die Formen politischer Arbeit sind männlich geprägt und Frauen eher fremd

Bis zum Jahr 1908 war Frauen durch das preußische Vereinsgesetz von 1850 die Mitgliedschaft in Parteien untersagt, und auch das allgemeine Frauenwahlrecht erhielten sie erst 1919 und damit 50 Jahre später als die Männer. Insofern hatten Frauen an der Gestaltung des politisch-parlamentarischen Systems keinen Anteil. Vielmehr fanden sie beim Eintritt in die politische Sphäre eine bereits verfestigte Grundstruktur vor, und auch heute noch sind die Formen der politischen Arbeit, also die Organisationsstrukturen sowie die Versammlungs- und Kommunikationsstile männlich geprägt. Wenn Frauen sich in diesem Politikfeld engagieren, dann sind ihnen die Abläufe und Kommunikationsstrukturen somit oftmals fremd. Studien über Frauen in Parteien belegen beispielsweise, dass die weiblichen Parteimitglieder eine Distanz zu den routinierten Versammlungsabläufen haben. Sie beklagen den Formalismus der Parteiversammlungen, aber auch manche Endlosdiskussion, in der ein roter Faden und der inhaltliche Kern der Auseinandersetzung nicht mehr zu erkennen sind. Darüber

hinaus werden ein ausgeprägtes Konkurrenzdenken sowie männliche Profilierungssucht kritisiert. (Vgl. hierzu u.a. Schöler-Macher 1994; Hoecker, 1999; Kürschner 2009) Vor diesem Hintergrund kann es nicht verwundern, dass Frauen die eher spontanen und weniger formalisierten Beteiligungsformen insbesondere der neuen sozialen Bewegungen bevorzugen.

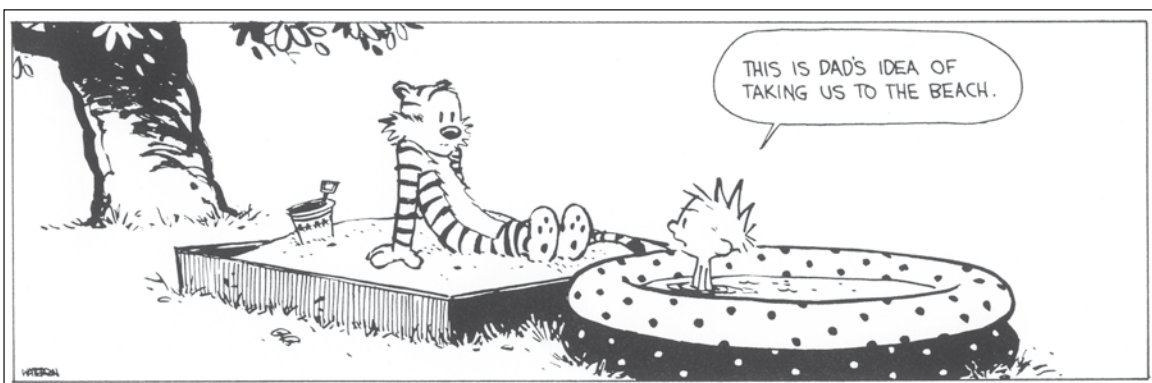
Aus: Bundeszentrale für politische Bildung: Frauen in der Politik

http://www.bpb.de/themen/TAHKRA,o,Frauen_in_der_Politik.html

Aktive Frauen auf allen Ebenen

Im Mai 1986 hat der Grüne Bundestag das Frauenstatut zum universalen Bestandteil unserer Satzung gemacht. Die darin manifestierte Mindestquotierung zeigt, dass wir es ernst meinen mit der Gleichstellung – auch in unseren eigenen Strukturen. Der Erfolg gab und gibt uns recht: In keiner anderen Partei gestalten so viele Frauen aktiv Politik auf allen Ebenen mit. In der aktuellen Debatte um Frauenquoten in der Wirtschaft sind wir deshalb am glaubwürdigsten. Aber: Eine Quote alleine macht die Welt und auch uns nicht zwingend besser. Traditierte Rollenbilder und diskriminierende Strukturen sind nach wie vor spürbar und stehen echter Gleichberechtigung und somit einer

demokratischen Gesellschaft im Weg. Unsere Quote ist mehr als eine formale Vorschrift, sie ist das Versprechen, dass wir für solidarisch geteilte Macht und Verantwortung stehen. Leider ist das mitunter auch in grünen Fraktionen und Gremien nicht selbstverständlich. Wir müssen Frauen ermutigen, sich zu engagieren und Führungspositionen zu übernehmen. Und wir müssen Rahmenbedingungen bieten, die Engagement von Frauen fördern. Überall dort, wo die Quote nicht greift oder übergangen wird, herrscht schnell wieder Männerdominanz und gerade auf kommunaler Ebene ist es schwer, Frauen zu gewinnen. Das muss für uns Ansporn sein, über unsere Strukturen, Unterstützungsangebote, die Gesprächs- und Sitzungskultur nachzudenken. Fakt ist: Wir brauchen Mentoring und Frauenförderung, aber auch gelebte Emanzipation von Frauen und Männern, denen Geschlechterdemokratie am Herzen liegt. Die Quote ist gewiss nicht charmant, aber effektiv. Die Verantwortung, für umfassende Gleichberechtigung auch jenseits der Quote zu streiten, liegt bei uns. Astrid Rothe-Beinlich, frauenpolitische Sprecherin im Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Anhang



Satzung der LSV RLP

Satzung der LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz

1. Die LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz (LSV) ist die alleinige Vertretung der Interessen aller Schülerinnen und Schüler aus Sekundarstufe I und II in Rheinland-Pfalz.

2. Die LandesschülerInnenkonferenz (LSK) und der Landesvorstand (LaVo) haben die Aufgabe, für eine gebührende Berücksichtigung aller zu vertretenden Schularten zu sorgen. Die LandesschülerInnenkonferenz beschließt hierfür Richtlinien und konkrete Arbeitsformen.

3. Grundlage der Arbeit der LSV ist die Arbeit der SchülerInnenvertretungen (Sven) sowie der Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen (KrSV-Ven/SSVen) in Rheinland-Pfalz. Diese geben sich in Eigenverantwortung eine Satzung, die der Satzung der LSV nicht widersprechen darf.

4. Die LSV wird in ausreichendem Maß aus öffentlichen Mitteln finanziert. Sie ist keinen besonderen Beschränkungen unterworfen.

I. Die Organe der LandesschülerInnenvertretung

5. Die LSV besteht aus folgenden Organen:

- der LandesschülerInnenkonferenz (LSK)
- dem Landesvorstand (LaVo)
- den Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen (KrSV/SSV)
- dem Landesausschuss (LA)

II. Die LandesschülerInnenkonferenz (LSK)

6. Die LandesschülerInnenkonferenz (LSK) ist das oberste beschlussfassende Gremium der LSV. Zur Zuständigkeit der LSK gehören:

– Entscheidungen über grundsätzliche, die Schülerinnen und Schüler betreffende, politische und organisatorische Fragen;

– Wahl und Entlastung des Landesvorstands sowie ggf. Abwahl eines oder mehrerer Mitglieder des Landesvorstands, sofern dazu gesondert eingeladen wurde;

– Wahl und Entlastung der Delegierten für die Bundesebene sowie ggf. Abwahl einer/eines oder mehrerer Delegierten/r, sofern dazu gesondert eingeladen wurde;

– Wahl und Entlastung des Landesausschusses, sowie ggf. Abwahl eines oder mehrerer Mitglieder des Landesausschusses, sofern dazu gesondert eingeladen wurde;

– Satzungsänderungen, sofern dazu gesondert eingeladen wurde;

– die Kontrolle des Landesvorstands durch Entgegennahme des Arbeitsberichts, welcher vom LA bestätigt worden sein muss.

7. Die LSK besteht aus jeweils einer / einem Delegierten pro angefangenen 3.000 SchülerInnen pro Stadt- oder KreisschülerInnenvertretung, jedoch mindestens 2 Delegierten pro KrSV/SSV. Pro KrSV/SSV sollen maximal 2 Delegierte pro Schulart gewählt werden. Wenn dies nicht möglich ist, können weitere KandidatInnen aus bereits vertretenen Schularten gewählt werden. Delegierte/r kann nur sein, wer zum Zeitpunkt der LSK SchülerIn an einer Schule in der Stadt bzw. dem Kreis ist, die/der sie/ihn delegiert hat. Der amtierende Landesvorstand prüft vor Beginn der LSK die Stimmberechtigung der Delegierten; er kann eine

Schulbescheinigung und ein Wahlprotokoll verlangen.

8. Die LSK ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten auf der LSK erschienen ist und ordnungsgemäß eingeladen wurde.

9. Die LSK tagt mindestens einmal im Schulhalbjahr, jeweils die erste im Schuljahr wählt den Landesvorstand. Die LSK muss innerhalb von 30 Schultagen durch den Landesvorstand einberufen werden, wenn die Hälfte der Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen oder ein Drittel der SVen dies verlangen oder der LA dies verlangt.

10. Die Einladung zur LSK ist schriftlich unter Angabe von Ort und Zeit sowie vorläufiger Tagesordnung mindestens vier Wochen außerhalb der Ferien vor der LSK an die Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen zu verschicken.

11. Die erste LSK im Schuljahr wählt zu Beginn ein dreiköpfiges Präsidium und drei StellvertreterInnen, deren Amtszeit ein Jahr beträgt. Dem Präsidium obliegt die Leitung der Konferenz. Es schlichtet in Streitfragen des Verfahrens und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Der Ablauf der LSK richtet sich nach einer von der LSK beschlossenen Geschäftsordnung. Diese geht der Satzung nach und kann auf der LSK mit zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen geändert werden.

12. Das Präsidium fertigt ein Protokoll der Sitzung an, das

- Ort und Zeit der Konferenz,
- die Namen von KandidatInnen,
- die Ergebnisse von Abstimmungen und Wahlen,
- den Wortlaut der gefassten

Beschlüsse enthält.

Das Protokoll ist innerhalb von sechs Wochen nach der Konferenz an die Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen zu verschieken. Das Protokoll muss von der nächsten LSK genehmigt werden.

13. Anträge können von allen Schülerinnen und Schülern in Rheinland-Pfalz gestellt werden. Alle Anträge müssen schriftlich bei der Landesgeschäftsstelle (LGS) der LSV eingereicht werden. Sie müssen den Namen des/r Antragstellers/in tragen. Alle Anträge, die der LGS nicht mindestens sieben Tage und den Delegierten nicht mindestens drei Tage vor der Versammlung vorliegen, gelten als Initiativanträge. Diese müssen von mindestens fünf Delegierten unterstützt und dann dem Präsidium vorgelegt werden. Über die Befassung der Initiativanträge muss abgestimmt werden. Anträge auf Abwahl einzelner oder mehrerer Mitglieder des Landesvorstands, der Bundesdelegation oder des Landesausschusses können keine Initiativanträge sein.

14. Satzungsändernde Anträge müssen mindestens fünf Wochen vor der Versammlung in der LGS vorliegen und mit der Einladung zur LSK verschickt werden. Für Änderungen der Satzung ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen notwendig.

15. Anträge werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen entschieden, sofern Satzung, Geschäftsordnung oder Wahlordnung nichts anderes vorsehen. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt. Stimmenthaltungen werden nicht berechnet.

16. Wahlen müssen in der Einladung gesondert angekündigt werden. Die LSK wählt vor Beginn der Wahlgänge eine dreiköpfige Wahlkommission. Auf Antrag einer/s Delegierten haben Personenwahlen geheim zu erfolgen.

Listenvahl für den Landesvorstand ist nicht möglich.

17. Die LSK kann eine Urabstimmung der Schülerinnen und Schüler beschließen, wenn:

- zu diesem Punkt gesondert eingeladen wurde,
- die Beschlussfähigkeit gewahrt ist,
- der Beschluss über Durchführung und Formulierung der Frage(n) mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen gefasst wird und
- es sich um (eine) grundsätzliche, die Schülerinnen und Schüler betreffende, politische oder organisatorische Frage(n) handelt.

Eine Urabstimmung wird von den SchülerInnenvertretungen in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand durchgeführt.

18. Die LSK wählt zu Beginn jedes Schuljahres zwei KassenprüferInnen aus ihrer Mitte, die auf der ersten LSK im folgenden Schuljahr einen Bericht über die Führung der Kasse durch den Landesvorstand vorlegen. Die LSK kann eine Finanzordnung beschließen.

19. Die LSK kann zu Beginn jedes Schuljahres eine EinsteigerInnen-LSV wählen. Die EinsteigerInnen-LSV kann in Arbeitsbereichen des LaVos mitarbeiten, jedoch werden ihr keine Referate zugeteilt. Die Mitglieder der EinsteigerInnen-LSV sind nicht stimmberechtigt.

III. Der Landesvorstand

20. Der Landesvorstand (LaVo) gestaltet die Arbeit der LandesschülerInnenvertretung gemäß der Beschlusslage der LSK und des Landesausschusses. Er ist für die Umsetzung der Beschlüsse verantwortlich. Er besteht aus mindestens fünf und höchstens zehn gleichberechtigten Mitgliedern, die auf der ersten LSK im Schuljahr gewählt werden. Es sollen mindestens 3 Schularten im LaVo vertreten sein. Er bleibt bis zur Neuwahl im Amt.

21. Zur Zuständigkeit des LaVos gehören:

- die Vertretung der LSV gegenüber dem fachlich zuständigen Ministerium, den Parteien, Verbänden und der übrigen Öffentlichkeit;
- die Pressearbeit der LSV;
- die Vorbereitung und Durchführung der LandesschülerInnenkonferenzen;
- der Kontakt zu den Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen und den SchülerInnenvertretungen. Hierfür soll mindestens einmal im Schulhalbjahr ein Treffen mit allen KrSV/SSV-VorstandssprecherInnen einberufen werden.
- Eine Person aus dem LaVo ist für die Koordinierung der Pressearbeit zuständig.
- Die Vertretung der LSV in der BSK und gegenüber anderen LSVen nehmen die Delegierten für die Bundesebene wahr.
- Zwei Personen aus dem LaVo sind für die Kommunikation mit dem Landesausschuss verantwortlich.

22. Mitglied im LaVo kann nur werden, wer zum Zeitpunkt der Wahl SchülerIn in Rheinland-Pfalz ist. Dem LaVo sollten Mitglieder aus jedem Schulaufsichtsbezirk angehören. Der LaVo kann Personen berufen, die jeweils bei der Beratung des von ihnen übernommenen Sachgebietes hinzuzuziehen sind. Sie besitzen kein Stimmrecht.

23. Der LaVo tritt mindestens einmal in zwei Monaten zusammen. Die Einladung hat schriftlich unter Angabe von Ort und Zeit sowie der vorläufigen Tagesordnung mindestens acht Tage vor Beginn der Sitzung zu erfolgen. Auf schriftlichen Antrag von mindestens zwei Mitgliedern des LaVo muss der Vorstand innerhalb von acht Tagen nach Eingang des Schreibens einberufen werden. Zu den Sitzungen des LaVo müssen eingeladen werden:

- die gewählten LaVo-Mitglieder,
- der/die LandesgeschäftsführerIn(nen),
- die Delegierten für die Bundesebene,
- die gewählten LandesausschussprecherInnen,

– die Mitglieder der EinsteigerInnen-LSV.

24. Der LaVo ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist und ordnungsgemäß eingeladen wurde. Kommt keine Beschlussfähigkeit zustande, so ist unverzüglich eine zweite Sitzung mit derselben Tagesordnung frühestens acht Tage später einzuberufen; die Beschlussfähigkeit ist dann unabhängig von der Zahl der anwesenden Stimmberechtigten gegeben. Darauf ist in der Einladung hinzuweisen.

25. Stimmberechtigt sind nur gewählte Mitglieder des LaVos.

26. Die Sitzungen des LaVos finden öffentlich statt, alle Anwesenden haben Rederecht.

27. Der LaVo erstellt auf der ersten Sitzung nach seiner Wahl einen Arbeitsplan, in dem die politischen und organisatorischen Sachgebiete an einzelne LaVo-Mitglieder verteilt werden. Dieser Arbeitsplan wird als Anlage zum Protokoll der LSK an die Delegierten sowie die Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen verschickt.

28. Der LaVo wirkt bei der Einstellung, Führung und Entlassung des hauptamtlichen Personals der LSV durch das fachlich zuständige Ministerium mit.

29. Für den Fall des Ausscheidens einzelner Mitglieder aus dem LaVo oder der Bundesebene kann die LSK oder der LA Nachwahlen vornehmen, sofern zu diesem Punkt eingeladen wurde. Für den Fall des Rücktritts der Mehrheit des LaVos wählt der LA einen provisorischen LaVo, der die nächste LSK einberuft, auf der ein neuer LaVo gewählt wird.

30. Der LaVo legt auf der jeweils ersten LSK im Schuljahr einen ausführlichen Bericht über seine Arbeit im vergangenen Schuljahr vor. Die einzelnen

Mitglieder ergänzen diesen Bericht mündlich und die LSK entscheidet dann einzeln über die Entlastung.

IV. Die Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen

31. Die Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen sind Zusammenschlüsse von SchülerInnenvertretungen auf Ebene der rheinland-pfälzischen Landkreise sowie der Kreisfreien Städte.

32. Jede Schule entsendet 2 Delegierte zur jeweiligen KrSV/SSV.

33. Die Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen sind beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist und ordnungsgemäß eingeladen wurde. Sie geben sich in Eigenverantwortung eine Satzung; diese darf jedoch der Satzung der LSV nicht widersprechen.

34. Die Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen sollen zum Zweck der Koordination und des Kontakts zum LaVo einen Vorstand wählen. Es soll mindestens einmal im Schulhalbjahr an Treffen aller VorstandssprecherInnen und des Landesvorstand teilgenommen werden.

35. Zudem sollen gewählt werden:
– mindestens drei Basisbeauftragte, die für den Kontakt zu den örtlichen Sven zuständig sind bzw. diese aufbauen,
– zwei Delegierte, die sich um regelmäßigen Austausch mit Stadtrat und Kreisverwaltung bzw. dem Schulträger bemühen.

36. Die Vorstandssitzungen sollen mindestens alle 3 Monate stattfinden.

V. Der Landesausschuss

37. Der Landesausschuss (LA) ist das höchste beschlussfassende Organ zwischen den LSKen.

38. Der Landesausschuss (LA) besteht aus 12 bis 15 gleichberechtigten, auf der LSK gewählten Mitgliedern. Es sollen Mitglieder aller zu vertretenden Schularten im LA repräsentiert sein. Wenn dies nicht möglich ist, können weitere KandidatInnen aus bereits vertretenen Schularten gewählt werden. Mitglieder des LaVos können nicht dem LA angehören.

39. Der Landesausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist und ordnungsgemäß eingeladen wurde. Die Einladung zu den Sitzungen des Landesausschusses ist schriftlich unter Angabe von Ort und Zeit sowie vorläufiger Tagesordnung mindestens eine Woche außerhalb der Ferien vor der Sitzung an die Delegierten zu verschicken.

40. Die dazu delegierten Mitglieder des Landesvorstands nehmen mit beratender Stimme an den Landesausschusssitzungen teil und berichten über die Umsetzung des Arbeitsprogramms und der Beschlusslage durch den Landesvorstand.

41. Der Landesausschuss (LA) wählt aus seiner Mitte eineN LA-SprecherIn und eineN StellvertreterIn, die für die Einladung und Koordination der Sitzungen des LA verantwortlich sind. Die LA-SprecherInnen nehmen mit beratender Stimme an den Landesvorstandssitzungen teil. Beide LA-SprecherInnen müssen zum Zeitpunkt ihrer Wahl SchülerInnen in Rheinland-Pfalz sein. Die Amtszeit endet durch die Wahl von NachfolgerInnen.

42. Zu den Aufgaben des LAs gehört:
a) Beratung und Unterstützung des LaVos;
b) die Kontrolle der laufenden Arbeit des LaVos;
c) die Nachwahl einzelner Mitglieder des LaVos oder der Bundesebene;
d) die Bestätigung und Kontrolle des Arbeitsberichts, welchen der LaVo der LSK vorlegt;

- e) die Wahl eines provisorischen LaVos, sollte die Mehrheit des LaVos zurücktreten;
- f) die Beschlussfassung über den Haushalt und eventuelle Nachtrags Haushalte der LSV.

43. Wenn Mitglieder des LAs zurücktreten, können diese auf der nächsten LSK nachgewählt werden, sofern hierzu gesondert eingeladen wurde.

44. Sollte die Mehrheit des LAs zurücktreten, ist innerhalb von acht Wochen eine LSK einzuberufen.

VI. Schlussbestimmungen

45. Diese Satzung tritt in Kraft:

- nach der Annahme durch die 43. LSK am 17.12.2007 im Mainzer Landtag,
- nach Änderung des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes im Sinne der Strukturreform in dieser Satzung,
- nach Genehmigung dieser Satzung durch das fachlich zuständige Ministerium.

46. Außerdem ist für das Inkrafttreten der Satzung die Gründung mindestens der Hälfte der Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen anhand eines protokollarischen Nachweises über deren ordnungsgemäße Konstituierung durch den amtierenden Landesvorstand festzustellen.

47. Diese Satzung kann durch eine LSK mit Zustimmung von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen geändert werden, sofern die Anwesenheit der Hälfte der satzungsgemäßen Delegierten auf der LSK bei der Abstimmung zu diesem Punkt festgestellt werden kann. Satzungsändernde Anträge müssen mit der Einladung verschickt werden.

Geändert auf der 52. LSK vom 27.-29. Mai 2011 am Sophie-Hedwig-Gymnasium Diez.

Geschäftsordnung der LSK

1. Regularien

Ein Mitglied des Landesvorstandes eröffnet die LandeschülerInnenkonferenz unter Einhaltung folgender Ordnung:

- a) Feststellung der Beschlussfähigkeit gem. § 8 der LSV-Satzung
- b) Feststellung der Zahl der stimmberechtigten Anwesenden

Bei der ersten LSK im Schuljahr

- c) Wahl des Präsidiums

2. Präsidium

Die LSK wählt aus ihrer Mitte ein Präsidium. Das Präsidium besteht aus der/dem PräsidentIn, und zwei gleichberechtigten StellvertreterInnen, das heißt einem/r ProtokollantIn, einem/r technischen AssistentIn. Zusätzlich wählt die LSK aus ihrer Mitte drei StellvertreterInnen für das Präsidium. Der/die technische AssistentIn ist für die Führung der RednerInnenlisten, Ermittlung der Abstimmungsergebnisse, etc. zuständig. Gewählt ist, wer die einfache Mehrheit aller anwesenden Stimmberechtigten auf sich vereinigen kann. Die Gewählten sind für ein Jahr im Amt. Die Wahl des/der PräsidentIn erfolgt ohne Aussprache. Der/die PräsidentIn, oder im Verhinderungsfall der/diejenige seiner StellvertreterInnen, der/die nicht das Amt des/der ProtokollantIn ausübt, leitet die LSK nach Satzung und Geschäftsordnung. In Zweifelsfällen über Satzung und Geschäftsordnung entscheidet der/die PräsidentIn, in grundsätzlichen Fragen entscheidet das Präsidium.

3. Tagesordnung

Der Landesausschuss schlägt der LSK eine vorläufige Tagesordnung vor, die zu Beginn der Versammlung den Delegierten vorzuliegen hat. Die/der PräsidentIn lässt die Tagesordnung als ersten Punkt beraten. Die Beschlussfassung über die endgültige Tagesordnung bedarf der einfachen Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten.

Rede- und Verhandlungsordnung

4. Anträge zur Sache

Anträge zur Sache müssen fristgerecht und schriftlich eingereicht werden. Zusatz- und Änderungsanträge können jederzeit gestellt werden. Dringlichkeitsanträge müssen dem Präsidium schriftlich vorgelegt werden und gelangen auf Antrag mit 2/3-Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten auf die Tagesordnung. Auf Wunsch wird der/dem AntragstellerIn eines Sachantrages das Einführungswort erteilt. Anträge werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten verabschiedet. Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt.

5. RednerIn

Will einE RedeberechtigteR zur Sache sprechen, so reicht sie/er ihre/seine Wortmeldung schriftlich beim Präsidium ein. Die LSK kann mit Mehrheit verlangen, dass ein von ihr benanntes Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes zu einem anstehenden Tagesordnungspunkt Stellung nimmt.

6. Redezeit

JedeR DelegierteR, die/der selbst noch nicht zu der in Frage stehenden Sache gesprochen hat, kann einen Antrag auf Beschränkung der Redezeit stellen. Ein solcher Antrag gilt als Antrag zur Geschäftsordnung. Die Redezeitbeschränkung wird durch einfache Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten beschlossen und gilt bis zu einem gegenteiligen Antrag mit neuer Beschlussfassung. Die Redezeit kann auch auf bestimmte Zeit beschlossen werden.

7. Schluss der Debatte

Ein Antrag auf Schluss der Debatte oder auf Schluss der RednerInnenliste kann nur von einer/einem Delegierten, die/der zur Sache noch nicht gesprochen hat, gestellt werden, wenn zuvor zum Hauptantrag je eine Für- und Gegenrede geführt worden ist. Wird ein Antrag auf Schluss der Debatte oder auf Schluss der RednerInnenliste gestellt, so ist nach Anhörung einer/eines GegenrednerIn/Gegenredners sofort über ihn abzustimmen. Nach Schluss der Debatte steht der/dem AntragstellerIn des Sachantrages auf Verlangen das Schlusswort zu. Entsprechendes gilt für die Beratung über einen Nichtbefassungsantrag. Beide Anträge gelten als Anträge zur Geschäftsordnung.

8. Persönliche Erklärung

Wünscht einE DelegierteR das Wort zu einer persönlichen Erklärung, so muss ihr/ihm nach Abschluss der Beratung des Tagesordnungspunktes das Wort erteilt werden. Die/der RednerIn darf nicht zur Sache sprechen, sondern nur Angriffe, die gegen sie/ihn gerichtet sind, zurückweisen oder missverständliche eigene Ausführungen richtig stellen.

9. Wortmeldungen und Anträge zur Geschäftsordnung

Geschäftsordnungsanträge (GO-Anträge) werden mit 2 gehobenen Händen angezeigt. Delegierte, die zur Geschäftsordnung sprechen wollen, erhalten das Wort außer der Rei-

he. Ihre Bemerkungen dürfen sich nicht auf die Sache beziehen und 3 Minuten nicht überschreiten.

Anträge zur Geschäftsordnung werden sofort behandelt. Nach Anhörung einer Für- und Gegenrede ist über den Antrag sofort abzustimmen; spricht niemand gegen den Antrag, ist dieser ohne Abstimmung angenommen. Die Aufhebung eines angenommenen Geschäftsordnungsantrages ist nur durch eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten möglich. Anträge zur Tagesordnung werden wie Geschäftsordnungsanträge behandelt.

10. Teilnahme- und Redeberechtigung

Teilnahme- und redeberechtigt sind grundsätzlich alle SchülerInnen. Anderen, vom LaVo eingeladenen Gästen kann mit Zustimmung der/des PräsidentIn, aber nicht gegen Mehrheitsbeschluss der LSK, Redeerlaubnis erteilt werden. Sonstige Gäste können nur mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten an den Beratungen teilnehmen.

Rechte und Pflichten der Präsidentin / des Präsidenten

11. Ordnungsgewalt der/des PräsidentIn/en

Die/der PräsidentIn übt während der Versammlung das Hausrecht aus. Die/der PräsidentIn kann zur Ordnung und zur Sache rufen und nach zweimaliger Verwarnung das Wort entziehen, solange über den fraglichen Punkt verhandelt wird. Bei ungebührlichem Benehmen eines Mitgliedes oder Gastes ist die/der PräsidentIn berechtigt, diese aus dem Raum zu verweisen; handelt es sich um eineN stimmberechtigteN DelegierteN oder ein Mitglied des LaVos, so kann die LSK eine solche Maßnahme durch einfachen Mehrheitsbeschluss rückgängig machen. Hierbei ist die/der Betroffene weder antragsnoch stimmberechtigt. Die/der PräsidentIn kann eineN RednerIn, die/der die Redezeit gemäß § 6 der Geschäftsordnung überschreitet, nach einmaliger Ermahnung das Wort entziehen.

Die/der PräsidentIn kann betrunkenen Personen unter Umständen nach mehrmaliger Ermahnung und nach Befragung der LSK das Wort entziehen oder in einem besonders gravierenden Fall des Saales verweisen.

12. Antrag auf Überprüfung der Beschlussfähigkeit

Ein Antrag auf Überprüfung der Beschlussfähigkeit kann jederzeit gestellt werden. Die Überprüfung derselben wird nach Abschluss aller laufenden Anträge zur Sache und nach Abschluss der Sache überprüft. Ist sie nicht mehr gegeben, ist die Sitzung sofort beendet.

13. Verbot der Beteiligung der/des PräsidentIn/en an der Diskussion

Die/der PräsidentIn und deren/dessen StellvertreterInnen dürfen sich nur in Angelegenheiten der Geschäftsordnung an der Diskussion beteiligen. Wollen sie sich zur Sache äußern, müssen sie sich untereinander vertreten. Hat sich ein Mitglied des Präsidiums einmal zur Sache geäußert, so kann es sein Amt bis zum Ende der Beratung über diese Sache nicht mehr übernehmen.

14. Misstrauensanträge gegen das Präsidium

Misstrauensanträge gegen das Präsidium oder eines seiner Mitglieder werden sofort behandelt. In diesem Falle leitet die/der LA-SprecherIn die Versammlung bis zur Abstimmung. Bei deren/dessen Verhinderung leitet ein Mitglied des LaVos die Verhandlung bis zur Abstimmung. Das Präsidium oder eines seiner Mitglieder kann mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten seines Amtes enthoben werden.

Wahlen und Abstimmungen

15. Wahlen

Für die Teilnahme an Wahlen ist die in der Eröffnungssitzung festgestellte Stimmberechtigung maßgebend. Die Wahlen erfolgen, soweit Satzung und Geschäftsordnung nichts anderes vorsehen, mit einfacher Mehrheit.

Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes müssen mit absoluter Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten gewählt werden. Wird im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit nicht erreicht, erfolgt ein zweiter Wahlgang, zu dem die KandidatInnenliste neu eröffnet wird. Wird auch dann die absolute Mehrheit nicht erreicht, entscheidet unter Neueröffnung der KandidatInnenliste im dritten Wahlgang die einfache Mehrheit. Auf Antrag einer/s Delegierten hat die Wahl geheim zu erfolgen. Ausnahme siehe § 2. Namentliche Wahl ist unzulässig.

16. Abstimmungen

Zur Abstimmung ist jedeR anwesende Delegierte berechtigt. Die Abstimmungen erfolgen, soweit Satzung und Geschäftsordnung nichts anderes vorsehen, mit einfacher Mehrheit. Die Delegierten haben für die Abstimmung ihre Stimmblocke bzw. Stimmkarten empor zu halten, vorbehaltlich einer anderen Regelung durch das Präsidium. Die Beschlussfähigkeit richtet sich nach §8 der Satzung. Stellt sich die Beschlussunfähigkeit heraus, so hat die/der PräsidentIn die Sitzung so lange zu vertagen, bis die Beschlussfähigkeit festgestellt bzw. wiederhergestellt ist. Alle Beschlüsse, die vor Feststellung der Beschlussunfähigkeit gefasst wurden, bleiben gültig. Vor jeder Abstimmung hat die/der PräsidentIn die zur Abstimmung stehende Frage so zu formulieren, dass sie mit ja oder nein beantwortet werden kann. JedeR Delegierte hat das Recht, die Teilung einer Abstimmungsfrage zu beantragen. Ist die/der AntragstellerIn nicht damit einverstanden, so entscheidet die Mehrheit der LSK. Ein solcher Antrag gilt als GO-Antrag.

17. Geheime und namentliche Abstimmung

Auf Antrag von 1/4 der anwesenden Delegierten findet geheime oder namentliche Abstimmung statt, wobei der Antrag auf namentliche Abstimmung der weitergehende ist. Geheime

und namentliche Abstimmungen sind unzulässig bei Anträgen zur Tagesordnung, zur Geschäftsordnung und über die Vertagung der Sitzung. Geheime Abstimmungen werden mit vorbereiteten, unnummerierten Stimmzetteln durchgeführt. Namentliche Abstimmung erfolgt durch Aufruf der Delegierten durch die/den ProtokollantIn/en, die/der auf der Namensliste der LSK „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ einträgt und die Zahl der Stimmen auszählt.

18. Stimmenthaltung

Stimmenthaltungen bleiben bei der Berechnung der Mehrheit grundsätzlich außer Ansatz.

19. Wahlausschuss

Zur Durchführung von Personalwahlen fungiert das Präsidium grundsätzlich auch als Wahlausschuss, es sei denn, das Präsidium bittet selbst um Ablösung. Wird ein Präsidiumsmitglied zur Wahl vorgeschlagen, muss es sich für die Dauer dieses Wahlganges vertreten lassen.

20. Personaldebatte und Personalbefragung

JedeR KandidatIn für ein Amt hat das Recht auf persönliche Vorstellung. Auf Antrag von 10% der anwesenden Stimmberechtigten findet eine Personalbefragung statt. Eine Personaldebatte findet bei freiwilliger Anwesenheit der/des KandidatIn/en auf Antrag von 25% der anwesenden Stimmberechtigten statt. Die/der AntragstellerIn hat Rederecht.

Schlussbestimmungen

21. Protokoll

Das Protokoll der LSK wird vom Präsidium geführt und unterzeichnet. Es muss Tagesordnung, Beginn, Unterbrechungen und Schluss der LSK sowie alle Beschlüsse und Abstimmungsergebnisse enthalten und den wesentlichen Gang der Verhandlungen wiedergeben.

Das Präsidium stellt das Protokoll spätestens 1 Monat nach der LSK den Vorstandsmitgliedern und dem LA zu.

22. Gültigkeit und Inkrafttreten

Die Bestimmungen der Geschäftsordnung gehen der Satzung der LSV nach. Für eine Abweichung von der Geschäftsordnung in einem einzelnen Falle ist eine Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stimmberechtigten erforderlich, für eine dauernde Änderung genügt die absolute Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten. Die Geschäftsordnung tritt mit ihrer Verabschiedung durch die absolute Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten in Kraft.

Beschlossen auf der 2. LSK in Bad Dürkheim, 19.12.1989

Geändert auf der 11. LSK in Mainz, 21.-23.5.1993

Geändert auf der 17. LSK in Kaiserslautern, 27-29.10.1995

Geändert auf der 47. LSK in Ludwigshafen, 02.-04. Oktober 2009

Struktur der LSV

ca. 720 Schulen (alle mit Sekundarstufe I+II)

KlassensprecherInnenversammlung oder SchülerInnenvollversammlung wählt:
- 2 Delegierte in die Stadt- oder Kreis-SV

entsenden ↓ 2 Delegierte

36 Stadt- und Kreis-SchülerInnenvertretungen (SSV/KrSV)

- wählen 2-10 Delegierte zur LandesschülerInnenkonferenz
- regionale SV-Arbeit: wählen zwei Delegierte für den Austausch mit dem Schulträger
- Austausch der Schulen: wählen 3 Basisbeauftragte, die Kontakt zu den örtlichen SVen halten
- wählen einen Vorstand, der vom LaVo regelmäßig über aktuelle Projekte informiert wird

entsenden ↓ 2-10 Delegierte

wählen ↓

LandesschülerInnenkonferenz (LSK)

- ca. 160 Delegierte tagen mindestens 2x im Jahr
- höchstes beschlussfassendes Gremium der LSV
- fällt Entscheidungen über grundsätzliche, die SchülerInnen betreffende politische und organisatorische Fragen
- wählt zu Beginn des Schuljahrs den LaVo
- LSK-Beschlüsse sind für den LaVo bindend

- Vorstand
- 2 Delegierte zum Schulträgerausschuss
- 3 Basisbeauftragte

wählt ↓

wählt ↓

kontrolliert ↓

Landesausschuss (LA)

- 12-15 Delegierte
- höchstes beschlussfassendes Gremium zwischen den LSKen
- Beratung und Unterstützung des LaVos
- Kontrolle der laufenden LaVo-Arbeit
- Beschlussfassung über den Haushalt

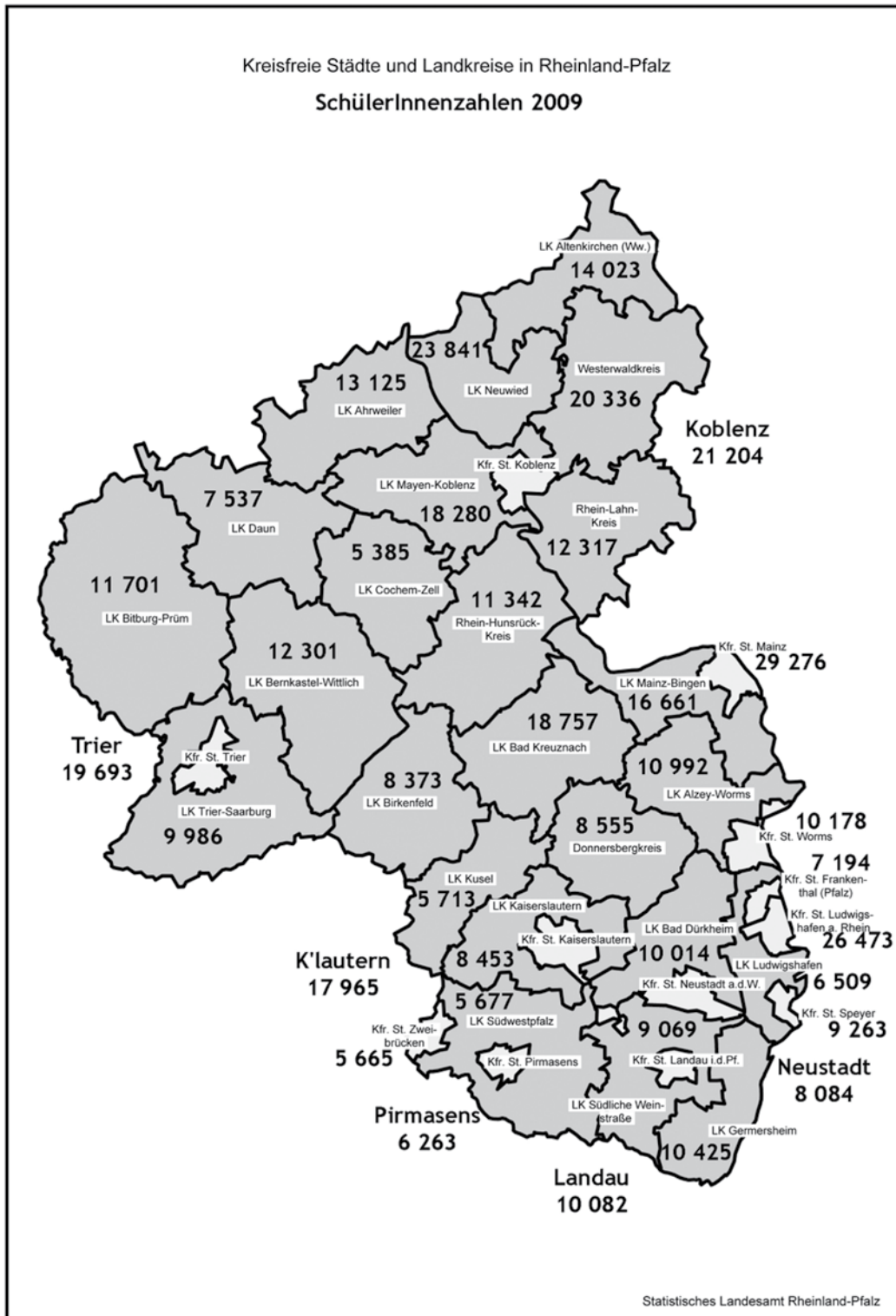
unterstützt ↙

kontrolliert ↙

Landesvorstand (LaVo)

- 5-10 gleichberechtigte ReferentInnen
- Umsetzung der LSK-Beschlusslage
- Außenvertretung der LSV gegenüber Öffentlichkeit und Ministerium
- organisatorische Arbeiten der LSV

Übersicht Kreise



Delegiertenschlüssel für die LandesschülerInnenkonferenz

Quelle: Statistisches Landesamt

Schuljahr 2011/12

		Schulen / Kreis*	Schüli**	Schüli / 3000	Delis / angef. 3000
Kr.fr. Städte (12)	Frankenthal	10	7.108	2,37	3
	Kaiserslautern	20	17.530	5,84	6
	Koblenz	24	21.022	7,01	8
	Landau	18	9.811	3,27	4
	Ludwigshafen	28	26.242	8,75	9
	Mainz	35	28.246	9,42	10
	Neustadt/Weinstr.	10	7.920	2,64	3
	Pirmasens	9	5.808	1,94	2
	Speyer	15	9.001	3,00	4
	Trier	28	19.304	6,43	7
	Worms	13	9.830	3,28	4
	Zweibrücken	9	5.369	1,79	2
Landkreise (24)	Ahrweiler	21	12.781	4,26	5
	Altenkirchen	18	13.763	4,59	5
	Alzey-Worms	19	10.859	3,62	4
	Bad Dürkheim	17	9.606	3,20	4
	Bad Kreuznach	30	18.198	6,07	7
	Bernkastel-Wittlich	22	12.088	4,03	5
	Birkenfeld	16	7.956	2,65	3
	Cochem-Zell	14	5.168	1,72	2
	Donnersbergkreis	15	8.437	2,81	3
	Eifel Bitburg-Prüm	24	11.336	3,78	4
	Germersheim	16	10.330	3,44	4
	Kaiserslautern	18	8.337	2,78	3
	Kusel	11	5.283	1,76	2
	Mainz-Bingen	34	17.262	5,75	6
	Mayen-Koblenz	32	18.073	6,02	7
	Neuwied	35	23.492	7,83	8
	Rhein-Hunsrück-Kr.	20	11.188	3,73	4
	Rhein-Lahn-Kreis	25	12.107	4,04	5
	Rhein-Pfalz-Kreis	11	6.477	2,16	3
	Südliche Weinstraße	15	9.015	3,01	4
	Südwestpfalz	13	5.527	1,84	2
	Trier-Saarburg	20	9.736	3,25	4
	Vulkaneifel (Daun)	14	7.247	2,42	3
	Westerwaldkreis	33	19.999	6,67	7
	Summe:	712	441.456		166

Kreise / Kreisfreie Städte mit...

1 Del.	-
2 Del.	5
3 Del.	7
4 Del.	10
5 Del.	4
6 Del.	2
7 Del.	4
8 Del.	2
9 Del.	1
10 Del.	1
11 Del.	-
Summe	36

* Datengrundlage: Schuljahr 2011/12

** Datengrundlage: Schuljahr 2010/11

AKüLi

Abkürzungsliste

- ABC:** Abkürzung fürs Alphabet
- ABI:** Krönendes Sahnehäubchen nach 12,5 Jahren ~ 15.000 Stunden Schulkarriere
- ASTa:** Allgemeiner Studierendenausschuss, Interessensvertretung der Studis
- AQS:** Agentur für Qualitätssicherung an Schulen, überprüft die Schulen auf ihre Qualität nach Maßstäben des Ministeriums
- BBS:** Berufsbildende Schulen
- BER:** Bundeselternrat, Vertretung unserer Mamis und Papis auf Bundesebene
- BiPo:** Abkürzung für das, was uns hier beschäftigt: Bildungspolitik
- BSK:** BundesschülerInnenkonferenz, momentan fragliches Gremium zur Vertretung der Schülerinnen und Schüler auf Bundesebene
- BuDelis:** Bundesdelegierte, werden auf der LSK gewählt und vertreten die LSV auf Bundesebene
- BUND:** Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, der mit der LSV zusammen ein paar Umwelt-Projekte für SchülerInnen gestartet hat
- CSD:** Christopher-Street-Day; Aktionstag für die Rechte der Lesben und Schwulen in der Gesellschaft
- DGB:** Deutscher Gewerkschaftsbund
- DeGeDe:** Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik, Verein von Leuten, die Demokratie wichtig finden, sogar und vor allem in der Schule
- DJP:** Deutsche Junge Presse
- FaKo:** Fahrtkostenantrag, Intelligenztest mit tollen Preisen: Wenn Du ihn richtig ausfüllst, bekommst Du Deine Fahrtkosten zu LSKen u. ä. zurück
- G8:** Erfindung unseres lieben Ministeriums, dass an einigen Schulen die Schülerinnen und Schüler noch viel schneller noch viel mehr unnütze Dinge lernen müssen und dann auch schneller ihr Abi bekommen können.
- GJ:** Grüne Jugend
- GEW:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- GG:** nicht etwa die LSV der Guten und Gerechten, sondern banaler und richtiger: der Gymnasien und Gesamtschulen
- GGG:** Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule, die Gesamtschulen gemeinnützig finden und sie deswegen fordern und fördern.
- GO:** Geschäftsordnung, lästiges Mittel zum Strukturieren chaotischer Diskussionen
- GSV:** GesamtschülerInnenvertretung, in Bundesländern mit einer LSV für alle Schularten
- IGS:** Integrierte Gesamtschule, in Rheinland-Pfalz trotz SPD-Regierung wenig gebraucht
- JU:** Junge Union, CDU-naher Jugendverband
- JD/JL:** JungdemokratInnen/ Junge Linke, radikaldemokratischer, parteiunabhängiger Jugendverband
- Julis:** Junge Liberale, der Nachwuchs der FDP
- JuPa:** Jugendparlament, Parlamente mit Jugendlichen auf kommunaler Ebene, die allerdings nix entscheiden dürfen
- Jusos:** JungsozialistInnen, die jungen SPDlerInnen
- KMK:** Kultusministerkonferenz, Treffen aller Kultus- oder BildungsministerInnen der Bundesländer
- KRÄTZÄ:** Kinderrächtszänker aus Berlin, die meinen, dass auch Kinder viele Rechte haben sollten!
- KrSV:** KreisschülerInnenvertretung, Vertretung der Schülerinnen und Schüler eines Landkreises. Gibt's in RLP 24 Mal.
- LA:** Landesausschuss, Kontrollorgan des LaVo, fasst Beschlüsse im Rahmen der Vorgaben der LSK und feiert auf seinen Sitzungen einmal im Monat mit 2 HeldInnen eines jeden RAKs
- LaVo:** auf LSKen gewählter Vorstand der LSV, aus 5-10 ReferentInnen, die die Forderungen der LSKen in die weite Welt der Politik tragen
- LaVoMi:** Landesvorstandsmitglied
- LaVoSi:** Landesvorstandssitzung
- LAK:** Landesarbeitskreis: AGen für jedeN zum mitmachen, die das Jahr über zu bestimmten Themen arbeiten wollen
- LEB:** Landeselternbeirat, die Mamis und Papis auf Landesebene
- LER:** Lebenskunde-Ethik-Religion, eine Alternative zum konfessionellen Reliunterricht u.a. zwecks Trennung von Kirche und Staat, z. Zt. existent in Brandenburg
- LGF:** LandesgeschäftsführerInnen, unsere hochgeschätzten, heißgeliebten und unterbezahlten Angestellten
- LGS:** Landesgeschäftsstelle, auch einfach „Büro“, zwei Zimmer in Mainz, wo die LSV zu erreichen ist
- Libli:** Lichtblick, die landesweite unparteiliche, für SchülerInnen parteiische Zeitung der LSV
- LSK:** höchstes beschlussfassendes Gremium der LSV mit zwei Menschen pro Schule, das mindestens zweimal im Jahr tagt. Das, wo ihr gerade seid!
- LSV:** LandesschülerInnenvertretung, die die Schülers auf Landesebene vertritt
- MBWWK:** Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, die Verantwortlichen für alles Böse und Gute im Schulsystem
- MdB:** Mitglied des Bundestags, also quasi die Anrede aller Bundestagsabgeordneten
- MdL:** Mitglied des Landtags, also quasi die Anrede aller Landtagsabgeordneten
- MNS+:** Modulares Netzwerk an Schulen Plus, ein „pädagogisches“ Netzwerk, dass es LehrerIn-

nen erlaubt, die SchülerInnen während der Computernutzung zu überwachen.

- MSS:** Mainzer Studienstufe, das Kurssystem der Oberstufe, in der neusten Variante wieder mit Kurssystem, dafür eine verkürzte 13. Klasse
- Na-Wu-LaVo:** Reinschnupper-Gremium für Leute, die sich noch nicht in den LaVo trauen, aber trotzdem mal mitmachen wollen
- PES:** Projekt erweiterte Selbstständigkeit, schöner Name dafür, dass nicht ausgebildete LehrerInnen an Schulen einspringen um den LehrerInnenmangel zu vertuschen.
- Philologen-Verband:** Gewerkschaft der GymnasiallehrerInnen
- PIC:** Political InCorrect, das was man weder sagen noch denken soll (Gegenteil zu PC, Political correctness)
- QM:** Qualitätsmanagement, aus der Wirtschaft stammender Begriff, der Anstrengungen zur Schulentwicklung bezeichnet
- Realschule+:** Eine weitere Erfindung des Ministeriums: Damit es die Hauptschule nicht mehr gibt (weil: doof) gehen bald HauptschülerInnen sowie RealschülerInnen in einem Gebäude zur Schule – das heißt dann Realschule +.
- RiSiKo:** Rheinland-Pfälzischer SchülerInnenkongress, gab es schon zwei Mal: 2007 und 2009.
- RLP:** Abkürzung fürs Bundesland, in dem Du zur Schule gehst
- SoCa:** Sommercamp, alljährliche Sommer-Bespaßung der LSV
- SSV:** StadtschülerInnenvertretung, die Vertretung aller SchülerInnen und Schüler einer kreisfreien Stadt. Gibt es in RLP 12 Mal.
- StuPa:** Studierenden Parlament, Vertretung der Studis
- SU:** Schülerunion, CDU naher Schülerverband
- SV:** SchülerInnenvertretung, die Zelle der Veränderung zu einer besseren Schule!
- SV-B:** SV-Bildungswerk, Verein lustiger Menschen, die Schülis mehr über die SV-Arbeit beibringen wollen. Teil des SV-Bildungswerks

sind die SVBerater, die selbst noch Schülis sind und an Schulen SV-Seminare durchführen

- SV-VL-Seminar:** SchülerInnenvertretungs-VerbindungslehrerInnen-Seminar, von der LSV ab und an veranstaltete Seminare mit SVen und VLen gemeinsam
- TO:** Tagesordnung, der Schlachtplan einer jeden Sitzung und Konferenz, die Reihenfolge des Programms
- TOP:** Tagesordnungspunkt, Teil der obigen TO
- VBE:** Verband Bildung und Erziehung, ein weiterer LehrerInnenverein
- VL:** VerbindungslehrerIn, jene LehrerInnen, die von der SchülerInnenschaft zur Verbindung verschiedenster Dinge gewählt werden (SV-Schulleitung, SchülerInnen-LehrerInnen, etc.)
- VV:** Verwaltungsvorschrift, verwaltet aktive SchülerInnen und schreibt ihnen die Formen ihres Aktivseins vor

Glossar

- Adoleszenz:** Alter während/nach der Pubertät, wenn mensch so langsam erwachsen wird
- alternativ:** anders, unüblich, nicht Mainstream...
- Antisemitismus:** Antijüdische Ideologie, Judenfeindlichkeit, auch wahnhaftige Verschwörungstheorie
- Autonomie:** Eigenständigkeit, Unabhängigkeit (von Staat, Gesellschaft...)
- Autorität:** Person mit viel Einfluss, Ansehen (oft aufgrund von Zwang)
- Binnen-I:** z.B. BundeskanzlerIn, meint Frau und Mann, ist gerechter.
- Biologismus:** erklärt persönliche Eigenschaften und Fähigkeiten mit Genen, Hormonen...
- Defizit:** Fehlen, Mangel, zu wenig
- Dekonstruktion:** etwas Kreiertes entlarven, widerlegen (z.B. die als selbstverständlich empfundene Zweigeschlechtlichkeit)
- Delegation:** gewählte, entsendete Gruppe
- Desinteresse:** Gegenteil von Interesse
- Diktatur:** Alleinherrschaft
- Diskriminierung:** Benachteiligung
- Disziplin:** Unterordnung, Selbstzucht (oft auf Grund von Druck, Angst)
- Dominanz:** (Vor-)Herrschaft
- Elite:** „Auslese der Besten“, kleine Gruppe Bevorteilgter
- Emanzipation:** sich selbständig, unabhängig machen, aus einer Abhängigkeit befreien
- Evaluation:** Bewertung, Beurteilung
- gender:** engl.: soziales Geschlecht, nicht natürliche, sondern anerzogene (sozialisierte) Eigenschaften von Frau und Mann
- Gremium:** Ausschuss, Körperschaft
- Hierarchie:** Rangordnung (je weiter oben, desto mächtiger, „besser“...)
- Institution:** öffentliche Einrichtung
- Integration:** Einbeziehung (von Ausgeschlossenen) in das Ganze (Gesellschaft)
- Koedukation:** Unterricht, Bildung von Mädchen und Jungen zusammen
- Kommunikation:** jede Form von Sprache, Verständigung von Menschen untereinander
- Kompetenz:** Fähigkeit, Eignung, was gut zu machen
- konstruktiv:** brauchbar, hilfreich zur Stärkung, Erweiterung (z.B. weiterbringende Kritik)
- Mandat:** Auftrag, politisches Amt
- Matriarchat:** Gesellschaftsordnung, in der Frauen herrschen, bevorzugt sind
- Motivation:** Beweggrund, Lust, Begeisterung, etwas zu tun (z.B. ganz viel für die LSV zu arbeiten!!!)
- nonverbal:** ohne Worte, z.B. Mimik, Zeichen
- Normen:** gesellschaftliche Regeln (ungeschriebene Gesetze)
- Offensive:** „Angriff“, etwas entschlossen in Angriff nehmen
- Ökonomisierung:** „Verwirtschaftlichung“, etwas, das eigentlich nichts mit Wirtschaft zu tun hat (Bildung), damit verknüpfen
- Pamphlet:** sehr kritischer (übertriebender) Text gegen etwas oder jemand
- paritätisch:** gleichberechtigt, zu gleichen Teilen
- Patriarchat:** das, worin wir leben (Gesellschaftsordnung, in der Männer herrschen, bevorzugt werden)
- Plenum:** „Ende der RaucherInnenpause, zurück zur Arbeit!“ (=Vollversammlung)
- Podium:** RednerInnenpult, -bühne
- Präsidium:** Vorsitz, Leitung (der LSK)
- Prävention:** Vorbeugung, Verhütung (nehmt Kondome!!)
- progressiv:** fortschrittlich, sich weiter entwickelnd
- Publikation:** Veröffentlichung (eines Textes, einer Zeitung...)
- Quote:** Anteil, bestimmter Prozentsatz; als Frauenquote (mindestens 50%), ein Mittel, um Benachteiligungen auszugleichen
- radikal:** „konsequent“ an die Wurzel gehend, grundlegend, hat nix mit Gewalt zu tun!
- Ranking:** Rangliste, Bewertung (in gute und schlechte Schulen,...)
- Rassismus:** Ideologie, nach der verschiedene Menschheitsrassen mit unterschiedlichen Fähigkeiten, Qualitäten existieren
- Reproduktion:** Fortpflanzung, Erhaltung
- Rhetorik:** Redekunst, etwas wirkungsvoll, erfolgreich überbringen
- Selektion:** Aussonderung, Trennung (die „Guten“ dürfen studieren, die „Schlechten“ nicht)
- sex:** 1. Geschlechtsverkehr 2. engl.: biologisches Geschlecht (Vagina oder Penis, XX oder Xy,...)
- Sexismus:** Benachteiligung von Menschen (besonders Frauen) aufgrund des Geschlechts
- Solidariät:** Zusammenhalten, andere Gemeinschaftsmitglieder unterstützen
- Sozialisation:** Prägung durch / Anpassung an die Gesellschaft, (unbewusste) Übernahme gesellschaftlicher Werte
- Symptom:** Anzeichen, Vorbote, Warnzeichen
- These:** aufgestellte Behauptung, die mensch mit Argumenten belegt
- Toleranz:** Duldung von etwas

Zugverbindungen

Folgende Bahnverbindungen könnt ihr zur Anreise am LSK-Montag nutzen.

Koblenz	ab 07:53 h
Mainz	an 09:25 h
Bad Kreuznach	ab 08:54 h
Mainz	an 09:33 h
Kaiserslautern	ab 07:58 h
Mainz	an 09:46 h
Ludwigshafen	ab 09:04 h
Mainz	an 09:46 h
Trier	ab 06:13 h
Mainz	an 09:25 h



Unser Tagungsort:
Mainz



auf zur LSK!